Nr. 307 ♦ 42. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 158

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" mit „Siedlung und Kleingarten" sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage „Frauenstimme" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 6,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Donnerstag, den 2. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Die Moskauer Justizkomödie.

Entlastungszeugen werden ausgewiesen.

Moskau, 30. Juni (WTB. Russische Telegraphenagentur). Die Belastungszeugen Troitschmann, Kandor und Kuprianoff sagen bei ihrer Vernehmung übereinstimmend aus, die Angeklagten hätten versucht, die Wohnungen von Sinowjew, Stalin und Trotzki auszukundschaften und hatten den Wunsch nach einer persönlichen Unterredung mit ihnen ausgesprochen. Im Verlaufe der Verhandlung gibt der Vorsitzende eine Erklärung ab, die die Vorwürfe der Angeklagten Kindermann und Wolscht bezüglich des Verhaltens des Gerichtes zur deutschen Botschaft als provokatorisch bezeichnet und betont, daß der Gerichtshof stets bestrebt gewesen sei, die friedlichen Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volke, sowie zwischen den beiden Regierungen zu wahren. Darauf erfolgt die Vernehmung des deutschen Kommunisten Heinz Neumann als Sachverständigen, womit die Zeugenvernehmung abgeschlossen wird.

Im weiteren Verlauf der Prozeßverhandlung erklärte der Staatsanwalt, **er verzichte auf die Vernehmung des Legationsrats Hilger**, da die Gerichtsuntersuchung hinreichende Klarheit geschaffen habe. Der Staatsanwalt beantragte, **die Zeugen Rose und Fink von ihren Zeugenverpflichtungen zu entbinden, da die Zeugenvernehmung abgeschlossen sei.** Da es aber erwiesen sei, daß die Zeugen an der Vorbereitung der Expedition Kindermanns teilgenommen hätten, seien sie in den Anklagezustand zu versetzen. Da die Zeugen aus Deutschland nach Rußland gekommen seien, bitte die Staatsanwaltschaft, bei der Sowjetregierung anzufragen, ob dagegen Hindernisse bestünden. Das Gericht gab den Antrag des Staatsanwalts statt.

In der Abendsitzung wurde ein hierauf bezüglicher Gerichtsbeschluß verkündet, der folgenden Wortlaut hat: **Angesichts der** Mitteilung des Volkskommissariats des Auswärtigen, daß die Einreise der Zeugen Rose und Fink nach der Sowjetunion mit Bedingungen verknüpft war, die die Einleitung eines Strafverfahrens verhindern, beschließt der Gerichtshof, unbeachtet des erbrachten Beweises, daß die Zeugen an den Verbrechen, deren Wolscht, Kindermann und Dittmar beschuldigt sind, teilgenommen haben, **die sofortige Ausweisung der Zeugen Rose und Fink aus dem Gebiete der Sowjetunion zu veranlassen.**

Die Anklage des Staatsanwalts.

Moskau, 1. Juli. (WTB. Meldung der Russ. Telegr.-Agentur.) In der 13. Gerichtssitzung des Prozesses gegen die deutschen Studenten, die gestern abend stattfand, begann das Plaidoyer des Staatsanwaltes Krylenko, der zunächst das Wesen der Organisation Consul in sozialpolitischer Hinsicht auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen des Gerichtes darlegt. Das Eintreffen des Baumann und der Gruppe Kindermann habe den gleichen Terrorzielen gedient. Wenn man ad absurdum annehmen wolle, daß tatsächlich ein wissenschaftlicher Reisezweck bestanden habe, so würden doch hinsichtlich der mit der Reise verbundenen Absichten Widersprüche festzustellen sein. Am meisten ausschlaggebend sei schließlich das volle Geständnis Dittmars und Kindermanns, das halbe Geständnis Wolschts und die erschöpfenden Aussagen Baumanns. Der Staatsanwalt **zweifelt an der ernsten Absicht einer Wirtschaftsspionage**, da diese größere Kenntnisse in den verschiedenen Betriebszweigen der Industrie voraussetze. **Die Verworrenheit Kindermanns könne täuschen**, wenn nicht das Protokoll vom 6. Februar existieren würde, in dem nicht nur ein erschöpfendes Geständnis gelegen habe, sondern durch das auch noch vor dem Geständnis Dittmars seine Kameraden verraten worden seien. **Kindermann sei wohl nicht fähig, praktisch Terrorakte zu begehen.** Es stehe aber fest, daß er ein aktiver Angehöriger der Organisation Consul sei. Kindermann habe Enthüllungen über eine angeblich bei ihm angewandte hypnotische Einwirkung angekündigt. Als er jedoch mit dem Untersuchungsrichter konfrontiert worden sei, habe er dessen Aussagen über die zwanglose Untersuchungsführung nur bestätigen können. Es stehe fest, daß Kindermann bis kurz vor dem Beginn der gerichtlichen Verhandlungen nicht gewußt habe, wie er sich zu verhalten habe. Der Staatsanwalt läßt es dahingestellt, von wem Kindermann einen Wink erhalten habe. Dies gelte auch für Wolscht, der seine ausschlaggebenden Aussagen nur damit begründet habe, daß er mit seinen Mitgefangenen ein gutes Einvernehmen herstellen wollte. Der Staatsanwalt verliest aus dem Strafgesetzbuch den Artikel, der die Organisierung von Terrorakten mit dem Tode bestraft. Er stellt fest, daß alle Details mit kühler Ueberlegung ausgearbeitet worden seien und daß das provozierende Auftreten der Angeklagten vor Gericht, wie dokumentarisch bewiesen, auf der Hoffnung auf Einleitung eines Austauschverfahrens beruhe. Kindermann sei moralisch eine Null, aber sozial gefährlich. Wolscht sei der typische, zynische Faschist und Terrorist. **Dittmar habe zwar viel zur Aufklärung des Verbrechens beigetragen.** Die Aufgabe des Gerichtes, Schutz der revolutionären Errungenschaften und Sicherheit der Sowjetunion, dürfe jedoch auch in diesem Falle nicht zurücktreten. Die Entsendung dreier Terroristen der Organisation Consul müsse mit der physischen Vernichtung dieser Terroristen beantwortet werden.

Hierauf beantragte der Staatsanwalt, wie bereits gemeldet, die Todesstrafe gegen die drei Angeklagten.

Morgen finden die Plaidoyers der Verteidiger statt. Sodann erhalten die Angeklagten das letzte Wort. Voraussichtlich wird auch morgen die Urteilsverkündung stattfinden.

*

Der vorstehende Prozeßbericht, der aus amtlichen russischen Quellen stammt, bestätigt mit aller Deutlichkeit die Richtigkeit der Kritik, die wir von Anfang an an dem Moskauer Tendenzprozeß geübt haben. Selbst der mit den raffiniertesten Mitteln arbeitenden Sowjetjustiz ist es nicht gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß die beiden Studenten Kindermann und Wolscht irgendwelche verbrecherischen Handlungen begangen haben. Der dritte Angeklagte v. Dittmar, ein Vetter des deutschnationalen Professors v. Freytagh-Loringhoven, hat offensichtlich die Rolle eines agent provocateurs gespielt, was ziemlich deutlich vom Staatsanwalt zugegeben wird. Auf demselben Niveau steht der Hauptbelastungszeuge Baumann, der in die Zelle der Verhafteten gesteckt wurde, um sie zu antikommunistischen Aeußerungen zu provozieren und dann mit phantastischen Erklärungen vor Gericht aufzutreten. Außerordentlich charakteristisch ist, daß auf die Vernehmung des Legationsrats Hilgers verzichtet wurde und daß die beiden Entlastungszeugen Rose und Fink, die eigens zum Zweck einer ausführlichen Darstellung der Sachlage aus Deutschland nach Moskau gereist sind, vom Gericht nicht vernommen wurden, weil angeblich die Zeugenvernehmung abgeschlossen sei. Der Staatsanwalt Krylenko scheute sogar davor nicht zurück, die Verhängung des Anklagezustandes über die beiden Zeugen zu verlangen, und bloß dem Umstande, daß vorher von deutscher Seite die nötigen Sicherungen ausbedungen worden waren, ist es zuzuschreiben, daß Rose und Fink — nur aus Rußland ausgewiesen wurden. So sieht das wahre Gesicht der russischen Sowjetjustiz aus!

Zu der Anklagerede des Staatsanwalts Krylenko ist zu sagen, daß kaum je vor einem ordentlichen Gericht ein Todesurteil auf Grund eines so haltlosen, brüchigen Materials beantragt worden ist, wie im Moskauer Studentenprozeß. Der Staatsanwalt vermochte nichts vorzubringen, was auch nur im entferntesten ein solches Urteil begründen könnte. Ja, er gestand selber ein, daß man dem Angeklagten Kindermann auch keine terroristischen Absichten zutrauen könne. Trotzdem verlangte er den Kopf der drei Angeklagten, angeblich, weil nur auf diese Weise die Sicherheit der russischen Sowjetrepublik geschützt werden könne.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die „Sicherheit" Sowjetrußlands durch die beiden jungen Abenteurer Kindermann und Wolscht nicht im geringsten bedroht worden ist. Sie hatten lediglich das Pech, in die Hände des deutsch-baltischen Grafen v. Dittmar zu geraten, der offenbar beauftragt war, eine Entlastungsoffensive für den Leipziger Tscheka-Prozeß zu organisieren und Austauschobjekte für den verurteilten Skoblewski zu beschaffen. Das eine und das andere ist nun im Moskauer Prozeß erreicht worden. Nun kann, wenn das Moskauer Gericht den Blutforderungen Krylenkos zustimmt, der Schacher um die in Frage kommenden Menschenleben beginnen, ein Verfahren, das der russischen Sowjetjustiz durchaus entspricht.

Deutsche Dementis.

Im Anschluß an die amtliche Erklärung des preußischen Ministers des Innern über die vom Staatsanwalt im Moskauer Studentenprozeß behaupteten Beziehungen Kindermanns zu dem Ministerium des Innern teilt der Reichsminister des Innern mit, daß Kindermann, Wolscht und von Dittmar im Reichsministerium des Innern und in der in Frage kommenden nachgeordneten Stelle in keiner Weise bekanntgeworden sind und nie Beziehungen irgendwelcher Art zu diesen Behörden gehabt haben.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas hat zur Vorlage in dem Studentenprozeß vor dem Obersten Gericht in Moskau folgende eidesstattliche Versicherung abgegeben, der sich Reichskanzler a. D. Dr. Wirth angeschlossen hat:

„Die Angaben des Angeklagten Dittmar über den Charakter des „Studentenwerks" Berlin und seine angeblichen Beziehungen zu der Organisation Consul erscheinen mir völlig unerfindlich. Geradezu phantastisch erscheint mir die Behauptung, daß das „Studentenwerk" terroristische Akte in Rußland in die Wege geleitet oder bei ihnen mitgewirkt haben soll. Nach meiner Kenntnis ist das „Studentenwerk" Berlin der örtliche Wirtschaftskörper der „Wirtschafthilfe der deutschen Studentenschaft", einer Organisation, die sich die Studentenschaft aufgebaut hat, um vor allem die Notlage der Studenten zu lindern. Ihre Tendenzen liegen daher ausschließlich in der Fürsorge für die Studentenschaft; mit Politik hat meines Wissens das „Studentenwerk" nichts zu tun."

Auch der Rektor der Berliner Universität hat durch eidesstattliche Erklärung ebenfalls gegen die Behauptung über die angeblichen Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Organisation „Studentenwerk Berlin" und der sogenannten Organisation Consul Verwahrung eingelegt.

Wahlsiege in Holland.

Amsterdam, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach den ersten Stimmergebnissen hat die Sozialdemokratische Partei ihre Stimmenzahl erheblich steigern können. Sie erhielt in

Amsterdam	113 000	(83 700)
Rotterdam	83 100	(69 700)
Utrecht	20 700	(17 800)

Im ganzen Lande wird mit einer 15- bis 20prozentigen Steigerung der sozialistischen Stimmen gerechnet.

Ein rätselhafter Brief.

Wer trägt die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik?

Gestern war Auswärtiger Ausschuß. Seine Verhandlungen sind vertraulich. Aber nächstens soll in öffentlicher Reichstagssitzung über die auswärtige Politik gesprochen werden. Es ist höchste Zeit, Klarheit tut not!

Das deutsche Volk und die Welt haben ein Recht, Antwort auf die Frage zu verlangen: Was ist die auswärtige Politik Deutschlands und wer trägt die Verantwortung für sie?

Seit einem halben Jahr haben wir eine Regierung, in der die deutschnationale Reichstagsfraktion durch ihren früheren Vorsitzenden, Herrn Schiele, und durch drei weitere ihr nahestehende Herren, Schlieben, Neuhaus und Kanitz, vertreten ist. Die Deutschnationale Partei ist damit an dem Ziel angelangt, nach dem sie monate-, ja jahrelang mit allen Mitteln gestrebt hatte. Sie ist im Reich Regierungspartei, sie nennt sich selbst mit Vorliebe „die stärkste Regierungspartei".

Mindestens seit dem 9. Februar betreibt diese Regierung eine auswärtige Politik, die darauf hinausläuft, Frankreich einen ewigen Frieden anzubieten, ihm seine Grenzen zu garantieren, den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu erklären und auch mit den östlichen Nachbarn Schiedsverträge abzuschließen. Als Endpunkt dieser Entwicklung wird Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vorausgesehen, der längst nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, sondern über den verhandelt wird. Nimmt man dazu, daß die Regierung die Verpflichtungen des Dawes-Paktes in gewissenhaftester Weise erfüllt und daß sie bereit ist, den Entwaffnungsforderungen der Entente zu genügen, soweit diese im Vertrag von Versailles begründet sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß keine bisherige deutsche Regierung sich so vorbehaltlos auf den Boden der Vertrags von Versailles gestellt hat, keine so entschiedene Erfüllungspolitik getrieben hat wie die gegenwärtige.

Diese auswärtige Politik ist betrieben worden und wird weiter betrieben, während der ehemalige deutschnationale Fraktionsvorsitzende, Herr Schiele, nebst drei anderen deutschnationalen Vertrauensmännern in der Regierung sitzt und während die deutschnationale Partei sich selber als „die größte Regierungspartei" bezeichnet.

Trägt Herr Schiele, trägt die deutschnationale Partei die Verantwortung für diese Politik? Diese Frage, die verständiger- und anständigerweise gar keine Frage sein dürfte, ist neuerdings aufgeworfen worden. Und darum heischt sie Beantwortung.

Die Opposition innerhalb der Deutschnationalen Partei, die noch nicht alles, was die Partei vor den Dezemberwahlen predigte, vergessen hat, versucht, die Verantwortung einzig und allein auf Herrn Stresemann und die Volkspartei abzuschieben. Die Deutschnationale Partei als solche aber ist zu feige, um sich zu der Verantwortung, die sie trägt und von der sie nicht loskommen kann, zu bekennen.

Die Deutsche Volkspartei hat infolgedessen am letzten Dienstag beschlossen, eine öffentliche Aussprache über die auswärtige Politik herbeizuführen. Sie hat sich in der gleichen Sache in vertraulichen Rundschreiben geäußert, über deren Inhalt die „Deutsche Zeitung" in folgender Weise berichtet:

In vertraulichen Rundschreiben behauptet die Deutsche Volkspartei, daß es in ihrer deutschnationalen Schwesterpartei sehr wacklig aussehe; besonders schwierig sei für sie die Lage in Preußen, die deshalb sicher bis zum Herbst im jetzigen Gleichgewicht gehalten werde. Weiter verkündet die Deutsche Volkspartei ihren Gläubigen, daß alles, was über ihres Führers Stresemann selbstherrliche Politik gesagt werde, eine grobe Unwahrheit sei; fest stehe, **daß Stresemann das Kabinett in 1½stündiger Rede aufgeklärt habe, und nur Minister Schiele habe einige Fragen gehabt, aber keinesfalls gegen den Sicherheitsvertrag sich geäußert,** während in einem anderen „Gremium" allein Geßler das Wort zu einigen unwesentlichen Fragen genommen hätte; **die Deutschnationalen seien also nicht nur ganz im Bilde, sondern auch völlig einverstanden — und das seit Monaten!**

Um diese Behauptungen der Volkspartei zu widerlegen, produziert nun die „Deutsche Zeitung" folgenden Brief, den der Reichsinnenminister Schiele am 25. Mai d. J. an den Hauptgeschäftsführer der Volkspartei, Konteradmiral a. D. Brüninghaus gerichtet haben soll:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Von einem Plauener Parteifreunde erhalte ich einen Ausschnitt aus einer dortigen Zeitung, in dem wörtlich folgendes steht:

Wir werden von dem Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, Admiral Brüninghaus, um Veröffentlichung folgender Erklärung gebeten: „Ueber das deutsche Memorandum ist zwischen dem Reichskanzler, dem Außenminister und dem deutschnationalen Kabinettsmitglied, das von seiner Partei als Vertrauensmann für die Fraktion bezeichnet worden ist, ausführlich verhandelt worden. Dabei sind gegen den Sicherheitspakt Einwendungen nicht erhoben worden."

Ich bemerke hierzu, daß diese Angaben den Tatsachen nicht entsprechen. Ich persönlich bin über das Memorandum nicht unterrichtet worden und kenne auch heute noch nicht den Inhalt desselben. Es ist wohl zweckmäßig, daß wir zwecks Richtigstellung uns recht bald einmal unterhalten.

Verbindlichsten Gruß!

Schiele.

Wie ein Angeklagter, der sich verteidigt, will Herr Schiele den Alibibeweis antreten. Er ist nicht dabeigewesen! Er weiß von nichts!

Am 9. Februar wurde das Memorandum abgeschickt. Am 25. Mai hat Herr Schiele nicht nur nicht seinen Wortlaut, sondern auch nicht einmal „den Inhalt desselben" gekannt!

Diese angebliche Bekundung des Herrn Schiele widerspricht aller Wahrscheinlichkeit und aller objektiven Wahrheit.

Richtig ist, daß das Memorandum vor der Absendung nicht einer Kabinettssitzung vorgelegt, sondern zwischen dem Reichsaußenminister Stresemann und dem Reichskanzler Luther vereinbart wurde. Bald darauf aber hat Herr Stresemann, wie in den Rundschreiben der Volkspartei zutreffend berichtet wird, im Ministerrat über das Memorandum berichtet. Sachliche Einwendungen wurden von keiner Seite erhoben.

Nachträglich hat das Gesamtkabinett die Verantwortung für die Außenpolitik des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers ohne Widerstand und Widerrede übernommen.

Das sind Tatsachen. Aber auch für den, der diese Tatsachen nicht kennt, ist das angebliche Schreiben Schieles geradezu phantastisch unwahrscheinlich.

Der Inhalt des Memorandums war bald nach seiner Absendung allen Journalisten des Inlands und des Auslands bekannt. Durch eine telephonische Anfrage in der Redaktion des „Vorwärts" z. B. hätte sich der Herr Reichsinnenminister über ihn in ausreichender Weise unterrichten können. Wir wären gern bereit gewesen, ihm Auskunft zu geben, und erklären uns dazu auch für die Zukunft in ähnlichen Fällen bereit.

Aber, was ist das für ein Minister, der nicht weiß oder der nicht zu wissen vorgibt, was jeder politisch unterrichtete Mensch weiß? Was müßten das für Zustände in einer Regierung sein, in der ein Minister so isoliert wäre, daß er sich über die allerwichtigsten Vorgänge nicht informieren könnte? Herr Schiele bezichtigt sich selber — vorausgesetzt, daß der Brief echt ist — einer Hilf- und Intelligenzlosigkeit, die für einen Reichsminister und Vertrauensmann der „größten Regierungspartei" im höchsten Maße beklagenswert ist.

Auf alle Fälle aber spielt die deutschnationale Partei eine alberne und unehrliche Komödie, der im Interesse der Reinheit des öffentlichen Lebens ehestens ein Ende gemacht werden muß. Wie ein beim Apfeldiebstahl ertappter Junge steht sie jetzt da und heult, daß nicht sie, sondern der andere es gewesen sei.

Diese Erbärmlichkeit der „größten Regierungspartei" wäre an sich schließlich eine innere Angelegenheit. Aber wenn sie auf dem Gebiet der Außenpolitik in Erscheinung tritt, dann wird sie eine außenpolitische Gefahr. Sie wird das um so mehr, als ja auch schon Bestrebungen im Gange sind, die Tendenz der bisher betriebenen Außenpolitik umzubiegen und umzulügen, und so zu tun, als ob das deutsche Angebot nur ein listiges Manöver gewesen sei, um den Gegner herauszulocken und an der Nase herumzuführen. Solche Auslegungskünste sind zwar für die Deutschnationalen innerpolitisch äußerst bequem, außenpolitisch aber gehen sie gegen Treu und Glauben und laufen darauf hinaus, den letzten moralischen Kredit Deutschlands zu vernichten.

Es ist darum höchste Zeit daß in öffentlicher Reichstagssitzung die Fragen beantwortet werden: Was ist die deutsche Außenpolitik? Wer treibt sie? Wer ist bereit, für sie die Verantwortung zu tragen?

Von innen gesehen ist aber auch die Frage, was es mit der Rechtsregierung auf sich hat und wie sich das Zusammenspiel ihrer Teile gestaltet, nicht ohne Reiz. Grillparzer hat einmal ein altösterreichisches Kabinett so geschildert:

Der Minister des Aeußern
Kann sich nicht äußern.
Der Minister des Innern
Kann sich nicht erinnern.
Der Minister des Krieges
Ist nicht der des Sieges.
Nach dem Minister der Finanzen
Muß alles tanzen.

Daß sich der Minister des Innern nicht erinnern kann, ist evident. Ob und wie sich der Minister des Aeußern äußern kann, darauf ist alle Welt gespannt.

Auswärtiger Ausschuß.

Offiziös wird gemeldet:

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wurde die Sicherheitsfrage behandelt. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann gab eine ausführliche Darstellung der politischen Situation. Hieran schließen sich Ausführungen der Abgeordneten Graf Westarp (Dnat.), Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Dernburg (Dem.), Graf Lerchenfeld (Bayr. Vp.), Dr. Kaas (Z.), Stoecker (Komm.) und Graf Reventlow (Völk.), zu denen der Reichsaußenminister Dr. Stresemann verschiedentlich das Wort nahm.

Anwesend waren u. a. auch der Reichskanzler Luther und die Minister Schiele und Neuhaus.

Vertrauensvotum für Stresemann?

Im Reichstag verlautete gestern, daß die Deutsche Volkspartei sich mit der Absicht trage, bei der bevorstehenden Debatte über die Außenpolitik einen Vertrauensantrag für Stresemann einzubringen. Die Deutschnationalen wären dann gezwungen, dem Urheber des Memorandums vom 9. Februar geschlossen das Vertrauen zu votieren oder eine Regierungskrise zu eröffnen.

Begreiflicherweise sind die Deutschnationalen, die ihr Spiel mit zweierlei Karten gerne fortsetzen möchten, von dieser Absicht der „Schwesterpartei" wenig erbaut. Sie sollen jetzt angeblich mit dem Reichskanzler in Verhandlungen darüber stehen, wie ihnen dieses Ungemach zu ersparen sei.

Vor Gegenmaßnahmen gegen Polen.

Ein Kabinettsbeschluß.

Das Reichskabinett hat nunmehr beschlossen, gegen die von Polen über deutsche Waren verhängten Einfuhrverbote Gegenmaßregeln zu treffen. Die Beschlüsse sollen der heutigen Vollsitzung des Reichsrates zur Genehmigung vorgelegt werden. Ihre Veröffentlichung ist am Freitag zu erwarten.

Es scheint erforderlich, vor dieser Verschärfung des deutsch-polnischen Wirtschaftskampfes auf die außerordentlich schweren Konsequenzen hinzuweisen, die der bevorstehende Zollkrieg auch für Deutschland bringen muß. Es ist ja nicht so sehr die deutsch-oberschlesische Industrie selbst, die unter den polnischen Einfuhrverboten leidet, als diejenigen Teile der schlesischen und ostpreußischen Industrie, die in Polen ihren natürlichen Ausfuhrmarkt sehen. Auf der anderen Seite werden die deutschen Gegenmaßnahmen zur Folge haben, daß die Arbeitslosigkeit gerade der deutschgesinnten Angestellten polnischer Betriebe, die mit Willen der reichsdeutschen Behörden die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben und die stärksten Stützen des Deutschtums im Osten sind, zuallererst durch die deutschen Gegenmaßnahmen gesteigert wird. Die rigorose Haltung der polnischen Regierung in der Frage des Niederlassungsrechts Deutscher in Polen verdient gewiß schärfste Zurückweisung und, wenn es sein muß, Bekämpfung. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieser Kampf jetzt bereits mit aller Schärfe durchgeführt werden soll, nachdem auch auf polnischer Seite die Stimmen lauter werden, die zur Vernunft raten. Der Leidtragende in einem deutsch-polnischen Zollkrieg ist in jedem Falle Polen, das mit seinem Export viel stärker auf das Reich angewiesen ist als umgekehrt. Auch auf deutscher Seite gibt es aber Kreise, die die Entwicklung mit Sorge beobachten und die noch nicht alle Wege zu einer Verständigung verbarrikadiert sehen. Die deutsche Regierung hätte allen Anlaß, in diesem schweren Konflikt kühlen Kopf zu bewahren, zumal bereits die Wirkung der gegenwärtigen Kohleneinfuhrsperre für Polen immer empfindlicher wird und dort die Geneigtheit zu einer Verständigung mit jedem Tage größer werden läßt.

Diese Warnung ist um so mehr am Platze, als ja der Zollkrieg mit Polen nicht unabhängig, sondern nur im Zusammenhang mit der übrigen Handelspolitik beurteilt werden darf. Zollkrieg im Osten, Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrages, Verschleppung anderer Vertragsverhandlungen — alles das sind ja nur Symbole desselben Geistes, mit dem man jetzt an die Regelung der internationalen Handelsbeziehungen herantritt. Die Propaganda, die man vor elf Jahren mit der Parole „Viel Feind' viel Ehr'" trieb, ist jedenfalls in der Handelspolitik alles andere als wirksam. Denn hier bedeuten „viel Feind'" schlechtes Geschäft! Man sollte sich doch nachgerade vorsehen, in einer Zeit, in der wir auf den Export mehr als je angewiesen sind, in ein handelspolitisches 1914 hineinzuschlittern!

Neuordnung der Volksschullehrerbildung.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Nachdem durch Staatsministerialbeschluß vom 7. Oktober 1924 die Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt als Abschluß der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Volksschullehrer festgelegt worden, ist nunmehr auch über die Gestaltung der Fachausbildung der Lehrer und Lehrerinnen eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden.

In Anlehnung an einen Staatsministerialbeschluß vom 10. Februar 1922 über die Zweijährigkeit und organische Selbständigkeit dieser Fachausbildung und in Uebereinstimmung mit der Erklärung der Unterrichtsverwaltung im Hauptausschuß des Landtages am 9. September 1924 hat das Preußische Staatsministerium nunmehr am 30 Juni d. J. beschlossen, daß die pädagogische Fachausbildung der künftigen Volksschullehrer und -lehrerinnen in einem zweijährigen Lehrgang an pädagogischen Akademien erfolgen soll, gemäß den in einer Denkschrift des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung niedergelegten Grundsätzen, deren Veröffentlichung bevorsteht. Mit Rücksicht auf die noch vorhandene große Zahl von unbeschäftigten Schulamtsbewerbern sollen zunächst nur 3 pädagogische Akademien Ostern 1926 eingerichtet werden. Ihnen soll die Aufgabe zufallen, die ersten Versuche mit der neuen Lehrerbildung praktisch durchzuführen. Von den 3 ersten Akademien sollen die in der Mitte und die im Osten des Staates gelegene der Ausbildung evangelischer Lehrer, die im Westen zu eröffnende der Ausbildung katholischer Lehrer dienen.

Bayerische Dollaranleihe.

25 Millionen Dollar für Staatsbetrieb.

München, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Staat steht zur Deckung seiner schwebenden Schulden, die heute rund 42 Millionen Mark betragen, seit über einem Jahre in Anleiheverhandlungen mit amerikanischen Banken. Diese Verhandlungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil die Vertrauensleute der New Yorker Bankgruppe den bayerischen Staatshaushalt bis in alle Einzelheiten durchprüften. Nunmehr stehen die Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß, und zwar handelt es sich um eine von der Equitable Trust Co. New York gewährte 6½ prozentige Anleihe von 25 Millionen Dollar mit 30jähriger Laufzeit. Die Geldgeber haben zur Bedingung gemacht, daß von dieser Anleihe nichts für allgemeine Staatszwecke, sondern nur für werbende Anlagen des Staates, z. B. die bayerischen Wasserwerke, die Staatsbergwerke und Salinen Verwendung finden darf.

Lex musica!

Von Kurt Singer.

Verwandte von Robert Schumann leben in der Schweiz in bitterster Not. Wohltätigkeit hilft ihnen über das Hungern hinweg. Aus Deutschland kommt keine Kunde, daß die schweizerische Hilfe durch Mithilfe aus Schumanns Hände gestärkt würde. Aber die Frist ist ja um, Schumanns Werke sind längst frei, und nur der Verleger hat, gefühlvoll wie er nun einmal ist, den sachlichen Erfolg von romantischer Höhenkunst. Witwen großer Musiker unserer Zeit lassen verschämt durchblicken, daß es ihnen wirtschaftlich übel geht. Hier und da hört man von Vereinen, Gemeinden, die sich zusammentun, um mit der Kunstpflege die Wohlfahrtspflege zu üben. Trostloser Gedanke, daß der eifrigste Musikmodejüngling, dem ehrlichsten und besten Musikmeister den Rang ablaufen kann, nur weil er lebt, und der andere tot ist. Ist Leben ein Freibrief für Behagen, und ist Tod der Erlaubnisschein zur Ausplünderung, zur Ausbeutung? Das Musik-Geschäft ist einträglicher als das Musik-Schöpfertum; nur der Verleger schöpft aus dem Vollen, und der im Tod vollendete Meister ist seine herrliche Pfründe. Wo man es erlebt, daß ein Verleger den Nachkommen der Komponisten, die ihren Reichtum begründet haben, Renten aussetzten? Wo sind die Gesetze, die das erzwingen? Wo bleibt die staatlich geforderte Verlegerabgabe? Wo ein Gesetz zur Verlängerung der Schutzfrist?

Es ist immer mißlich, wenn nach der Polizei und nach dem Gesetz gerufen wird. Aber, wenn schon das Geld ein Dreck ist — die Kunst selber bleibt doch heilig!? Weit gefehlt: sie ist vogelfrei. Und das greift so tief in unsere Kultur, in den ganzen Betrieb und Verschleiß von höchster Kunst hinein, daß ein Gesetz notwendig wird. Man stelle sich vor, daß zu dem Kopf der Mona Lisa ein dazugehöriges Tanzgirl gemalt würde, daß aus den Putten in Raffaels Madonnenbild zwei Teddybären würden, daß einem Rembrandtschen Selbstporträt ein Stahlhelm aufgesetzt würde. Undenkbar, scheußlich, verwerflich. In der Musik, der stärkst gefühlsbetonten Kunst, ist das alles möglich. Jedes Motiv, das die Welt liebt und kennt, ist der Verhallhornung preisgegeben, jede Melodie darf umrhythmisiert, jeder Rhythmus für den pöbelhaftesten Geschmack umbalanciert, jeder musikalische Inhalt darf in eine unpassende, vulgäre Form gebracht werden. Mit Wagner begann es. Die Popularisierung seiner Nibelungen mußte (und durfte) in einem Militärmarsch auf Hochbetrieb gestellt werden. Man verflachte durch solche ordinäre Prozedur den größten deutschen Musikdramatiker, und ihm folgte dann der größte Sinfoniker Beethoven. Die Verschandelung ging so abwegig weit, daß zu klassischen Musikwerken operettenhafte Texte unterlegt wurden (Chopins Trauermarsch). Aber das alles war nur Vorspiel. Wir sind jetzt so weit, daß eine markante Melodie von Chopin, Wagner, Puccini, Weber u. a. hergenommen und zu einem Jazz, Shimmy, Tango „verarbeitet" wird. Man nennt, man kennt den Autor nicht einmal mehr. Bequem für die Einfallslosigkeit unserer Schlagerkomponisten, bezeichnend für allen Manael am Stil, der unsere lebemännische Zeit charakterisiert. Eté und Marc Weber, Boulanger und Schachmeister haben Wagner und Beethoven entthront. Und der Gregorianische Choral schreit in einem Foxtrott nach der Hölle. Es ist Zeit, daß ein Gesetz zum Schutze der Musik erlassen wird!

Rundgefunktes Kinderfest.

Liebe Funkstunde! Meine große Schwester hat gesagt, das Kinderfest, das du gestern gemacht hast, ist der kindlichen Psyche angepaßt gewesen. Ich weiß nicht, was meine große Schwester damit gemeint hat, aber du brauchst dir das nicht gefallen zu lassen. Wo die überhaupt immer so frech ist. Es war nämlich sehr schön. Bloß meine kleine Schwester hat immer versucht, mir den Hörer vom Kopf zu reißen, die olle! Ich habe sie dafür verhauen und sie hat geschrien. Wie sie wieder ruhig war, konnte ich wieder fein aufpassen. Ich habe Musik gehört und Kasperletheater mit der Hexe Hutzeputzel und dem Teufel, und dann habe ich die Tante Fleßburg und den fumosen Onkel Braun die Geschichte von dem Fritze Bollmann singen gehört. Dann kam das Lied von den Spatzen unterm Dach, wo ich immer feste mitgesumst habe. Und dann gabs im Puppentheater das Drama „Hase und Swinegel" — hör mal, das ist ja ganz lustig, aber doch verflucht lang gewesen. Der Hase war sehr komisch, der hat mit so viel Betonung gesprochen, wie unser Klassenlehrer: sollte das so sein? Und dann war der Sängerwettstreit zwischen Jungens und Mädels, wobei mir aber die Jungens viel besser gefallen haben. Die Mädels haben wahrscheinlich keine Traute gehabt. Meine Schwestern haben nämlich auch nie Traute. Und dann kam noch der Onkel, der das Gedicht von den Kölner Heinzelmännchen aufgesagt hat. Das mußte ich mal in der Schule als Strafarbeit aus dem Kopf lernen, und da habe ich meine große Schwester allein hören lassen. Sie hat gesagt, der Herr spricht die Endsilben undeutlich aus. Ich finde, meine große Schwester die ist genau so mäklig wie unser Lehrer. Und was dann gekommen ist, das hat mir wieder nicht gefallen. Da hat nämlich einer eine Rede gehalten und gesagt, wir sollen nun von dem Kinderfest an recht brav sein und nie wieder Stinkbomben legen und dafür unsere Eltern recht lieb haben. Der Goldstein in meiner Klasse, der sagt immer, wenn er so was hört, da wird ihm gleich mies. Mir auch. Aber sonst hat dem Goldstein, den ich schon gefragt habe, die Chose genau so gut gefallen wie mir, und wir wollen beide am nächsten Mittwochnachmittag um 5 Uhr wieder das Kinderfest am Radioapparat hören. Es grüßt dich, liebe Funkstunde, mit ergebenem Diener Dein

Erich.

Rektoratswahl in der Technischen Hochschule. Gestern vormittag fand an der Technischen Hochschule Charlottenburg der Wechsel des Rektorats statt, das Geheimrat Dr. Laas zwei Jahre innehatte. Rektor Dr. Laas erstattete noch den Geschäftsbericht und überreichte dann nach einem Dank an seine Mitarbeiter die goldene Rektorkette mit Glückwünschen dem neuen Rektor, Geheimrat Prof. Dr. Orlich.

Prominentengagen. Der Prozeß der „Prominenten" gegen den Bühnenverein zwecks Ungültigkeit der Gagenkonvention läuft noch immer. Das Urteil ist am 11. Juli zu erwarten. Interessant sind die Zahlen, die der Vertreter des Bühnenvereins als Prominentengagen nannte. Fritzi Massary z. B. erhält 25 Proz. der Bühneneinnahme des Theaters, ihr Gatte Max Pallenberg 1600 Mk. pro Abend, so daß das Ehepaar in drei Monaten etwa 400 000 Mk. verdient, wogegen sich Frau Massary 1913 noch mit einem jährlichen Einkommen von 36 000 Mk. „begnügen" mußte. Interessant ist, daß die höchsten Gagen von Bühnengrößen wie Kainz und Matkowsky 20 000 bzw. 48 000 Mk. im Monat betrugen. Bescheidene Summen, mit denen ein „Star" von heute unmöglich zufrieden sein kann!

Deutsche Kulturarbeit in Ostoberschlesien leistet der von sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Seite gegründete Bund für Arbeiterbildung, der am Sonntag auf seiner Kattowitzer Generalversammlung über eine vierjährige Tätigkeit berichten konnte. Die Bildungsarbeit dieser Organisation entspricht ungefähr der Tätigkeit der Arbeiterbildungsausschüsse in Deutschland und verlangt große Geld- und Zeitopfer von der wirtschaftlich schwer leidenden deutschen Arbeiterschaft Ostoberschlesiens. Wirtschaftsvorträge und Kurse wurden vorläufig in 8 Orten der polnischen Wojewodschaft Schlesien veranstaltet.

Das Zarenschloß als Bauernkurort. Das Schloß Livadia in der Krim, welches ehemals dem russischen Zaren als Sommersitz diente, ist nunmehr, einem Beschluß der Sowjetregierung zufolge, als Kurort für erholungsbedürftige und kranke Bauern eröffnet worden. Zu der Eröffnungsfeier hatten sich aus allen benachbarten Ortschaften so viele Bauern und Arbeiter versammelt, daß der große Schloßpark die zahlreiche Menge kaum beherbergen konnte. Der Gesundheitskommissar Semaschko hielt die Eröffnungsrede, in welcher er darauf hinwies, daß Sowjetrußland das einzige Land sei, wo Paläste, die ehemals nur den Vergnügungen der Monarchen und ihrer Höflinge gedient hätten, in Erholungsheime für Bauern und Proletarier umgewandelt werden könnten. Darauf wurde die rote Sowjetflagge auf dem Schlosse gehißt. Mehrere Vertreter des Bauernstandes traten als Redner auf und baten Semaschko, der Sowjetregierung den Dank der russischen Bauern zu übermitteln. Ein Festessen in dem ehemaligen kaiserlichen Speisesaal beschloß die Feier.

Eine internationale Vogelschutzkonferenz wird in den nächsten Wochen von der schwedischen Regierung einberufen werden. Der Entschluß, eine internationale Regelung des Vogelschutzes herbeizuführen, ist dadurch hervorgerufen worden, daß in einigen Ländern viele Vogelarten ausreichend geschützt werden, während in anderen die Gesetzgebung versagt hat. Man geht bei der Einberufung der Konferenz von dem Gedanken aus, daß ein wirksamer Schutz nur international garantiert werden kann, da die Vögel auch während ihrer Züge allgemein geschont werden müssen. An der Konferenz werden Vertreter der Regierungen von Deutschland, England, Holland, Belgien, Dänemark und Finnland teilnehmen.

Ein neuer Generaldirektor für die Staatsbibliothek. Wie verlautet, tritt am 1. Oktober d. J. der Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, Geh. Regierungsrat Dr. Fritz Milkau, in den Ruhestand; er wirkte als Nachfolger Harnacks seit Ostern 1921 in Berlin. Wer an seine Stelle treten wird, ist bisher noch unbekannt.

Auf der Jubiläumstagung der Gutenberg-Gesellschaft in Mainz überreichte Dr. Stempel Frankfurt a. M. im Auftrage des amerikanischen Zeitungsbesitzers Bartlett einen Scheck in Höhe von 5000 Dollar für das Gutenberg-Museum in Mainz. Bartlett hat eine große Zahl führender Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten für einen Plan gewonnen, durch den er die Errichtung eines Druckmuseums als Ausdruck der Dankbarkeit gegenüber dem größten Sohn der Stadt Mainz fördern will.

Der Kuhhandel fertig.

Die Opposition im Aufwertungsausschuß verzichtet.

Zu Beginn der Mittwochsitzung des Aufwertungsausschusses erklärte Abg. Dr. Best, die Kompromißparteien hätten anscheinend die Parole ausgegeben, daß lediglich die Stimmenzahl, nicht das Gewicht der Gründe zu entscheiden habe. Dieses Verfahren habe den Vorzug, Zeit und Stimme zu ersparen und den Anschein zu vermeiden, als ob Recht, Billigkeit und sachliche Einwendungen bei der Lösung der Fragen zum Wort kämen. Er schließe sich deshalb von nun ab dem Verfahren der Regierungsparteien an und behalte sich die Wiederholung seiner Ausführungen für das Plenum vor.

Anschließend daran erklärte Abg. **Keil** (Soz.), die sozialdemokratischen Vertreter hätten sich in der zweiten Lesung auf wenige grundlegende Anträge beschränkt. Die Regierungsparteien seien aber jeder sachlichen Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen und hätten einfach alle Anträge niedergestimmt. Unter diesen Umständen bestehe keine Möglichkeit mehr für eine sachliche Diskussion. Seine Freunde würden daher alle Auseinandersetzungen über die tiefgehenden sachlichen Meinungsverschiedenheiten ins Plenum verlegen.

In der fortgesetzten zweiten Lesung des Aufwertungsgesetzes verzichtete dann der Abgeordnete Best auf jede Begründung der zahlreichen von ihm gestellten Anträge. Ueber alle die Bestimmungen, über die Einigkeit unter den Regierungsparteien herrschte, wurde daher nur noch abgestimmt. Die „übliche Mehrheit" trat in Funktion und lehnte jede, auch die kleinste Verbesserung, die von der Opposition beantragt wurde, ab. Einen Aufenthalt gab es nur bei solchen Punkten, über die die Regierungsparteien sich nicht einig geworden waren. Für den Antrag Best, die Rückwirkung der Hypothekenaufwertung bis zum 1. Juli 1921 auszudehnen, stimmten nur die Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Mehrheit hielt am 15. Juni 1922 fest. Von den Sozialdemokraten war für diesen Fall (der Ablehnung des Antrags Best) der folgende Antrag gestellt:

„Hat der Gläubiger die Leistung vor dem 15. Juni 1922 vorbehaltlos angenommen und betrug die Leistung nicht mehr als 10 Proz. des Goldmarkbetrags der Forderung, so kann die Aufwertungsstelle unter billiger Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners wie des Gläubigers, besonders auf Inflationsgewinne bzw. -Verluste, eine Aufwertung bis zum Höchstsatz von 20 Proz. einschließlich des Goldmarkwertes der geleisteten Zahlung festsetzen."

Abg. **Keil** (Soz.) erläuterte den erstmals eingebrachten Antrag dahin, daß er mit dem Beschluß der Mehrheit über Höchstsatz und Rückwirkungstermine rechne. Deshalb sehe er nur den Höchstsatz von 20 Proz. für die vor dem Rückwirkungstermin liegenden Fälle vor und wolle diese Fälle nur dann neu aufrollen, wenn nicht wenigstens 10 Proz. des Goldmarkbetrags gezahlt worden seien. Die Fälle, in denen nur wenige Prozent, oder nur Bruchteile eines Prozents gezahlt wurden, seien sehr zahlreich. Beispielsweise habe Fürst Henckel v. Donnersmarck als Erwerber eines wertvollen Berliner Grundstücks den verarmten Vorbesitzern eine Restkaufgeldhypothek von 5 Goldmillionen am 31. März 1922 mit zirka 1½ Proz. des Goldwertes ausgezahlt. Dabei bleibe es, wenn der Antrag abgelehnt werde.

Ohne ein Wort der Erwiderung lehnte die Mehrheit den Antrag ab. Die Mehrheit beschloß ferner, an den unzulänglichen Rückzahlungs- und Verzinsungsvorschriften festzuhalten.

Von den zahlreichen weiteren Anträgen, die abgelehnt wurden, sei noch erwähnt der Antrag Best, daß beim Erlaß besonderer Vorschriften über Rückzahlung, Kündigung und Verzinsung der Industrieobligationen durch die Reichsregierung ein Ausschuß des Reichstags mitwirken solle.

Festgehalten wurde auch, trotz des Widerspruchs der Sozialdemokraten, an der 15prozentigen Aufwertung der Industrieobligationen mit dem zusätzlichen Genußschein für Altbesitzer, der aber von den Gesellschaften umgangen werden kann. Die Sozialdemokraten verlangten Gleichbehandlung der Obligationen mit den Hypotheken.

Eine Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien rief der auf einem Antrag Emminger (Bayer. Vp.) beruhende neue § 27 hervor, der unter gewissen Voraussetzungen eine vorzeitige Rückzahlung von kleinen Bruchteilen des aufgewerteten Betrags ermöglichen will. Hier gelang es der Linken im Verein mit einzelnen Mitgliedern der Rechten, die entgegengesetzte Absichten verfolgten, die Bestimmung zu streichen, daß die vorzeitige Rückzahlung in keinem Falle mehr als 1000 M. jährlich betragen dürfe.

Der Fall Lange-Hegermann.

Ein dunkles Kapitel.

Im Frühjahr des vorigen Jahres war der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber an seinen damaligen Fraktionskollegen Lange-Hegermann, der heute noch Mitglied des Reichstags ist, aber keiner Fraktion mehr angehört, mit der Bitte herangetreten, für die in Schwierigkeiten geratene Papierfabrik Köttewitz bei Dresden etwas zu tun. Der Inhaber der Firma, Herr Burtscher, ist ein religiöser Mann, der für die katholische Sache in Sachsen viel getan hat. Herr Lange-Hegermann, der in der Inflationsperiode eine ganze Reihe seiner Geschäftsfreunde saniert hat, nimmt sich des Falls Burtscher eifrig an. Er spricht bei den großen Banken vor; überall wird er abgewiesen, es besteht keine Möglichkeit, hier irgend etwas für Burtscher zu erreichen. Schließlich wird der Minister Höfle für die Sache interessiert. Er erklärt sich bereit, das notwendige Geld vorzustrecken, wenn genügende Sicherheiten geboten sind. Herr Lange-Hegermann gewinnt einen Herrn Schäfer aus Bonn und einen Herrn Schmidt aus Düsseldorf-Reisholz, von denen der eine vermögend ist, der andere kaufmännische Kenntnisse besitzt, damit sie in das Unternehmen einsprängen. Lange-Hegermann fungiert dem Minister gegenüber als Treuhänder, die beiden Herren aus dem Westen geben die Sicherheiten. Das Unternehmen Köttewitz ist, wie Staatssekretär Sauter ausdrücklich bestätigt, jetzt saniert, nach menschlicher Voraussicht wird die Post keinerlei Verlust bei diesem Geschäft erleiden.

Das ist ungefähr der Inhalt der Aussage, die der Abgeordnete Lange-Hegermann am Mittwoch nachmittag vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags gemacht hat. Dieser Zeuge wurde unvereidet vernommen, weil gegen ihn noch ein Verfahren wegen Beihilfe zur Untreue schwebt. Herr Lange-Hegermann hat wohl auf keines der Mitglieder des Ausschusses einen günstigen Eindruck gemacht. Wenig sympathisch berührte es die Zuhörer, daß er durchaus seinen Parteifreund, den Minister Höfle, zu belasten suchte. Höfle ist tot, er kann sich nicht verteidigen. Die Tatsache bleibt übrig, daß Lange-Hegermann einen Brief an die bayerische Abteilung der Reichspost unterschrieben hat, worin er sich verpflichtet, die ihm gewährten Kredite bis zum Betrage von 2 Millionen Mark mit besonderer Sorgfalt zu behandeln und nur an solche Kreise des besetzten Gebiets, einschließlich der Pfalz, weiterzugeben, mit denen sich der Minister einverstanden erkläre. In Wirklichkeit haben erhalten: 1,5 Millionen Schäfer in Bonn für die Papierfabrik Köttewitz bei Dresden, 200 000 M. die Gewerbe-Aktien-Gesellschaft in Bottrup (Vorsitzender des Aufsichtsrats war Herr Lange-Hegermann), 300 000 M. eine ähnliche Bank in Münster, kleinere Beträge haben einige Glaubensgenossen von ihm bekommen. Nun behauptet Lange-Hegermann, der von ihm unterschriebene Brief sei nur eine Formsache gewesen, der Minister Höfle habe gewußt, für wen die Gelder bestimmt waren, er glaubte aber schon nach 14 Tagen von einer anderen Stelle der Abteilung Bayern die 2 Millionen wieder überweisen zu können. Wie gesagt, Höfle ist tot, Lange-Hegermann hat das Wort.

Ob Herr Lange-Hegermann seine politische Stellung zu gewinnsüchtigen Zwecken mißbraucht hat, darüber wird der Ausschuß sein Urteil fällen. Er selbst hat gestern erklärt, daß er ein freier Mann sei und keinen Anlaß gesehen habe, Geschäfte solcher Art nicht zu machen. Der Abgeordnete Mittelmann von der Volkspartei glaubte gestern das Urteil des Ausschusses durch seine Fragestellung an den Zeugen vorwegnehmen zu können. Er schien es so darstellen zu sollen, als ob Herr Lange-Hegermann den Minister in voller Kenntnis der Tatsache, daß es sich damals um ein halb verkrachtes Unternehmen handelte, zur Hergabe des Kredits bewogen, ihn also getäuscht und das Reich geschädigt habe. Es will uns scheinen, als ob gerade ein Angehöriger der Deutschen Volkspartei, zu deren prominentesten Führern Herr Hugo Stinnes gehörte, zu solcher Fragestellung wenig Berechtigung hätte. Denn, wenn es sich schon einmal darum handelt, wo die Politik aufhören muß und das Geschäftemachen anfangen darf, so wäre der Fall Stinnes und überhaupt der Fall Deutsche Volkspartei ohne Zweifel ein viel dankbareres Objekt als der immerhin bescheidnere Fall Lange-Hegermann. Ganz abgesehen davon, daß die zahlreichen Syndizi und Unternehmer, die der Volkspartei und der Deutschnationalen Partei als vollwertige und geehrte Mitglieder angehören, sich mit der einwandfreien Beantwortung dieser Frage nicht beeilen würden.

Es muß noch berichtet werden, daß auch der Ministerialdirektor Klaucke nicht die beste Figur machte. Ein Beamter vom alten Stil, den es wahrscheinlich wurmt, daß Politiker Minister werden können. Immer wieder erklärt er, daß er keinerlei Tatsachen vorbringen könne, die auf eine unehrenhafte Handlungsweise Höfles schließen lassen könnten. Aber ebenso oft kramt er seine Vermutungen und seine Eindrücke aus, um das Verhalten Höfles doch in möglichst ungünstigem Licht erscheinen zu lassen. „Vielleicht" sei der Kredit für den Hausbau ein Aequivalent für die Postkredite gewesen. Die Haftentlassung der Barmats gefällt ihm gar nicht, denn nun wickelten sich die Geschäfte nicht so glatt ab wie früher, da Julius Barmat die Verträge anders als die Post auslege. Immer wieder also der alte Beamte, der sich seine Paragraphen und Vorschriften nicht durch das wirkliche Leben verwirren lassen will.

Am Donnerstag werden noch einige Zeugen vernommen, dann will der Ausschuß seine Beschlüsse formulieren und dem Reichstag vorlegen.

Kußmanns Ende.

Der Anfang der Reinigung.

Mit dem gestrigen Tage hat der Staatsanwaltsassessor Kußmann aufgehört, Staatsanwaltsassessor zu sein. Die seinerzeit erfolgte Zuweisung des jungen Herrn an die Berliner Staatsanwaltschaft ist gestern abgelaufen und nicht erneuert worden. Damit ist er automatisch an das Gericht zurückversetzt. Damit dürfte die glänzende Karriere, die sich Herr Kußmann von seinem überaus „forschen" Auftreten versprach, wohl endgültig erledigt sein. Hoffentlich wird er auch beim Gericht keinen Unfug mehr treiben dürfen. Ob mit dieser Maßnahme eine ausreichende Sühne für alle Akte der Willkür und des Leichtsinns erfolgt ist, die sich Herr Kußmann mit Hilfe seiner gleichaltrigen und gleichgesinnten Kollegen und mit wohlwollender Duldung seiner unmittelbaren Vorgesetzten in der Barmat-Sache zuschulden hat kommen lassen, ist eine Frage, die wir einstweilen unbeantwortet lassen möchten. Denn die Vorgänge bei den Verhaftungen in der Barmat-Sache und bei der darauffolgenden Untersuchung sind bisher nur zum Teil bekannt, sie werden aber zweifellos noch in Zukunft die Oeffentlichkeit beschäftigen.

Im übrigen wird es noch eine ganze Weile dauern, bis die Oeffentlichkeit erfährt, was eigentlich an der Barmat-Affäre ist. Es dürften noch Monate vergehen, ehe eine Anklage — falls überhaupt — erhoben wird. Die erste Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft I — Linde, Kußmann und Genossen — war derart, daß sich die Notwendigkeit einer Nachprüfung durch die Generalstaatsanwaltschaft ergeben hat, die nun die Sache in die Hände genommen hat. Und obwohl zwei bisher völlig unbeteiligte Staatsanwälte ausschließlich mit dieser neuen Untersuchung betraut worden sind, ist das aufgestapelte Aktenmaterial so ungeheuer groß, daß es, wie gesagt, noch Monate dauern dürfte, bevor sich die Generalstaatsanwaltschaft darüber schlüssig wird, ob und welche Anklage sie erhebt. Allerdings hätte auch die Staatsanwaltschaft I nach ihren eigenen Auskünften mehrere Monate bis zur Beendigung ihrer Untersuchung gebraucht.

Das ist natürlich ein höchst bedenklicher Zustand, denn im Interesse der Reinigung der politischen Atmosphäre muß der größte Wert darauf gelegt werden, daß das Verfahren so schnell wie möglich so oder so zum Abschluß gebracht werde.

*

Dagegen ist, wie wir weiter hören, die Affäre Kutisker so weit fortgeschritten, daß eine Anklageerhebung in der allernächsten Zeit zu erwarten ist.

Gegen den Regierungsrat Bartels vom Polizeipräsidium ist die Anklage wegen passiver Bestechung (durch Holzmann) bereits erhoben.

Das Eisenabkommen im Zollausschuß.

Generaldebatte über den Zolltarif.

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages kam am Mittwoch nachmittag zunächst der deutschnationale Abgeordnete Dr. **Reichert** zu Wort. Er führte dabei über die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Eisenindustrie aus:

Das angestrebte Abkommen beziehe sich auf die Einfuhr von 1¾ Millionen Tonnen Eisen durch Frankreich, vorläufig auf die Dauer von 3 Jahren; es sei eine private Ergänzung des deutsch-französischen Handelsvertrages und wäre angebahnt im ständigen Einvernehmen mit der Regierung. Das Gegenzugeständnis Frankreichs soll in erheblichen Konzessionen über die Zollhöhe für deutsche Fertigwaren bestehen, wodurch man hoffe, die jetzigen Schwierigkeiten beim Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich beheben zu können. Die Beweggründe auf deutscher Seite wären dabei, daß jetzt schon ein Eisenüberfluß Deutschlands von 14 bis 15 Millionen Tonnen vorhanden sei, der sich bei voller Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten noch um 20 Proz. erhöhen könnte. In das Abkommen würden sämtliche alten Handelshäuser aller Teile Deutschlands einbezogen, wodurch Einheitspreise für das ganze Wirtschaftsgebiet zustande kämen. Auch eine Verständigung mit der eisenverarbeitenden Industrie sei einbegriffen, da sich das Abkommen nur auf die Abnahme einer bestimmten Menge von Rohstoffen und Halbzeugen beziehe, ohne Beschneidung der gegenseitigen Selbständigkeit, so daß viele Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie von dem Abkommen frei blieben. Die Vereinbarung gilt für die meisten übrigen Eisenländer nicht, Frankreich verlange sogar die gegenseitige Garantie der Eisenzölle.

Im Anschluß daran versuchte Dr. **Reichert** den Nachweis dafür zu führen, daß Eisenzölle unbedingt notwendig wären, weil sonst die deutsche Eisenindustrie der Konkurrenz des Auslandes erliegen würde.

Die Genossin **Sender** wies auf die merkwürdige Tatsache hin, daß der Ausschuß von einem seiner Mitglieder über die Verhandlungen der Eisenindustrie unterrichtet werden müsse, um darüber überhaupt etwas zu erfahren, während sich die Regierung vollständig ausschweige. Im übrigen begründete sie ausführlich einen Antrag, der dahin geht, den Reichsbankpräsidenten darüber zu hören, ob durch die Zollerhöhungen die Währung gefährdet würde. Dabei wies sie auch darauf hin, daß die Belastung allein durch die Lebensmittelzölle 150 M. jährlich bei einer fünfköpfigen Familie ausmache. Was solle denn aus den Kriegsbeschädigten, Rentnern usw. werden?

Genosse Georg **Schmidt** wies eingehend nach, daß die Erträgnisse der Landwirtschaft in der Caprivi-Zeit sehr stark gestiegen sind, also ohne Schutzzölle. Diese Steigerung hat auch noch in den letzten Jahren angehalten, also ebenfalls ohne landwirtschaftliche Zölle. Es sei auch unbestreitbar, daß die verbrauchenden Massen von den Hochschutzzöllen belastet würden; habe man doch noch im Reichswirtschaftsrat darüber gestritten, ob sich die Zölle zu 65 oder zu 70 Proz. auswirken würden. Das gelte sogar für die kleinen Landwirte, deren Belastung beispielsweise durch Futtermittelzölle ungemein groß sei. Aber alles das mache anscheinend auf die Regierung gar keinen Eindruck, wie ihre Teilnahmslosigkeit in der Sitzung beweise. Wir könnten deshalb diesen Weg nicht gehen, wollten aber der Landwirtschaft dadurch helfen, daß wir die Siedlungsfrage, den genossenschaftlichen Zusammenschluß usw. fördern.

Der Zentrumsabgeordnete **Lammers** erklärte, daß er grundsätzlich für Freihandel wäre, aber erkennen müßte, daß dessen Anwendung jetzt nicht möglich sei. Jedoch wäre anzustreben, die Zollsätze möglichst niedrig zu halten, je nachdem, wie es die Verhandlungsgrundlage ergebe, **damit man sich eine etwaige Entwicklung zum Freihandel nicht verbaue.** Die

Frage der Mindestzölle mache dem Zentrum rechte Sorge,

und deshalb müsse darüber noch ernsthaft gesprochen werden. Solche Zölle seien ein Hindernis zum Abschluß von Handelsverträgen, sie wären wohl auch nur aus innerpolitischen Gründen festgelegt worden. Von der Einführung gleitender Zölle müsse abgeraten werden, da sie nur der Spekulation dienten. Er betrachte die Zollvorlage als ein Provisorium, das je nach dem Ausfall der Handelsverträge später geändert werden müsse.

Nach einer langatmigen „grundsätzlichen" Rede des Kommunisten **Koenen**, in der er natürlich auch wiederholt die Sozialdemokratie ohne jede Veranlassung anrempelte, sprach der Abg. **Blum** für den agrarischen Teil des Zentrums, wobei er zuredend für die Annahme der landwirtschaftlichen Zölle eintrat.

Der Abg. **von Raumer** (D. Vp.) erklärte, den Ausführungen des Abg. Reichert nicht in allen Einzelheiten folgen zu können, und verhehlte auch nicht, daß

die eisenverarbeitende Industrie den deutsch-französischen Eisenverhandlungen nicht ohne Sorge folge.

Aber die schwierige Lage auch dieser Industrie könne nur durch ein solches Abkommen gebessert werden, das noch in ein europäisches Eisenkartell ausmünden werde, **wie es überhaupt darauf ankomme, einem allgemeinen europäischen Wirtschaftssystem** die Wege zu ebnen. Jedoch gerade deshalb, weil er die Niederlegung der Zollmauern wünsche, werde er Anträge auf Erhöhung der autonomen Zollsätze stellen, um eben von der Gegenseite recht viel abhandeln zu können. Eine Belastung des Konsumenten wären erst die Vertragstarife, die danach herauskommen. Das müsse um so mehr beachtet werden, als sich zeige, daß jetzt immer mehr Halb- und Fertigfabrikate eingeführt würden, statt Rohstoffe, so daß Deutschland immer mehr an Arbeitsgelegenheit einbüße. Unbedingt notwendig wäre eine Besserung der Handelsbilanz, wozu vor allem die Einfuhr gedrosselt werden müsse, und das könne allein auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung geschehen. Deshalb trete die Industrie auch für Agrarzölle ein, wenngleich das auch die Konsumenten zunächst belaste und ein Experiment sei.

Danach wurde die Debatte vertagt, da noch 7 Redner gemeldet waren, jedoch gleichzeitig beschlossen, die Generaldebatte am Donnerstag zu beenden.

Die Pariser Verhandlungen.

Wieder Vertagung.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht). Die mehrfach aufgeschobene entscheidende Vollsitzung der deutschen und französischen Handeldelegation, die auf Mittwoch vormittag festgesetzt war, ist wiederum vertagt worden, da der Vorsitzende der französischen Delegation, Handelsminister Chaumet, gewisse Einzelfragen geregelt wissen will, bevor sie in der Senatssitzung zur Erörterung kommen. Dementsprechend haben die französischen Delegierten am Mittwoch vormittag noch einmal die jüngsten deutschen Vorschläge durchgesprochen. Falls diese Prüfung der deutschen Forderungen in der am Nachmittag fortgesetzten Sitzung der französischen Delegation beendet wird, soll am Donnerstag die endgültige Aussprache zwischen den beiden Delegationschefs stattfinden. In unterrichteten Kreisen wird diese unerwartete Aenderung in der Haltung der französischen Delegation als ein günstiges Zeichen gedeutet.

Die französische Finanzkrise.

Inflation und zunehmende Teuerung.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Folgen der Caillauxschen Finanzreform beginnen sich von Tag zu Tag schärfer fühlbar zu machen. Die französische Währung setzt ihre rückläufige Bewegung mit wachsender Fallgeschwindigkeit fort, die ein starkes Eingreifen der Bank von Frankreich zwar zu verzögern, nicht aber aufzuhalten vermag. Das Pfund, das in der Mitte der vergangenen Woche noch mit 103 notiert worden war, hat am Mittwoch mit annähernd 109 einen neuen Rekordkurs erreicht; der Dollar ist in der gleichen Zeit von 21,50 auf 22,50 gestiegen. Seit Mitte April, d. h. seitdem Caillaux sein verhängnisvolles Werk der „Sanierung" der französischen Finanzen begonnen hat, büßte der französische Frank annähernd 20 Proz. seines Wertes ein und die Folgen dieser neuen Verwässerung der Währung drücken von Tag zu Tag stärker auf die Lebenshaltung der breiten Massen. Die Preise der Lebensmittel und wichtigen Gegenstände des täglichen Bedarfs folgen in raschem Anstieg dem Kurs der ausländischen Devisen, während Löhne und Gehälter vergeblich auf eine Angleichung an die rasch fortschreitende Teuerung warten. Welches Ausmaß die Aufwärtsbewegung der Preise bereits angenommen hat, zeigt eine Mitteilung der Stadt Paris, in der angekündigt wird, daß die Stadtverwaltung sich gezwungen sehe, die Preise für Wasser, Gas, Elektrizität sowie die Tarife der Straßenbahnen, Autobusse und Untergrundbahnen um 30 Proz. zu erhöhen.

Luftbeirat und Botschafternote.

WTB. teilt mit: Das Reichsverkehrsministerium hat die Beratung der neuen Note der Botschafterkonferenz über eine weitere Beschränkung der deutschen Luftfahrt auf breitester Grundlage und unter Heranziehung aller an der deutschen Luftfahrt interessierten Bevölkerungskreise in Aussicht genommen. Zu diesem Zweck ist der Beirat für das Luftfahrwesen für Donnerstag, den 16. d. M., zu einer Sitzung im Reichsverkehrsministerium einberufen worden. Der Beirat setzt sich zusammen aus Vertretern der einschlägigen Industrie, der Luftverkehrsunternehmen, der Wissenschaft, des Sport- und Vereinswesens, des Deutschen Städtetages und der Flughafeninteressenten, sowie aus Vertretern der Arbeitnehmer, aus den Kreisen der Flugzeugführer, Monteure, Werkmeister und der Arbeiterschaft. Zu der Sitzung sind ferner Beauftragte der mitbeteiligten Reichsministerien und der einzelnen Landesregierungen eingeladen. Außerdem ist der Geheime Regierungsrat Professor Dr. Schreiber, Leiter des Instituts für Luftrecht an der Albertus-Universität in Königsberg als Sachverständiger um Teilnahme an der Sitzung gebeten worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Unternehmer zum Konflikt im Baugewerbe.

Keine Lohnerhöhung darf bewilligt werden.

Zu der Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe wird vom Reichsverband des Tiefbaugewerbes mitgeteilt:

Im Berliner Baugewerbe erhielten bis zum 30. Juni Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn in Höhe von 1.15 Mk. gegen 0,82 Mk. in der Vorkriegszeit. Der ungelernte Tiefbauarbeiter wurde pro Stunde mit 0,72 M. gegen 0,42 M. in Vorkriegszeiten entlohnt. Die bis zum 30. Juni gezahlten Löhne gehen bereits über den Rahmen dessen hinaus, was im heutigen Wirtschaftsleben als tragbar zu bezeichnen ist. Die Forderungen der baugewerblichen Arbeitnehmer-Organisationen gehen aber dahin: 1,50 Mk. für Maurer, 1,76 Mk. für Zimmerer und 1,35 Mk. für Ungelernte. Weiter verlangen die Gewerkschaften, daß die Bauarbeiter in der Woche nur 46½ Stunde arbeiten, und der Zentralverband der Zimmerer will jede Akkordarbeit verboten wissen. Tarifliche Vereinbarungen in anderen Berliner Industrieen haben für hochwertige Facharbeiter den Lohn auf durchschnittlich 90 Pf., und den der Ungelernten auf durchschnittlich 60 Pf. festgesetzt. Für das Berliner Lohnniveau ist der Lohn des Baugewerbes als des Schlüsselgewerbes maßgebend. Die Unternehmerverbände haben diese Forderungen abgelehnt, da sie den Standpunkt vertreten, daß keine Lohnerhöhung bewilligt werden darf. Am heutigen Donnerstag entscheidet über diese Forderungen ein Schiedsgericht.

*

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Es ist nicht richtig, daß in Berlin der Lohn für hochwertige Facharbeiter durchschnittlich auf 90 Pf. festgesetzt ist. Abgesehen davon, daß in einer Reihe von Tarifen die Zeitlöhne der Facharbeiter mehr als 90 Pf. betragen, werden selbst in der Metallindustrie, wo infolge der Lohnpolitik des DEMV. ein Lohntarif nicht besteht, Löhne für Facharbeiter von mehr als einer Mark gezahlt. Auch die Borsig müssen sich eben dem Zwang der Verhältnisse fügen.

Es kommt für das Baugewerbe aber noch hinzu, daß es als ausgesprochenes Saisongewerbe mit einer langen Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, (nicht zuletzt durch die Schuld der Unternehmer, deren technische Rückständigkeit bekannt ist), was in anderen Berufen nicht oder nicht im gleichen Maße der Fall ist. Diesem Umstande ist immer Rechnung getragen worden und wird, solange er besteht, auch weiter Rechnung getragen werden müssen.

Nun sagen die Bauunternehmer: Vor dem Kriege betrug der Lohn der Maurer und Zimmerer 82 Pf., 115 Pf. gegenwärtig. Jetzt ist die Kompottschüssel voll. Mehr gibt es nicht!

Zunächst scheinen die Unternehmer zwei Umstände zu vergessen: 1. Die Kürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, 2. die Teuerung der Lebenshaltungskosten um 38,5 Proz. nach der Reichsindexziffer, tatsächlich jedoch um mindestens 50 Proz., da die Reichsindexziffer die Steuern und die Sozialbeiträge gar nicht, andere Teuerungsumstände nur ungenügend berücksichtigt. Zieht man diese beiden Umstände in Betracht, dann wird man feststellen, daß heute der Vorkriegsreallohn noch lange nicht erreicht ist.

Dazu kommt aber noch ein anderes: Seit 1914 sind immerhin 11 Jahre vergangen, während denen in anderen Ländern die Löhne der Arbeiter nicht unerheblich stiegen. (In Amerika 30 Proz. über den Friedensreallohn.) Nur in Deutschland möchte man die Arbeiter immer noch mit dem Friedensnominallohn abspeisen und gesteht ihnen auf keinen Fall das Recht zu, über den Friedensreallohn hinauszukommen. Dieses Recht werden sich die deutschen Arbeiter erkämpfen, auch ohne Genehmigung der Unternehmer. Denn schließlich wäre ohne die Inflationsjahre, von der die Arbeiter gewiß nicht profitiert haben, die Löhne heute normalerweise erheblich höher als vor 11 Jahren. Wenn die Bauarbeiter jetzt bemüht sind, das Versäumte nachzuholen, so ist das ihr gutes Recht.

Unter keinen Umständen Lohnerhöhung.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

In der Lohnfrage für die Braunkohlenarbeiter Mitteldeutschlands fanden gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, die mit einem Schiedsspruch endeten, der den bisherigen Lohntarif ab 1. Juli d. J. wieder in Kraft setzt. Damit hat sich der Schlichter des Reichsarbeitsministeriums die Darlegungen der Arbeitgeber zu eigen gemacht, nach denen eine Lohnerhöhung im Braunkohlenbergbau unerträglich ist. Dabei steht der Spitzenlohn für den besten Arbeiter auf nur **4,98 M. je Schicht**, während das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat ab 1. Juli eine Preiserhöhung für Briketts von 60 Pf. je Tonne beschlossen hat, die ab 1. September noch um weitere 60 Pf. erhöht wird. Das ostdeutsche Braunkohlensyndikat erhöht ebenfalls die Brikettpreise ab 1. August um 1 M. je Tonne.

Dennoch kann nach Auffassung der Arbeitgeber, des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums eine Lohnerhöhung nicht gegeben werden. Eine recht sonderbare Stellungnahme dieser Behördenvertreter! Doch alles wird klarer, wenn man sich der berühmten Eingabe der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erinnert, nach der die bisherige Lohnhöhe im Bergbau beibehalten und unter keinen Umständen eine Lohnerhöhung im Bergbau eintreten darf. Diesem Grundsatze ist der Schiedsspruch treu geblieben, unbekümmert wie es den Arbeitern ergeht. Die Arbeiterorganisationen werden in den nächsten Tagen zu diesem Schiedsspruche Stellung nehmen. Daß sie ihn ablehnen werden, daran kann nicht gezweifelt werden. Sie werden aber insbesondere sich zu entscheiden haben, welche Folgen aus diesem Schiedsspruch zu ziehen sind.

Lohndruck als Folge der Schutzzölle.

Breslau, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In dem Betriebe der Bismarckhütten in Ostoberschlesien ist gestern eine Bekanntmachung angeschlagen worden, wonach die Akkordsätze der Lohnarbeiter herabgesetzt werden müssen, um einen Ausgleich für die deutschen Einfuhrzölle zu schaffen, sonst sei es der Hütte unmöglich, Aufträge herein zu bekommen und konkurrenzfähig zu bleiben. Gerade die ostoberschlesischen Hüttenarbeiter sind bekanntlich überwiegend Deutsche. Deutlicher kann kaum illustriert werden, wie der sogenannte Schutz der nationalen Arbeit tatsächlich gerade den national und sozial am meisten gefährdeten und bedrückten Teil des deutschen arbeitenden Volkes schädigt. Das Wettrennen auf Kosten der Arbeiter kann beginnen — wenn die Arbeiter es sich gefallen lassen.

Der Konflikt in Westoberschlesien.

Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Montanindustrie hat nach einer Meldung des Fachblatts „Industrie-Kurier" den Lohnschiedsspruch vom 15. April d. J. für die Eisenhütten infolge der Absatzstockungen ab Ende Juni d. J. gekündigt und beantragt, vom 1. Juli ab wieder den alten Lohntarif in Kraft treten zu lassen. Der Schiedsspruch vom 15. April führte bekanntlich nach langwierigen Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß der Stundenlohn für im Akkord arbeitende Hüttenarbeiter von 44 auf 45 Pf. und für im Stundenlohn tätige von 44 auf 48 Pf. erhöht wurde. Die oberschlesische Montanindustrie hat seinerzeit ohne Erfolg gegen diesen Schiedsspruch, der eine Erhöhung des Lohnkontos um 5—6 Proz. ergab, beim Reichsarbeitsministerium Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß die besonders schwierigen Verhältnisse in der oberschlesischen Industrie eine allgemeine Erhöhung der Löhne nicht zulassen.

Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter.

Hamburg, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht).

Der Verbandstag setzte am Mittwoch die Aussprache über die Tarif- und Lohnpolitik des Verbandes fort. Sie wurde im allgemeinen vertraulich behandelt, damit die Taktik des Verbandes in kommenden Kämpfen nicht durchkreuzt werden kann. Es kam zum Ausdruck, daß die Verhältnisse, wie sie durch den Reichstarif im Buchdruckgewerbe geschaffen wurden, als erträglich anzusehen sind, obwohl versucht werden müsse, auf manchen Gebieten noch wesentliche Verbesserungen durchzusetzen. U. a. wurde auch ausführlich über das Verhältnis des Hilfspersonals zur gelernten Arbeiterschaft, im besonderen soweit es sich um das Steindruckgewerbe handelt, gesprochen. Ferner wurde die Ferienfrage lebhaft erörtert. Allgemein erkannten die Diskussionsredner die vom Verbandsvorstand eingeschlagene Taktik als richtig an. Einstimmig gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

„Der 8. Verbandstag in Hamburg ist mit der Tarifpolitik, die der Verbandsvorstand eingeschlagen hat, einverstanden. Bei den künftigen Verhandlungen über den Neuabschluß des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckerei-Hilfspersonal ist mit allem Nachdruck auf eine weitere Erhöhung der Prozentsätze bei der Lohnbemessung hinzuwirken und die Beseitigung noch bestehender Ungerechtigkeiten zu erstreben. Insbesondere ist die Unterschiedlichkeit in der Ferienbemessung zwischen Gehilfen und Hilfspersonal zu beseitigen. Im Steindruckgewerbe ist der Kampf um die Schaffung eines Reichstarifs mit allen Mitteln fortzusetzen."

Weiter wurde zu dem für das Hilfspersonal im Schriftgießereigewerbe ausgebrochenen Lohnkonflikt eine Entschließung angenommen, die den Kollegen im Schriftgießereigewerbe die volle Sympathie ausdrückt und dem Verbandsvorstand den Auftrag erteilt, alle Mittel anzuwenden, um

den ausgebrochenen Kampf zu einem siegreichen Ende

zu führen.

In der Nachmittagssitzung ereignete sich ein kleiner Zwischenfall: Die graphischen Hilfsarbeiter des Verlages der kommunistischen Hamburger „Volkszeitung" hatten an den Vorsitzenden ein Protestschreiben gerichtet, weil die Leitung des Verbandstages es ablehnte, den Vertreter der kommunistischen Presse zur Berichterstattung zuzulassen. Der 1. Vorsitzende Bucher-Berlin gab die Erklärung ab, daß sich der Beschluß des Verbandsvorstandes nicht gegen die kommunistischen Mitglieder des Verbandes richte, sondern gegen die kommunistische Berichterstattung, die ihre Aufgabe lediglich darin sehe, die Beschlüsse des Verbandstages und die Politik der Gewerkschaften in verzerrter Darstellung wiederzugeben. Dem Antrage des Vorsitzenden entsprechend ging der Verbandstag ohne jede Aussprache über den Protest zur Tagesordnung über.

Bei der Statutenberatung sprach zunächst der Verbandskassierer über Beitrags- und Unterstützungsfragen. Er brachte einen Antrag über die Beitragsfrage ein, der eine Erhöhung der bisherigen Sätze um 10 bis 40 Pf. vorsieht. Weiter schlug er vor, daß bei den Unterstützungssätzen, bei denen die Arbeitslosenunterstützung die Grundlage bildet, im allgemeinen pro Woche der neunfache Beitragssatz gelten soll. Gleichzeitig ist beabsichtigt, die während der Inflationszeit fallengelassene Krankenunterstützung wieder aufzunehmen. Sie soll nach den Vorschlägen des Verbandsvorstandes die Hälfte der jeweiligen Arbeitslosenunterstützung betragen, während für die Streikunterstützung der doppelte Arbeitslosenunterstützungssatz in Aussicht genommen ist. Die Aussprache über das Referat des Hauptkassierers füllte den Rest der Mittwochsitzung aus. Sie soll am Donnerstag fortgesetzt werden. Es wird dann eine Statutenberatungskommission eingesetzt, die sich mit den Anträgen näher beschäftigen und dem Verbandstag bestimmte Vorschläge machen wird.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Köln, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht).

Am dritten Verhandlungstage beschäftigte sich der Verbandstag der Hutarbeiter eingehend mit den Anträgen, die eine Aenderung der Statuten verlangen. Verbandsvorsitzender Brösicke behandelt einleitend die vorliegenden Anträge und bespricht die vom Vorstand eingebrachten Abänderungen. Verbandskassierer Müller spricht zu den Fragen, die sich auf die Aenderung der Unterstützungsbestimmungen beziehen. In der sehr ausgedehnten Aussprache behandeln die Redner die vorliegenden Anträge. Dann wird eine Statutenberatungskommission eingesetzt. Die Kommission wird beauftragt, dem Verbandstag am Donnerstag entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die Krise der norwegischen Gewerkschaften.

Oslo, Ende Juni.

Am 23. August beginnt in Oslo der diesjährige Kongreß der norwegischen Gewerkschaften. Er wird sich in der Hauptsache mit der Stellung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien, mit der Frage der internationalen Verbindungen und seiner Stellung zum Internationalen Arbeitsamt zu beschäftigen haben. Die Landeszentrale hat bisher infolge des immer noch heftigen Richtungsstreites, der auch nach dem Austritt aus der Amsterdamer Internationale nicht aufhörte, zu keinem der drei wichtigen Probleme eine einheitliche Stellung eingenommen. Auf dem vorjährigen Kongreß wurde beschlossen, die bis dahin übliche propagandistische und finanzielle Unterstützung der „Arbeiterpartei" durch die Landeszentrale zu beenden. Während die Mehrheit die absolute politische Neutralität des Gewerkschaftsbundes fordert, will die linkskommunistische Minderheit eine „loyale Zusammenarbeit" mit den Arbeiterparteien herbeiführen, die durch Delegierte in den Gewerkschaften mitbestimmen sollen. Es soll den Gewerkschaften auch in Zukunft erlaubt sein, korporativ Mitglied einer politischen Partei zu werden. Die Minderheit verlangt für einen solchen Beschluß die Urabstimmung unter den Mitgliedern der betreffenden Gewerkschaften.

Auch über die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsinternationale sind die Meinungen sehr geteilt. Beide Richtungen setzen große Hoffnungen auf die englisch-russischen Versuche, eine einheitliche Internationale zu schaffen. Von der Mehrheit wird vorgeschlagen, sich mit den Engländern in Verbindung zu setzen, um gemeinsam mit ihnen eine internationale Einigungskonferenz einzuberufen. Die Minderheit verlangt, daß die Internationale auf Herz und Nieren geprüft und festgestellt wird, ob sie auch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Sie will den Eintritt in die Internationale abhängig machen von dem Ergebnis einer Urabstimmung. In bezug auf die Beteiligung am Internationalen Arbeitsamt konnte dank der sozialdemokratischen Arbeit wenigstens eine Mehrheit für eine „bedingte Beteiligung" geschaffen werden. Es sollen Delegierte nach Genf geschickt werden, wenn sich das Internationale Arbeitsamt mit Angelegenheiten beschäftigt, die für die organisierte Arbeiterschaft von großer Bedeutung sind. Der Führer des Gewerkschaftsbundes und Kopf der Arbeiterpartei, Tranmäl, lehnt nach wie vor das Arbeitsamt als „konterrevolutionär" ab. Eine Moskauer Minderheit verlangt die schärfste Bekämpfung des Amtes.

Es ist also zu erwarten, daß lediglich in dieser letzten Frage eine Einigung auf dem Gewerkschaftskongreß zu erzielen ist. Die Aussichten für die Rückkehr der Norweger zur Amsterdamer Internationale sind dagegen außerordentlich gering. Besonders lebhafte Auseinandersetzungen dürfte es bei der Beratung der Frage, ob Berufs- oder Industrieorganisationen, geben. Der Uebergang zu dem System der Industrieverbände wurde zwar schon im Jahre 1923 beschlossen, aber immer noch stehen einzelne Verbände in schärfster Opposition gegen diesen Beschluß.

Zwei Schiedssprüche für die Angestellten im Baugewerbe.

Berlin, 1. Juli. (TU.) Die Verhandlungen zur Schaffung der neuen Reichstarifverträge für die kaufmännischen und technischen Angestellten des deutschen Baugewerbes führten gestern im Reichsarbeitsministerium zur Abgabe zweier Schiedssprüche. Beide Schiedssprüche regeln die vorhandenen Hauptstreitpunkte: Arbeitszeit, Ueberstundenvergütung, Urlaubsregelung und Leistungstarifvertrag. Die Anzahl der Berufsjahre ist verkürzt worden. In der Arbeitszeitfrage wurde das Abkommen vom März 1924 übernommen; in dem Abkommen war eine unbezahlte Ueberarbeit bis zu 35 Stunden im Vierteljahr zugestanden. Die Urlaubsregelung ist für 1925 nicht abgeändert worden. Dagegen soll für 1926 bei den kaufmännischen Angestellten die Urlaubsregelung der Techniker übernommen werden. Die Erklärung über die Annahme oder Ablehnung der Schiedssprüche soll am 15. Juli erfolgen.

Generalstreik der belgischen Metallarbeiter.

Brüssel, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Am Mittwoch ist in der gesamten Metallindustrie der Streik ausgebrochen. Die Arbeiter lehnten überall das vorgeschlagene Kompromiß und jeden Lohnabzug mit erdrückender Mehrheit ab. Am Mittwoch fanden in allen Industriegebieten, namentlich in Charleroi, große Demonstrationsumzüge der Streikenden statt.**

Für die Kölner Metallindustrie fällte der Schlichter für das Rheinland einen Schiedsspruch, durch den die Löhne um 4 Proz. erhöht werden sollen. Die Geltungsdauer dieser Lohnregelung war bis zum 31. Dezember 1925 vorgesehen. Der Schiedsspruch wurde von allen beteiligten Gewerkschaften abgelehnt.

Graphisches Gewerbe. Donnerstag, den 2. Juli, ab morgens 8 Uhr, im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 34, Ausgabe des „Kämpfer" Nr. 13. Wir erwarten von allen Funktionären des graphischen Gewerbes, daß sie in sämtlichen Betrieben für Abholung sorgen. Der Werbeausschuß.

Bauer der Firma Jachmann, Borsigwalde. Zusammenkunft heute 1 Uhr im Treff, Eichhornstraße.

Achtung, Zimmerer! Es wird hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß alle Bezirksleitungen in der Funktionärkonferenz, die am Freitag, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, stattfindet, zu erscheinen haben. Die Bezirksversammlungen finden am Sonnabend, den 4., und Sonntag, den 5. Juli, statt. Der Bezirk 20 (Neukölln) tagt am Sonnabend, den 4., nachm. 4½ Uhr, bei Kaßuhn, Ecke, Ecke Donaustraße. Kameraden, es gilt ernsthaft zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen. Jeder Verbandskamerad muß wissen, was die Berliner Bauunternehmer beabsichtigen. Es darf deshalb keiner in der Versammlung fehlen.

Zentralverband der Zimmerer. Zahlstelle Berlin u. Umg. Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Gasbranche. Donnerstag, den 2. Juli, abends 6½ Uhr, findet im Verbandshaus Johannisstraße 14/15 (Saal), eine Funktionärkonferenz sämtlicher Funktionäre der Gas- und Wasserbranche statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnschiedsspruch. Verschiedenes.

Alle Magenleidenden

kennen das unangenehme, bedrückende, aufgetriebene Gefühl nach dem Essen. Sie kennen auch die schlaflosen Nächte und das allgemeine Unbehagen, welches so schwächt und niederdrückt! Und doch weiß nicht jedermann, daß es in „Biserirte Magnesia" ein schnell und sicher wirkendes Heilmittel gibt, obwohl sie einen Weltruf hat! „Biserirte Magnesia" wirkt fast sofort; sie neutralisiert die schädliche, schmerzerregende Säure. Sie ist zudem unschädlich und wird nicht zur Gewohnheit. „Biserirte Magnesia" wird in allen Apotheken zu Mk. 2 die Flasche verkauft; schon ein einmaliger Versuch genügt, um ihren prompten und ungemein schmerzstillenden Wert zu beweisen.

Biserirte Magnesia hat folgende Zusammensetzung: Wismuthubkarbonat 4,5, 25% Magnesium verbindet 15,0, Faches kohlensaures Natron 15,0.

Wenn Sie Biserirte Magnesia bei Ihrem Apotheker nicht haben können, schreiben Sie an das Generaldepot C. F. Asche & Co., Hamburg 19, Winterberger Weg 22/24.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

EMMO

Probiert Bolle Schokolade

SCHOKOLADENWERK DER MEIEREI C. BOLLE A.-G.

Fast jedes Gitter hat seinen bestimmten Zweck. Ob es diesen immer ganz und zur Freude aller erfüllt, sei mit Fragezeichen dahingestellt. Wo aber einmal ein Gitter errichtet ist, dient es dem Schutz. Z. B. soll es Menschenleben auf einer Brücke vor dem Sturz in die Tiefe bewahren, vor allem auch unsere öffentlichen Blumenbeete erhalten, die zu schön sind, um so ohne weiteres dem Interesse der Bürger anempfohlen zu werden . . . Es gibt ja leider so viele Leute, die schlechte Bürger sind, und die schlechtesten von ihnen soll ein anderes Gitter vor ihren eigenen Gelüsten hüten . . . Das Gitter demonstriert so zuweilen die Macht des Staates.

Zwecklose Rasenplätze.

Besonders eindringlich wirkt auch auf den Minderbemittelten ein mit Efeu dicht bewachsener Zaun, der die Gärten oder Parks vor den störenden Blicken der Armen schützt . . . Sinnlos, ganz ohne Bedeutung und ganz ohne eine Aufgabe ist lediglich ein großes Gitter im Zentrum Berlins. Es wird endlich Zeit, daß es sich in der zunehmenden Amerikanisierung des Lebens eine neue und zweckvolle Beschäftigung sucht . . . Denn mitten in der verkehrsreichsten Gegend ärgert es durch seine häßlichen, fast mannshohen Stäbe, die an einen Gefängnishof erinnern, jedenfalls aber seit Jahren lackiert werden müssen. **Vor allem aber macht dieses Gitter auch den Genuß des sehr begehrten Baumschattens unmöglich**, und niemand weiß, wozu. In einer früheren Epoche haben am **Leipziger Platz**, links und rechts von der Straße, hinter den kleinen Anlagen einige Behörden ihren „Ruhesitz" gehabt, für deren Ansehen eine betonte Distanz zum Volke anscheinend unerläßlich war. Heute begründet dies gar nichts mehr. Da muß ein ähnlicher Einwand vor dem Tatbestand eines Verbrechens gegen den guten Geschmack, das sich dabei noch unsozial auswirkt, völlig verstummen. Der Fremde, namentlich aber ein Ausländer, der Berlin vom architektonischen, städtebaulichen Standpunkt betrachtet, wird über eine derartige Torheit, wie sie sich inmitten der deutschen Reichshauptstadt kundtut, nur allzuberechtigt spötteln. Die modernen europäischen Großstädte sind in dem rasenden Tempo ihrer Entwicklung notwendige steinerne Uebel, die immer mehr Opfer natürlicher Schönheit fordern und auch immer mehr Nervenkräfte ihrer Bewohner verzehren. Da ist es oberste Pflicht, nach Möglichkeit für ein einigermaßen einwandfreies Stadtbild Sorge zu tragen und nicht unnötige hemmende Häßlichkeiten zu dulden. **Man sollte diese verschlossenen Anlagen am Leipziger Platz endlich entsprechend schmücken** — das wäre sinnvoller, als das zweifelhafte Grün am Fuße des Verkehrsturms! — und dann in ihnen Kreuzwege errichten, die **das Ueberqueren des Platzes selber ermöglichen** und somit nur einer praktischen Forderung entsprechen würden. Bänke gehören unter jedem der großen Bäume. Jetzt gibt es an den beiden Haltestellen der Straßenbahn einige Sitzgelegenheiten aus Stein, die man im Rondell an das Gitter gelehnt hat. Aber diese sind so unbarmherzig den Strahlen der Sonne ausgesetzt, daß es — wenigstens in den Mittagsstunden — fast eine Strafe ist, dort Platz zu nehmen. Kopfschüttelnd steht das vorübergehende Publikum

Der schöne Baumschatten auf dem verschlossenen Rasen.

vor der sinnlosen Umzäunung einer kleinen Welt im Grünen, die so vielen einen Augenblick Erholung bringen könnte.

Beobachtungen am Gitter.

Im folgenden ein kleiner Querschnitt durch eine einzige Vormittagsviertelstunde am Leipziger Platz: Kommt da schleppenden Ganges eine Frau, ohne Kopfbedeckung und mit gänzlich schiefgetretenen Schuhen, in der einen Hand einen schwerbepackten Korb, an der anderen ein dreijähriges, sauber gekleidetes Kind. „Mutti, kuck mal, Blümchen!" ruft die Kleine, und ihr kleines Händchen mit den noch ganz kleinen Fingern zeigt durch das Gitter auf die Wiese, wo ein paar banale Gänseblümchen stehen. Gänseblümchen — für dieses Kind eine ganze Welt voll Schönheit. Aber wie leicht ließe sich doch dort auch eine solche für das verwöhntere Auge des Erwachsenen errichten! Die Mutti lächelt, sagt aber nichts. „Blümchen haben" drängt die Kleine weiter, und unaufhörlich „Blümchen haben!" Da beginnt die todmüde Frau, die sich anscheinend kaum noch aufrecht halten kann, für ihr Kind, aber immer noch Aufmerksamkeit und gute Worte übrig hat, umständlich zu erklären, daß diese wundervollen Blümchen **hinter dem hohen Gitter wachsen und daß sie niemand kriegen kann**, auch „Vati" nicht. Aber gern hätte sie sich einmal mit ihrem Kind nur für einige Minuten in den Schatten eines der Bäume hinter dem Gitter gesetzt, nur für solange, als es braucht, um einmal richtig und in Muße Atem zu holen. Wenig später sieht sie die begüterte Welt an schön gedeckten Tischen unter einem kühlen Zeltdach sitzen. Aber sie ist viel zu abgespannt, um sich darüber Gedanken zu machen. — Kommt ein alter Herr, der mit seinen hellgelben Hosen aussieht, wie ein pensionierter Lehrer oder sonst ein Beamter a. D. Kommt langsam, auf seinen Stock gestützt, und läßt sich müde auf die Steinbank im Rondell nieder. Er schiebt den alten Hut aus dem Gesicht und wischt sich den Schweiß mit einem großen Taschentuch aus der Stirn. Er seufzt erleichtert, doch seine Zufriedenheit ist nicht von Dauer. Die Sonne brennt, immer von neuem perlen die Tropfen auf der Stirn. — „Weshalb man sich nun nicht da in den Schatten setzen kann, weshalb dieses vertrackte Gitter hier stehen muß," brummt er zu seinem jungen Nachbar, der aber, anscheinend ein fanatischer Sonnenbadler, gar nicht auf ihn acht gibt und ungestört seine Zeitung weiter liest. Dieselbe Enttäuschung wie er, erleben bald nach ihm ein Arbeiter, der von seiner Frühschicht zurückkehrt, und ein paar Schuljungens, die in der Hitze unlustig ihre Bücher tragen. Drei Mädchen pendeln Arm in Arm auf dem Bürgersteig und stören so fast den Verkehr. Bis zum Tiergarten ist es für die kurze Dauer ihrer Mittagspause zu weit; für ein Glas erfrischender Limonade reicht es auch bei ihnen nicht (wenigstens nicht immer), auf der Bank — das wissen sie längst — ist es jetzt mörderlich heiß. Es bleibt ihnen also nichts, als durch den Strom der Menschen spazieren zu gehen. All diese Wünsche und Sehnsüchte vor dem Gitter sind machtlos.

*

Das Volk steht vor den Stäben, resigniert zuweilen, oder schimpfend, je nach Alter oder Temperament. Und da jene Anlagen kaum Büsche aufweisen, in denen verliebte Paare oder Pennbrüder ein entschlossenes Verstecken spielen könnten, und die zu errichtenden Bänke selbst bei Nacht dem Auge des Gesetzes nicht entgehen würden, verliert das Gitter am Leipziger Platz auch seinen letzten „moralischen" Halt.

Abzahlungsgeschäfte auf Umwegen.

Die einzigen Geschäfte, die heute neben den Lebensmittelgeschäften noch nennenswerte Umsätze erzielen, sind die Abzahlungsgeschäfte. Die Gründe sind unseren Lesern aus mannigfachen Darlegungen bekannt. Es ist begreiflich, daß bei der wirtschaftlichen Unsicherheit der meisten Angestellten und Arbeiter, die die Hauptkunden dieser Abzahlungsgeschäfte sind, ein erhebliches Risiko mit dieser Art von Geschäften verbunden ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß Geschäfte, die auf normalem Wege keine Ware abzusetzen vermögen, weil sie Waren führen, die nicht unbedingt zum Leben gebraucht werden, darauf sinnen, ebenfalls Umsätze zu erzielen, ohne das Wagnis des Abzahlungsgeschäftes auf sich nehmen zu wollen. So haben diese Geschäfte den Gedanken des Mietkaufes hervorgesucht. Das Wesen des Mietkaufes besteht darin, daß zunächst man den Gebrauch einer Ware verkauft, indem man sich eine Miete zahlen läßt und daß dann, nachdem die Miete eine bestimmte Zeit gezahlt ist, die Ware Eigentum des Mieters wird. Für den Verkäufer hat diese Art des Vertrages den Vorteil, daß er in dem Augenblick, in dem der Mieter nicht mehr in der Lage ist, die vereinbarte Miete zu zahlen, sofort wieder in den Besitz der Ware kommt. Das Risiko beschränkt sich hier also gewissermaßen nur auf die Benutzung des vermieteten Gegenstandes.

Die Baumwollpflücker.

10] **Roman von B. Traven.**

Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

Sie sind der einzige Weiße hier unter den Pflückern und da ich Ihnen ja schon acht bezahle, sind Sie eigentlich parteilos und können hier mitsprechen. Sie haben doch nicht etwa den andern Burschen gesagt, daß Sie acht bekommen?" fügte Mr. Shine, die Pfeife aus dem Mund nehmend, hinzu.

„Nein," sagte ich, „dazu hatte ich nicht die geringste Ursache."

Dick, der älteste Junge, kletterte in das Lastauto, lehnte sich gegen einen Ballen Baumwolle und ließ die Beine über die Reeling baumeln.

Pet, der jüngere, setzte sich zum Steuerrad und druselte, unausgesetzt seinen Gummi knatschend, vor sich hin.

Der Alte lehnte sich gegen den Wagen und fummelte unaufhörlich fluchend, an seiner Pfeife herum, die bald ausging, bald verstopft war, bald neuen Tabak brauchte, obgleich der Rest noch gar nicht ganz aufgebrannt war.

Die ganze Erregung, die den Farmer durchtobte, äußerte er nur an der Behandlung seiner Pfeife.

Nachdem etwa fünf Minuten lang niemand etwas gesagt hatte, platzte plötzlich Pet heraus: „Weißt du was, Daddy, ich an deiner Stelle würde bezahlen, ohne viele Worte zu machen."

„Ja, du," rief Mr. Shine wütend, „du würdest bezahlen. Es geht ja nicht aus deiner Tasche, da ist das „Bezahlen würden" sehr leicht. Aber dann ziehe ich dir's von deinem Taschengelde ab."

„Das wirst du nicht tun, Daddy, oder du mußt mir das Geld für die verkaufte Baumwolle auch geben, sonst wäre es ungerecht."

„Ha! Daß ich nicht platze vor Lachen. Das Geld für die verkaufte Baumwolle!? Habe ich denn überhaupt schon für einen Dime verkauft? Ich sage Ihnen, Mr. Gale, noch nicht einen blanken Tinker hat man mir geboten. Und was für eine Baumwolle in diesem Jahr! Die weißeste Schneeflocke von Alaska muß sich dagegen schämen. Und sehen Sie einmal hier, Mr. Gale," dabei rupfte er eine Knolle, die dicht neben ihm stand, ab und quetschte sie, mir dicht vor die Nase haltend, in seinen Fingern, „die weichesten Daunen sind dagegen der purste Stacheldraht. — Ja, Gosch, sagen Sie doch auch einmal ein Wort. Stehen Sie doch nicht so da, als ob Sie die Sprache verloren hätten."

„Aber ich bin doch unparteiisch," sagte ich darauf.

„Ja, richtig, Sie sind unparteiisch. Aber Sie können doch wenigstens den Mund mal aufmachen."

Es kam ihm nur darauf an, jemand zu finden, dem er widersprechen konnte.

Da rückelte sich Dick ein wenig bequemer in seine Stellung ein und sagte ganz langsam und bedächtig mit breit gezogenen Worten:

„Da will ich dir mal was sagen, Dad—."

„Du? Ja du bist mir gerade der Rechte.

„Dann eben nicht. Ich habe Zeit. Es ist ja nicht meine Baumwolle, es ist ja deine."

Und als Dick nun wieder in seine bulkige Schweigsamkeit zurückfiel, sagte der Alte plötzlich ganz erbost: „Ja, verflucht noch mal, dann rede doch schon oder soll ich hier vielleicht stehen, bis die ganze Baumwolle verfault und verwurmt ist?

„Siehst du, Dad, das meine ich gerade: verfault. Wenn die Leute gehen, andere kriegen wir nicht. Und wenn wir die Leute herschicken lassen von den Städten, müssen wir mehr Reisegeld bezahlen als die Sache wert ist."

„Rede doch schon einen Strich schneller."

„Aber, ich muß es mir doch erst ausdenken, was ich sagen will. Sieh mal, Dad, einmal hat es schon geregnet. Und es sieht ganz so aus, als ob wir eine sehr frühe Regenzeit kriegen oder eine volle Woche Strippregen. Dann ist die ganze Baumwolle hinüber, dann ist sie in den Dreck gehauen und du kannst lange suchen, bis du einen findest, der dir anstatt der Baumwolle den Sand abkauft. Je eher wir die Baumwolle gewinnen und auf den Markt gebracht haben, je besser ist der Preis. Wenn der Markt erst mal voll ist, müssen wir froh sein, wenn wir sie mit zwanzig oder fünfundzwanzig Centavos Verlust losschlagen, wenn wir sie dann überhaupt unterbringen und sie uns nicht auf dem Halse liegen bleibt. Bis jetzt sind wir sehr früh dran und sind mit die ersten auf dem Markt."

„Verflucht noch mal, Junge, du hast verteufelt recht. Vor vier Jahren habe ich sie mit dreißig Centavos unter den Anfangspreis verkaufen müssen und habe noch dagestanden wie ein armseliger Bettler, der um ein Stück Brot boomen muß. Aber ich bin doch nicht ganz und gar wahnsinnig geworden, daß ich acht Centavos bezahle. Früher habe ich sogar bloß vier, wenn sie schlecht stand, fünf bezahlt. Nein, das ist abgemacht, da lasse ich sie, by Gosh, zehnmal lieber verfaulen und verschimmeln, just wie sie da steht, ehe ich nachgebe."

Dabei schlug er mit der Hand nach einer Staude, als ob er mit dieser Handbewegung das ganze Feld abrasieren wollte.

Dann kam ihm in seinem Zorn ein anderer Gedanke:

„Aber an der ganzen Geschichte sind bloß die Fremden schuld, die Auswärtigen. Die hetzen uns hier die Leute auf. Die können nie den Rachen vollkriegen. Unsere Leute hier herum sind immer zufrieden. Ja, Sie auch, Mr. Gale, Sie sind auch einer von den Aufwieglern und von den Bolsches, die alles auf den Kopf stellen und uns das Land wegnehmen und das Bett unter dem Hintern fortziehen wollen. Bei mir kommt Ihr aber an die falsche Nummer. Das habe ich selber mitgemacht. Das kenne ich, weiß, wie es gemacht wird. Aber wir haben keine I. W. W.*) und alles solchen Stoff gehabt."

„Wenn Sie mich meinen, Mr. Shine, tun Sie sich keinen Zwang an. Nebenbei bemerkt, habe ich Ihnen gar keinen Grund gegeben, anzunehmen, ob ich ein Wobbly**) bin oder nicht."

„Mischen Sie sich doch nicht rein, von Ihnen ist ja gar nicht die Rede. Ich habe Sie ja gar nicht gemeint. Aber bezahlen tu ich nicht, basta!"

„Na, hör mal, Daddy," sagte jetzt Pet, ohne sich seinem Vater zuzuwenden, „in bezug auf die Fremden hast du unrecht, durchaus. Die sechs Fremden schaffen mehr herein als die zwölf oder vierzehn Indianer. Die tun doch überhaupt bloß etwas, weil sie sehen, wie die Fremden arbeiten und was verdient werden kann. Wenn unsere Hiesigen einen Peso machen, dann sind sie zufrieden und halten lieber fünf Stunden Mittagsschlaf, weil ihnen das wichtiger ist. Ohne die Fremden bekämen wir die Baumwolle vor Weihnachten nicht herein, da wette ich mein Leben darauf."

„Aber ich bezahle keine acht und damit Schluß!"

„Dann kann ich ja ankurbeln und wir können heimfahren," sagte Dick trocken und kletterte gemächlich von dem Wagen herunter.

Es waren noch lange keine zwei Stunden vergangen, aber die „Hiesigen" wurden jetzt beweglich. Sie fingen ihre Maultiere ein und begannen aufzusatteln.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) I. W. W. = Industrial Workers of the World, eine sehr radikale Arbeiterorganisation.

**) Wobbly = Mitglied der I. W. W.

Für die Mieter besteht die Möglichkeit, wenn sie nicht zahlen können, jederzeit vom Vertrage zurückzutreten. Sie haben dann natürlich das, was sie als Miete gezahlt haben und was weit über eine Benutzungsgebühr hinausgeht, verloren. Sie haben aber die Möglichkeit, diesen Gegenstand genau zu prüfen. Es empfiehlt sich in solchen Fällen, daß der Mieter des Gegenstandes sich genau über die Preise unterrichtet. Natürlich muß er zu dem ermittelten Preise einen Zuschlag hinzunehmen, der sich in Höhe der Zinssätze, die für den Kaufpreis in Frage kommen, bewegt. Der Mieter tut gut daran, vorerst den Vertrag nur auf einen Monat abzuschließen. Im allgemeinen kommen für solche Mietskäufe nur Sachen in Frage, auf die eine verhältnismäßig kleine Miete zu zahlen ist — 5 bis 10 M. pro Monat — und die nach einem halben bis einem Jahre in den Besitz des Käufers übergeht.

Die Explosion bei der Schering A.-G.

Schilderung eines Augenzeugen. — An der Unglücksstätte.

Das Explosionsunglück bei der Schering A.-G. am Tegeler Weg, über das wir bereits im gestrigen Abendblatt ausführlich berichteten, hat sich nach unseren Informationen an der Unglücksstelle folgendermaßen zugetragen:

In der Flaschenkapselabteilung der Flaka A.-G., in der der Tauchmotor explodierte, befanden sich acht Arbeiter und Arbeiterinnen, als die Katastrophe ausbrach. Die 19jährige Arbeiterin Helene Döring, die von der ganzen Wucht der Explosion gefaßt wurde, muß entweder in die Schienen des Tauchapparates geraten oder von den Alkoholgasen, die dem explodierten Motor entströmten, so betäubt worden sein, daß ihr ein Entkommen unmöglich war. Gegen diese letztere Annahme spricht jedoch die Schilderung eines Augenzeugen der entsetzlichen Szene. Er bekundet, daß der Körper der Unglücklichen durch den furchtbaren Druck der explodierenden Gase völlig verstümmelt wurde. Der Werkmeister Paul Gluske, der einen komplizierten Unterschenkelbruch und eine schwere Schädelverletzung davontrug, saß dicht vor der Maschine, als das Unglück geschah. Teile des in faustdicken Stücken herumfliegenden Materials trafen ihn schwer an der Stirn. Wie wir bereits in der Abendausgabe berichteten, ist er bereits in den ersten Mittagsstunden seinen Verletzungen erlegen. Zu sehr schweren Bedenken gibt auch das Befinden der Arbeiterin Helga Ulfa Anlaß. Sie erlitt überaus gefährliche Brandwunden. Hier besteht Lebensgefahr. Einer der an der Unglücksstätte beschäftigten Arbeiter, dem es noch rechtzeitig gelang, sich vor der Katastrophe zu retten, schilderte uns den Hergang der Explosion. Hiernach muß die Detonation von geradezu verheerender Wirkung gewesen sein. Das schwere Ziegeldach des Gebäudes wurde, einem Pappdeckel gleich, in die Höhe geschleudert. Riesige Eisenstücke, Ziegelsteine und meterlange, zum Teil brennende, Balken flogen durch die Luft, bis sie etwa 25 Meter von dem Explosionsort entfernt zu Boden fielen. Die Fensterscheiben waren im Augenblick zersplittert. Zwei Minuten nach Ausbruch der Explosion schossen zwischen den zersplitterten Dachspalten und den Fensterscheiben gewaltige Flammensäulen empor. Teile der Mauern prasselten zusammen. Unter den Arbeitern und Arbeiterinnen brach eine Panik aus. In wilder Hast suchte alles das Freie zu gewinnen. Ein Glück war es noch, daß der Wind die Flammen, die blitzschnell das ganze Gebäude eingehüllt hatten, nach Osten zum Bahnhof Jungfernheide trieb. Dicht neben dem Unglücksgebäude befand sich der Abkapselungsbetrieb der Schering A.-G., in dem dreißig Arbeiterinnen beschäftigt waren. Hätte sich der Wind nach Westen gewandt, so wäre noch weit schlimmeres Unheil geschehen. Die Feuerwehr, die sich gegen ½9 Uhr unter der Leitung des Oberbranddirektors Gempp mit Energie an die Löscharbeiten machte, hatte zum Teil unter den schwierigsten Bedingungen zu kämpfen, da die starke Rauchentwicklung und das Durcheinander der Trümmerstätte ein wirksames Eingreifen der Wehren aufs unerträglichste erschwerten. Gegen ½10 Uhr war der Brand lokalisiert, und kurze Zeit später gelöscht. Von dem Gebäude der Flaka G. m. b. H. war nichts mehr zu retten. Das Haus ist bis auf die Grundmauern ausgebrannt. Ein Gang durch die Unheilstätte zeigt Szenen unbeschreiblichster Verwüstung. Auf den Böden schwimmt fußhoch das Wasser. Der Boden ist mit Steintrümmern übersät, überall liegen verbogene Maschinenteile, und große, verkohlte Holzbalken versperren den Weg. Da Funken des Brandes zu einem etwa 10 Meter entfernt liegenden Braunkohlenlager übergesprungen waren, hatten sich die Wehren mit zwei Bränden zu beschäftigen. Noch gegen 2 Uhr waren freiwillige Helfer aus dem Betriebe dabei, mit den Schläuchen der Betriebsfeuerwehr das riesige Kohlenlager unter Wasser zu setzen, aus dem es noch immer unaufhörlich aufdampft. Eine große Anzahl Neugieriger umsäumte den ganzen gestrigen Tag das Unglücksgelände.

Seltsame Absperrungsmaßnahmen.

Das mehr als eigentümliche Verhalten der Direktion der Schering A.-G., die der Presse den Zutritt verweigerte und zu dem gestern bereits ein Mittagsblatt Stellung genommen hat, fordert zu schärfster Kritik heraus. Als der Berichterstatter unseres Blattes sich unter Vorzeigung seines Ausweises mit dem diensttuenden Branddirektor in Verbindung setzte und ihn ersuchte, wurde ihm bedeutet, daß die Direktion des Werkes Anweisung gegeben habe, alle Besucher in die Bureauräume der Direktion zu dirigieren. Als unser Vertreter dort die Bitte aussprach, ihm die Besichtigung des Explosionsgeländes freizugeben, wurde ihm von Direktor Seyffert, dem Leiter der Werke, bedeutet, daß das völlig unmöglich sei. Sie (die Schering A.-G.) würden aus Prinzip keinen Fremden auf ihre Grundstücke lassen, und zu einer eventuellen Genehmigung müsse er erst einen „zustimmenden Beschluß der Generalversammlung" haben. (!!) Auch das dringende Ersuchen unseres Mitarbeiters, ihm im Interesse der Oeffentlichkeit, die durch wilde Kombinationen und Gerüchte aufs schwerste beunruhigt war, die Besichtigung freizugeben, wurde abschlägig beschieden. Jedenfalls ist es unerhört, daß die Direktion der Schering A.-G. einem Arbeiterblatt aus wohl nur zu durchsichtigen Gründen die Pflicht der ernsten Berichterstattung ungewöhnlich erschwerte, während die Photographen bürgerlicher Sensationsblätter ohne weiteres Aufnahmen machen durften.

Sperrfrist für Fernsprechteilnehmer.

Die Reichspostverwaltung will solche Fernsprechteilnehmer, die die Gebühren nicht innerhalb einer Woche zahlen, nicht mehr durchweg fernmündlich erinnern, weil das die Dienststellen zu sehr belastet. Künftig sollen nur noch solche Teilnehmer erinnert werden, die ausnahmsweise im Rückstand bleiben. Wurde innerhalb eines Jahres, vom 1. Januar 1925 an gerechnet, dreimal an Zahlung erinnert, so wird in einem neuen Falle der Zahlungssäumigkeit nach Ablauf der eintägigen Frist der Fernsprechanschluß ohne vorherige Erinnerung gesperrt. In der jetzigen Reisezeit werden Fernsprechteilnehmer, die längere Zeit verreisen wollen, gut tun, dies beim zuständigen Fernsprechamt zu melden. Man darf wohl erwarten, daß dann bis zur Rückkehr von der Reise keine Zahlungsaufforderung erfolgt.

Krulls „politische Missionen".

Kleinigkeiten eines politischen Hochstaplers.

Gegen den berüchtigten angeblichen früheren Leutnant Krull schweben neben dem Ermittlungsverfahren wegen Ermordung von Rosa Luxemburg auch noch Verfahren wegen Begünstigung der Erzberger-Mörder und in der Sache des Bombenattentats gegen Parvus, jedoch ist in diesen Fällen seine Auslieferung aus Holland noch nicht beantragt worden. Gegen Krull regte sich der Verdacht, daß er der unbekannte Mann gewesen ist, der auf das Trittbrett des Autos gesprungen war und Frau Luxemburg mit dem Revolver niedergeschossen hat. Die Beweisaufnahme ergab anläßlich der Vernehmung des Oberregierungsrats Mühleisen vom Reichskommissariat für öffentliche Sicherheit, daß Krull auch für die politische Polizei tätig gewesen ist.

Bei dem Verkehr im Polizeipräsidium war es Krull gelungen, sich in Besitz von Formularen der Abteilung IA zu setzen, insbesondere auch von gestempelten Ausweisungsbefehlformularen. Mit diesen hat Krull dann die Handlungen begangen, die ihm jetzt die Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung zugezogen haben.

Der Angeklagte Krull bestreitet, einen Diebstahl begangen zu haben. Das hätte er gar nicht nötig gehabt, denn er habe von den Beamten alles bekommen, was er verlangt hätte. Eine nähere Angabe seines Hintermannes verweigert er jedoch. Zum Beweise dafür beruft er sich darauf, daß er sämtliche Geheimakten einsehen konnte und daß er direkt Akten, die mit seiner geheimnisvollen Ermittlung im Zusammenhang standen, photographieren konnte. Bei der Auslieferung Krulls wurden in seiner Mappe eine Anzahl Formulare der Abteilung IA gefunden. Die Aktenmappe enthielt aber auch ein Schreiben Krulls an die Albatros-Werke, in dem diesen mitgeteilt wurde, daß sechs Krull gehörige Flugzeuge gemäß Beschluß des Reichsgerichts beschlagnahmt worden seien. Krull behauptete, daß er das Schreiben zwar gefälscht habe, aber davon nie Gebrauch gemacht hätte. Welchen Zweck er mit dieser Fälschung beabsichtigt habe, will er wiederum unter geheimnisvollen Andeutungen vorläufig nicht sagen. Außerdem hatte Krull auch eine Urkundenfälschung begangen, indem er einem tschechoslowakischen Staatsbürger in Berlin einen von ihm selbst mit Hilfe der entwendeten Formulare ausgefüllten Ausweisungsbefehl vorzeigte und sich erbot, ihm zur Abwendung der Maßnahme behilflich zu sein. Nach der Aussage des betreffenden Ausländers hat Krull weder Geld verlangt noch erhalten. Die Anklage allerdings nimmt an, daß es ihm darauf angekommen sei, später Geld zu erhalten. Auch in einigen Wohnungsangelegenheiten hat Krull mit falschen Ausweisen operiert, aber auch hier konnte nicht nachgewiesen werden, daß er dabei Vorteile gehabt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Krull wegen vollendeter und versuchter Urkundenfälschung, Betruges und Aktenbeseitigung eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft. Nach längerer Beratung verurteilte das Schöffengericht Schöneberg Krull zu einer Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden, im übrigen erfolgte Freisprechung. Landgerichtsdirektor Schneider bezeichnete Krull in dem Urteil als eine Abenteurernatur. Seine Offiziersbeförderung habe er nicht glaubhaft machen können. Wieweit die Verwendung Krulls in politischen Dingen erfolgt sei, habe das Gericht nicht nachprüfen können. Der Angeklagte sei ein Mann, der sich den Anschein zu geben sucht, daß er alle möglichen Beziehungen habe. Darin liege der Schlüssel für seine Straftaten.

Vorbereitungen zum Verfassungstag.

Der Verfassungstag wird auch in diesem Jahre, wenn er auch nicht als gesetzlicher Feiertag, als Staatsfeiertag der Deutschen Republik, festgelegt ist, vom deutschen Volke mit großen Feiern begangen werden. Da der eigentliche Verfassungstag, der 11. August, diesmal auf einen Wochentag, den Dienstag, fällt, an dem es vor allem der werktätigen Bevölkerung nicht möglich ist, zu feiern, so finden die Volksfeste am vorhergehenden Sonnabend, den 8., und Sonntag, den 9. August, statt. Wie im vorigen Jahre hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Einverständnis mit den republikanischen Parteien die würdevolle Ausgestaltung und die Vorbereitung der Feiern in die Hand genommen.

Während im vorigen Jahre die Hauptverfassungsfeier in Weimar an der Geburtsstätte der Verfassung stattfand, wird in diesem Jahre Berlin die große Verfassungsfeier haben. Während die einzelnen Gaue des Reichsbanners für ihre Gebiete ebenfalls Verfassungsfeiern veranstalten, werden sie gleichzeitig beträchtliche Abordnungen nach Berlin senden. Berlin wird damit zum ersten Male eine Art Republikanischen Tag haben. Eine besondere Bedeutung erhält die Berliner Verfassungsveranstaltung durch ihre gleichzeitige Einstellung als Großdeutscher republikanischer Tag. Nach den zurzeit vorliegenden Meldungen werden aus Deutschösterreich Abordnungen von Sängern und des Republikanischen Schutzbundes in einer Stärke von 2000 Mann eintreffen. Die aus dem Reiche erwarteten Reichsbannerkameraden werden auf 100 000 geschätzt. Das Programm für die Verfassungsfeier ist jetzt von dem Großen Ausschuß des Reichsbanners in seinen Hauptpunkten festgelegt: Am Sonnabend, den 8. August, treffen voraussichtlich die Deutsch-Oesterreicher ein und werden festlich empfangen. Im Laufe desselben Tages kommen die Sonderzüge aus dem Reiche. Die Begrüßung und die Verteilung der Quartiere — die von der republikanischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen — erfolgt im Ulap, der für diese Zwecke vollständig zur Verfügung steht. Am Sonntag, den 9. August, werden in den verschiedenen Stadtteilen vormittags um 11 Uhr auf öffentlichen Plätzen große Verfassungsfeiern veranstaltet. Im Anschluß daran beginnt der Abmarsch nach Treptow, wo auf der Spielwiese die Hauptfeier stattfindet. Führende Architekten und Künstler haben sich bereits zur Verfügung gestellt, um der geplanten Ausschmückung der Spielwiese und der Hauptpunkte in Treptow einen würdigen und großzügigen Rahmen zu geben. Nach Abschluß der Feier auf der Spielwiese finden in sämtlichen Lokalen Treptows Volksfeste statt. Hier sind Vorführungen der Turner, Gesangsvorträge und Spiele für die Kinder eingerichtet. Die republikanischen Wassersportler treffen sich mit ihren Booten auf der Spree. Am Abend wird auf der Spree ein großes Feuerwerk abgebrannt. Bereits heute liegen Tausende von Anmeldungen von Teilnehmern aus der Provinz vor. Die Berliner Bevölkerung wetteifert mit ihren Organisationen und Vereinen, alles daran zu setzen, um der Verfassungsfeier in Berlin in diesem Jahre den großzügigsten Rahmen zu geben.

*

Die Feier des diesjährigen Verfassungstages in Berlin am 8. und 9. August erhält durch das Zusammenströmen von tausenden Republikanern und Reichsbannerkameraden aus dem Reich und durch den Besuch von 2000 Deutschösterreichern eine besonders große Bedeutung. Die Vorbereitungen werden im Einvernehmen mit den republikanischen Parteien vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold durchgeführt. Die zahlreichen Gäste, die Berlin in diesen Tagen aufnehmen will, müssen untergebracht werden. Da diese Gäste meist den Kreisen angehören, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, so wenden wir uns an die republikanische Bevölkerung Berlins mit der dringenden Bitte, ihrerseits Gastfreundschaft zu üben und Freiquartiere zur Verfügung zu stellen. Wir erwarten bestimmt, daß das republikanische Berlin auch in diesem Punkt alles aufbietet, um die Republikaner aus dem Reich gastlich zu empfangen. Meldungen werden erbeten an die Adresse des Gauvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin S. 14, Sebastianstraße 37/38, Hof II.

Der Kutschermord bei Jüterbog.

Selbstbezichtigung, um aus der Anstalt herauszukommen.

Im Laufe der Verhandlung vor dem Potsdamer Schwurgericht nahm die Vernehmung des Angeklagten Lönig etwa 2½ Stunden in Anspruch. Lönig hatte seinerzeit ein Geständnis in der Fürsorgeanstalt Strausberg abgelegt, daß er und der Angeklagte Simon den Bierkutscher Hause ermordet haben. Vor einigen Wochen hat er die Selbstbezichtigung zurückgenommen und auch in der Hauptverhandlung erklärte heute Lönig, daß er nur deswegen sich des Mordes bezichtigt habe, um aus der Anstalt herauszukommen. Denn es sei in ihr fürchterlich gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er denn im Leben an nichts mehr Freude habe, erklärte Lönig: Nein, an nichts mehr. Ich hasse die Anstalt wie den Tod. Auf die Frage, warum er monatelang bei dem Geständnis geblieben sei und den Simon mitbezichtigt habe, erklärte Lönig: Ach, die vielen Lokaltermine und Autofahrten und dann hin und wieder eine Zigarette, das machte mir viel Spaß. Das war doch besser wie die Anstalt. An den Landesdirektor der Fürsorgeanstalt hatte Lönig eines Tages einen Brief geschrieben, daß, wenn er nicht aus der Anstalt käme, er zum Mörder werden müsse. Simon, der gleichfalls ein Geständnis im Polizeigefängnis abgelegt hatte, leugnet heute ebenfalls. Er will durch Mißhandlungen auf der Polizei zu dem Geständnis gebracht worden sein. Die Polizeibeamten sind als Zeugen geladen und sollen darüber aussagen, ob Mißhandlungen vorgekommen sind. Die Zeugenaussagen vom Nachmittag haben nichts Aufklärendes in die Verhandlung hineingebracht. — Gesucht wird noch die Zeugin Ernestine Sanda, geb. Dorneburg, geschiedene Schultze; sie ist vor einem halben Jahr nach Köln gefahren, vor wenigen Wochen in Luckenwalde gesehen worden und soll vermutlich jetzt in Leipzig oder Dresden sein.

Deutschnationale Agitation.

Zwei Proben aus ihren Versammlungen.

Die Deutschnationalen agitieren. Das ist ihr gutes Recht. Das Recht der andern aber ist es, die Art dieser Agitation zu kennzeichnen und so dafür zu sorgen, daß die beabsichtigte Wirkung dieser skrupellosen Politiker nicht erreicht wird. Wir geben im folgenden zwei Proben von solchen Versammlungen, die für sich selbst wirken und so jedes Kommentars entbehren können.

„Konrad Haenisch, ein neuzeitlicher Minister" lautete das eigenartige Thema, über das jüngst der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Kaehler, Greifswald, in einer deutschnationalen Wilmersdorfer Versammlung sprach. Herr Kaehler ist Professor der Theologie in Haenisch's Heimatstadt, was ihn jedoch nicht abhielt, unter dem Deckmantel der Anerkennung für den Idealisten Haenisch, der nie um des Geldes willen etwas getan habe, sehr gehässige Angriffe gegen seinen Landsmann zu richten.

In der Partei sei er so gut wie vergessen. Deshalb müsse die Deutschnationale Partei für den „überwundenen Mann, von dem des Freundes Stimme schweige, eine Gedenkfeier abhalten. Als Minister habe er sich durchaus nicht als Sozialdemokraten, sondern höchstens „radikal-demokratisch" gezeigt. Deshalb las man an seinem Todestage nur kleine Notizen in der sozialdemokratischen Presse, was bei dem am meisten genannten „Revolutionsminister" nachdenklich stimmen müsse. Trotz dieser Anerkennung der gemäßigten Gesinnung des verewigten Kultusministers und Regierungspräsidenten fuhr Redner mit dem schwersten Geschütz gegen den Pazifisten Haenisch auf, der diese verwerfliche Gesinnung in die Schule getragen habe. Im vaterländischen Sinne sei er ein Schädling wie nur wenige gewesen. Obgleich als echter Deutscher sentimental, habe er doch ein undeutsches Wesen entfaltet. — Wahrlich eine echt deutschnationale Charakteristik seitens eines Gottesmannes, Landsmannes und angeblich unparteiischen Beurteilers.

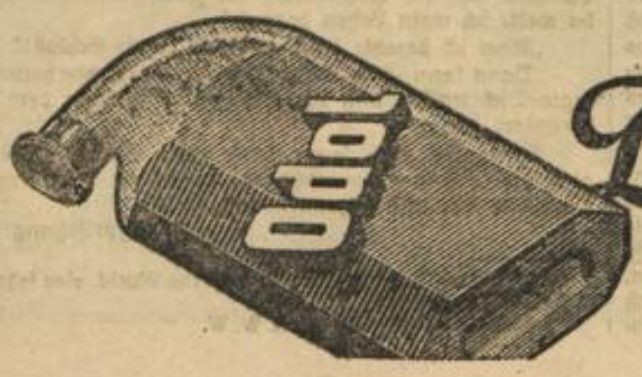
Die Aufwertungsfrage scheint den Herren Deutschnationalen bedenklich in den Knochen zu liegen, sonst würden sie in jetziger Sommerszeit doch nicht so viel Redner aufbieten, um die in ihren schönsten Hoffnungen betrogenen gläubigen Schäflein zu beruhigen. So sprach der famose, frühere volksparteiliche, jetzt deutschnationale

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 2. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

5—6.30 Uhr abends: Konzert. 7 Uhr abends: Oberpostrat Dr. Schwellenbach: „Der Begriff des Zufalls im deutschen Postrecht und in weltanschaulicher Beleuchtung". 7.30 Uhr abends: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. A. Miethe: „Das Himmelsfernrohr und seine Meister". 6. Vortrag. „Das photographische Fernrohr". 8 Uhr abends: Dr. Waldemar v. Olshausen: „Klopstock und unsere Zeit". (Zum 201. Geburtstage des Dichters). 8.30 Uhr abends: Lyrik der Gegenwart (zweiter Abend). 1. Einleitende Worte (Hermann Kasack). 2. a) Franz Werfel: Aus den Büchern: „Der Weltfreund", „Gerichtstag", „Beschwörungen", b) Kurt Heynicke: Aus den Bänden: „Rings fallen Sterne", „Gottes Geigen", „Das namenlose Angesicht" (Alfred Braun, Rezitation). 3. César Franck: Sonate (Konzertmeister Feri Roth, Violine, und Theophil Demetriescu, Klavier). 4. a) Jakob Haringer: Aus dem Manuskript des Bandes „Ausgewählte Dichtungen", b) Oskar Lörke: Aus den Bänden „Gedichte": „Die heimliche Stadt", c) Oskar Lörke: Aus dem Manuskript „Pompeji", d) Gottfried Benn: Aus den Bänden „Gesammelte Werke": „Schutt" (Gerda Müller, Rezitation). 5. a) Herm. Kasack: Aus den Bänden: „Die Insel", b) Hermann Kasack: Aus dem Manuskript „Stadium" (Hermann Kasack). 6. a) Reger: Romanze, b) Suk: Burleske (Konzertmeister Feri Roth; am Flügel: Theophil Demetriescu). 7. a) Iwan Goll: Aus den Bänden: „Der Panamakanal" und „Der Eiffelturm", b) Walter Mehring: Aus den Bänden: „Das Ketzerbrevier" und „Europäische Nächte" (Gerda Müller). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.



Das gründliche Mundwasser

Reichstagsabgeordnete **Geisler** am Sonnabend in der Aula des Charlottenburger Augusta-Gymnasiums in der Cauerstraße vor einer im besagten wunden Punkte sehr empfindlichen Zuhörerschaft. Vielfach wurden störende Zwischenrufe laut, denen ein mit einem schweren Knüppel bewaffneter „Ordner“ durch den drohenden Hinweis auf sein Hausrecht zu begegnen suchte; der Redner aber durch die humoristisch wirken sollende Bemerkung: „Wir befinden uns doch hier nicht in einer Judenschule“ entgegen trat. Zugleich **schimpfte** er weidlich auf seinen ehemaligen Fraktionskollegen Dr. Best und seine jetzige Gefolgschaft, die „Völkische Freiheitspartei“, welche beinahe ebenso gefährlich sei wie die bösen Sozialdemokraten. Diese Art hilflose Polemik ließ tief blicken.

Die Feuerlöschboote der Stadt Berlin.

Inbetriebnahme Ende dieses Jahres.

Aus Mitteilungen des von seiner Studienreise nach Amerika zurückgekehrten Oberbranddirektors **Gempp** ging hervor, daß die Stadt Berlin nach dem Vorbild anderer Großstädte, die an wichtigen Wasserstraßen liegen, nunmehr auch für die Bereitstellung von Feuerlöschbooten Sorge tragen will, denen die Mitwirkung bei der Bekämpfung von **Bränden an den Ufern der Berliner Wasserstraßen** zufallen soll. Wie wir erfahren, sind von der Stadt Berlin zunächst **drei Feuerlöschboote** bei den Albatros-Werken in Friedrichshagen in Auftrag gegeben worden, und zwar handelt es sich dabei um zwei Neukonstruktionen, sowie um den Umbau eines für diese Zwecke von Berlin in Hamburg angekauften Bootes. Die Löschschiffe sollen mit den neuesten Errungenschaften auf feuertechnischem Gebiet ausgerüstet werden, sie werden u. a. besonders starke Rohre, sogenannte Wenderohre, erhalten, deren Mundstücke in Gelenken drehbar sein werden. Außerdem werden die Boote mit Radio-Stationen versehen werden, damit sie jederzeit, wo sie auch gerade sein mögen, alarmiert und an die betreffende Brandstelle dirigiert werden können. Voraussichtlich wird man nämlich davon Abstand nehmen, diese Boote nur an bestimmten Stellen der Berliner Wasserstraßen vor Anker liegen zu lassen. Glücklicherweise gehören Brände in den großen industriellen Anlagen an den Spreeufern zu den Seltenheiten, so daß Schiffe wohl kaum häufig in Anspruch genommen werden dürfen. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit will man sie daher für gewöhnlich anderen Zwecken, als denen der Feuerbekämpfung dienstbar machen. In dieser Richtung schweben zurzeit Verhandlungen mit verschiedenen Privatgesellschaften. So ist beabsichtigt, die Schiffe für den **Patrouillendienst gegen Einbrüche und Diebstähle** an den Wasserstraßen bei Nacht zu verwenden, eventuell auch zum Bugsieren in den Berliner Häfen, doch sind darüber noch keine Entscheidungen getroffen. Auf jeden Fall werden die Boote immer mit Feuerwehrmannschaften besetzt sein, um auf funkentelegraphischem Anruf sofort in Aktion treten zu können. Mit der Indienststellung der Boote kann noch für Ende dieses Jahres gerechnet werden.

Automobilrennen bekannter Bühnensterne.

Am nächsten Sonntag, nachmittags 2 Uhr, findet auf der Avus ein Automobilrennen statt, das diesmal nicht von Berufsfahrern, sondern von den bekanntesten **Film- und Bühnenkünstlern** bestritten wird. Im Auslande gibt es seit Jahren derartige sportliche Wettbewerbe, und so ist auch auf der Avusbahn die Besetzung des Rennens ganz hervorragend. Die Eintrittspreise sind so gehalten, daß es den weitesten Kreisen der Bevölkerung möglich ist, diesem außergewöhnlichen Rennen beizuwohnen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Vier Große Festkonzerte 1925/26. Internationale Volkstänze und Volkslieder. Steppe und Puszta — Im Orient — Aus der neuen Welt — Der deutsche Tanz. Mitwirkende: Das Ballett und erste Solisten der Staatsoper. Künstlerische Leitung: Max Terpis, Ballettmeister der Staatsoper. Prof. Schünemann, Dir. der Hochschule für Musik. Abonnementspreis für alle vier Veranstaltungen 4 M. Alle wichtigen Bestimmungen enthalten die Zeichnungslisten. Listen liegen aus: Bei den Mitgliedern der Kreis- und Abteilungs-Bildungsausschüsse, Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer, Tabakvertrieb GmbH., Inselstr. 6, Verband der Graph. Hilfsarbeiter, Alte Jakobstr. 5, W. Schmidt, N. 39, Tegeler Str. 31, Joh. Moranz, Danziger Str. 46, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2, und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr. r., Zimmer 8/9.

Einem Berliner Hunde-Renn-Club sind 153 Meldungen zu seinem nächsten Renntag am 5. Juli eingegangen. Besonders zu erwähnen ist die **Hoch- und Weitsprung-Konkurrenz**. Letzter Rekord: Hoch 1,70 m, Weitsprung 1,20 mal 2,10 m. Die Rennen finden auf der Grunewaldrennbahn statt. Fahrverbindungen ab Charlottenburg bis Pichelsberg 1.06, 1.27, 1.57, 2.11 und 2.50 Uhr. Eintrittspreise: Erwachsene Mk. 1.—, Kinder Mk. 0.50.

Ueberschwemmungen in Polen.

In Südpolen nimmt die **Wassernot** immer größeren Umfang an. Der Wasserstand auf den Flüssen Dnjestr, Weichsel, Dunajez und im Oberlauf des San zeigt **5 Meter über normal**. Die Vorstädte von **Krakau** sind überschwemmt. Die Bahnverbindung zwischen Oberschlesien und Teschen-Schlesien ist unterbrochen. **Bielitz** steht teilweise unter Wasser. In dem Hilfskomitee für Ueberschwemmungsschäden, das unter dem Vorsitz des Sejmmarschalls steht, wurde die Zahl der von der Wassernot betroffenen Einwohner Galiziens auf 300 000 angegeben.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Carmen
Opernhaus am Königsplatz
8 Uhr: Der Stern von Assuan
Schauspielhaus
7½ Uhr: Jugend
Schiller-Theater
7½: Torquato Tasso

Volksbühne
8 U.: Die deutschen Kleinstädter

Theater im Admiralspalast
Täglich 8½ Uhr:
Chocolate Kiddies
Amerikas größte farbige Künstler!
Sonnt. 2 Vorstellgen. 3½ und 8½ Uhr
Die Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen!

Metropol-Theat.
8½ Uhr: Tausend süße Beinchen

Th. d. Westens
Steinp. 931 8 U.
USCHI
v. Jean Gilbert
Wegen d. großen Andrangs an d. Abendk. bitte d. Vorverkauf zu benutzen.
Sonntag nachm. 1, 2, 3, 4, 5, 6 Uhr

Th. i. Komm.-Str.
8½:
Durch den Rundfunk

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die
blaue Stunde
Lustspiel von Felix Josky

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Angele
Komöd. v. Hartleben
Der Arzt seiner Ehre
Groteske v. Mongré

Trianon-Th.
1.-4. Juli geschlossen
Ab Sonntag, 5. Juli 8 Uhr: Die
Jugendprinzessin
Musik v. Kurt Zorlig

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr:
Meiseken

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Anneliese v. Dessau

METROPOL VARIETÉ
8 Uhr:
Das erstklassige
Juli-Programm

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7—9
Heute Gr. Volkstag
Gr. Varieté-Vorstellung
Auf allen Plätzen 50 Pf., außer Logen
Anfang 4½ Uhr

HEUTE
LUNAPARK
FEUERWERK
12 Lunapark-Girls
3 BONELLYS
ELITE-TAG
Konzert Phil. Bl.-Orch.
Eintritt 1,25 Mk.

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten
Dresdn. Viktoria-Sänger
Anfang 8 Uhr — 1. August
Dönhoff-Brett'l:
Saal und Garten
Das entzückende
Juli-Programm!

Rose-Theater
8½ D. blaueiseinrich
Gartenbühne:
7½ U.: Rund um die Berolina

Komödienhaus
7½ Uhr:
Der letzte Kuß

Theater am Koth. Tor
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger.
Neues Progr.
Unser Haus erdröhnt unter den Lachsalven des begeistert. Publikums.

Magen
leidende nehmen die echten Reichels Magentropfen, das erprobte Rezept M. 1.- u. 2.50. In Drogerien u. Apotheken, sonst bei Otto Reichel, Berlin 43 SO. Eisenbahnstr. 4.

Wiederauftreten
Der
TODESSPRINGER
TÄGLICH
Cliff Aeros
ULAP
Der Feuersturz aus 28 m Höhe
Eintritt nur 50 Pf.

Neue Welt
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114
Donnerstag, den 2. Juli:
Großes Riesen-Kunstfeuerwerk
Märchen aus 1001ner Nacht
Der Brand von Bagdad
abgebrannt von dem Kunstfeuerwerker E. Nielandt
außerd. **Großes Konzert** und
Varieté-Vorstellung
Ganz neues Programm!
35 Künstler
und **Gr. Ball**
Einlaß 3 Uhr Anfang 5 Uhr

Trabrennen Ruhleben
Donnerstag, d. 2. Juli, nachm. 3 Uhr

L. JUERGENS
ALEXANDER PLATZ

Krause-
Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1

WINTERGARTEN
Der auserlesene Juli-Spielplan

STUVKAMP-SALZ
das biochemische Wundersalz

Onkel Stuvkamp gewinnt das Derby auf „Lebensfreude“ im Handgalopp.

Für den Einsatz von Mk. 3.— zahlte der Toto: Energie, gesunden Schlaf, blühendes Aussehen, Wohlbefinden u. Lebenslust.

Ferner liefen oh. jede Chance: Rheuma, Gicht, träge Leber, Mattigkeit, schlechter Stuhlgang und Nervosität; ebenfalls Harnsäure und überflüssiges Fett, sow. Magen- u. Gallenbeschwerd.

Haben Sie für Ihre Gesundheit keine 3 Pfennig pro Tag übrig?

Warum machen Sie keinen Versuch?

In allen Apotheken und Drogerien zum Preise von M. 3.— per Glas, Netto-Inhalt 125 g, ausreichend für ein Vierteljahr, erhältlich, sonst weisen Bezugsquellen nach:

Generalvertreter für Groß-Berlin:
Gottfried Lücke,
Berlin-Westhafen-Verwaltungsgebäude 21, Tel.: Hansa 1645/9

Genaue Gebrauchsanweisung liegt jeder Packung bei.
„Stuvkamp-Salz“ d. Wächter Ihrer Gesundheit!

Stuvkamp-Salzwerk,
HAMBURG 8, Gröningerstr. 24/25, Asiahaus, Tel. Roland 6144, 1041.

BERLIN C 19 • GERTRAUDTENSTR. 25—27 • ROSS-STR. 1—4
PEEK & CLOPPENBURG
G. M. B. H.

Ferienzeit
Reisezeit

Fertige Anzüge
Mäntel
Herren-Artikel
Kleidung für die Jugend
Damen-Mäntel und Kostüme
Kleidung für Autofahrten
in guter Paßform finden Sie bei uns in größter Auswahl

Sport-Schuhwaren

Eheirrungen in der Tierwelt.

3.

Das Kamelkrokodil.

Bekanntlich ist das Kamel ein Amphibium. Noch bekannter sind Amphibien kaltblütig. Dieser Kaltblütigkeit eines alten Krokodilerichs, selbst in den schwierigsten Situationen, und der sprichwörtlichen Dämlichkeit einer Kamelia verdankt das Kamelkrokodil seine Entstehung.

Da es die tückische Bosheit des Krokodils mit der dreifach destillierten Niederträchtigkeit des Kamels vereinigt, so ist eine ausführliche Charakterschilderung überflüssig. Sein Nutzen beschränkt sich darauf, daß seine Beschreibung einen aufsehenerregenden Anfang für die wichtige Mahnung gibt, die jetzt folgt und die ohne diesen Anfang zu wenig beachtet werden würde:

Kukirolen Sie!

Wir lassen jetzt das Kamelkrokodil, nachdem es seinen Zweck erfüllt hat, vorläufig mit sich allein und erheben und beantworten die Frage: Was heißt Kukirolen? Um kukirolen zu können, muß man erstens Füße haben und zweitens die drei millionenfach bewährten Kukirol-Präparate: Kukirol-Fußbad (Doppelpackung 50 Pfg.), Kukirol-Streupuder (Blechdose 1 Mark) und Kukirol-Hühneraugen-Pflaster (Packung 75 Pfg.). Kukirolen heißt, richtige, also Kukirol-Fußpflege betreiben. Kukirolen kann man nur mit den echten Kukirol-Präparaten, nicht mit irgendwelchen Nachahmungen und erst recht nicht mit veralteten, dem Zwecke nicht mehr entsprechenden Mitteln.

Es ist erstaunlich, wie wohltuend sich die Kukirol-Fußpflege auf den ganzen Körper auswirkt. Wenn Sie sich selbst beobachten, so werden Sie bemerken, wie sehr durch schwitzende, brennende, mit Hühneraugen behaftete Füße das gesamte Wohlbefinden gestört wird, wie matt Sie sich da fühlen, wie der dumpfe Schmerz in den Füßen durch die Beine bis in den Rücken hinauf sich fortsetzt und Sie nervös und müde macht, wie Sie mit gekrümmtem Rücken und gebogenen Knien gehen, und wie wohl, wie frisch und spannkräftig Sie sich wieder fühlen, wenn Sie ein Kukirol-Fußbad genommen haben.

Und vollends gar, wenn Sie das regelmäßig tun, wenn Sie durch fleißigen Gebrauch des Kukirol-Streupuders diesen unangenehmen Erscheinungen vorbeugen und wenn Sie die häßlichen und schmerzhaften Hühneraugen leicht und ohne Beschwerden entfernen. Sie fühlen sich ja wie neugeboren.

Am vorteilhaftesten kaufen Sie gleich eine ganze Kukirol-Kurpackung für 2 Mark.

Die kleine Ausgabe ersparen Sie allein schon wieder an den Strümpfen. Besonders die Damen sollten das beachten, denn ein Paar Florstrümpfe können durch schwitzende Füße in einem Nachmittag erledigt sein.

Aber Sie können auch schon für 30 Pfennig einen kleinen Versuch machen, wenn Sie eine Probepackung Kukirol-Fußbad verlangen.

Für Sportsleute ist das Kukirolen einfach unentbehrlich. Es gibt dem Fuße jene federnde Energie, die ihn zu viel größeren Leistungen befähigt, und schützt vor Ermüdung.

Der Weltmeister Breitensträter kam vor einiger Zeit eigens hierher, um sich die Kukirol-Fabrik anzusehen, und sagte bei seinem Fortgehen: „So groß habe ich mir Ihre Fabrik nicht vorgestellt.“

Eine Kukirol Kurpackung

hat schon oft bei Wettkämpfen den Sieg auf die Seite dessen gebracht, der sie rechtzeitig anwandte. Daß sie nicht im Rucksack des Touristen fehlen darf, ist selbstverständlich.

Jede Apotheke und Drogerie führt die Kukirol-Präparate. Hat sie die eine zufällig nicht, dann die nächste, im andern Falle veranlassen wir die Zusendung durch eine hiesige Apotheke oder Drogerie.

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg
Verwaltungsgebäude: Reitbahnstraße. Fabrik: Kukirolstraße.
Verkaufsbüro: Berlin W, Kleiststr. 23, I. — Fernsprecher: Stephan 5471.

SAISON AUSVERKAUF

JN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

Beginn 1. Juli

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

Einige Beispiele:

Vollvoile bedruckt, aparte Muster, Wert bis 1,95 ..... jetzt Meter **98** Pf.

Eolienne Wolle mit Seide, doppelbreit, im gr. Farbsortiment, Wert bis 5,90 ..... jetzt Meter **3.60**

Foulard reine Seide, neue Muster, doppelbreit ..... Meter **4.90**

Mäntel aus Covercoat, Donegal, Tuch und anderen Stoffen

5.90 Serie I **9.75** Serie II **15.75** Serie III

Damen-Strümpfe gute Qualitäten, schwarz, weiss u. farbig, mit Doppelsohle, Hochferse und Naht ..... **75** Pf.

Einige Beispiele:

Musseline-Kasaks Baumwolle, in schönen Deseins **1.90**

Hemdhosen u. Prinzessröcke neueste Schnitte mit Stickerei reich garniert ..... Stück **2.35**

Damen-Schlüpfer Kunstseide, grosse Farbenauswahl ..... Grösse 42–46 **2.75**

Reste und Abschnitte aussergewöhnlich billig

HERMANN TIETZ

Weil wir müssen, haben wir die Preise unserer grossen, alten Bestände ohne Rücksicht auf Wiederbeschaffung **um die Hälfte herabgesetzt.** Man wollte uns kaputt machen, es ist nicht gelungen! Jetzt müssen wir aber Losungen machen, darum verkaufen wir während des **Saison-Ausverkaufs** vom 2.—15. Juli z. T. **weit unter unseren Einkaufspreisen.** Diese Gelegenheit bietet sich nur einmal. Benutzen Sie die Vormittagsstunden, es gibt grossen Andrang.

Sport-Anzüge
Alter Wert: M. 70.– 80.– 120.–
jetzt **35.–** **40.–** **60.–**

Sportbreeches
Alter Wert: M. 12.– 16.– 20.–
jetzt **6.50** **8.–** **10.–**

Lodenmäntel
Wert: M. 28.– jetzt **19.–**

Lodenanzüge
Alter Wert: M. 59.– jetzt **32.–**

Sommermäntel
Alter Wert: M. 65.– jetzt **30.–**

Sommer-Waschanzüge
Alter Wert: M. 15.– jetzt **9.–**

Sportkostüme u. -Mäntel
teilw. weit über die Hälfte des regulären Preises ermäßigt!

Windjacken
Alter Wert: M. 11.50 jetzt **7.50**

Sportmützen
Alter Wert: M. 3.– jetzt **1.–**

Sportstutzen
Alter Wert: M. 1.20 jetzt **0.75**

Grüne Wanderhemden
Alter Wert: M. 5.50 jetzt **3.95**

Reinwollene farbige Sportwesten
Alter Wert: bis M. 30.– jetzt **9.50**

SPORTGERÄTE
für Tennis-, Hockey-, Fußball-, Box-, Turn- und Wassersport!
ENORM ERMÄSSIGT!

Damen-Hanschuhe, prima imit. Wildleder mit Manschette
Alter Wert: M. 5.50 jetzt **1.90**

10000 Paar Damenstrümpfe in modernen Farben M. 1.60 1.20 1.10

Offenbacher Lederwaren!
Hand-, Damentaschen, Reise-Necessaires etc. in großer Auswahl! Weit unter Einkaufspreis!

Auto-Lederbekleidung!
Enorme Auswahl!
Rücksichtslos herabgesetzte Preise!

Rucksäcke
Alter Wert: M. 6.90 10.75
jetzt **4.80** **7.25**

Coupékoffer
Gr. 65 60 55
Alter Wert: M. 10.20 7.50 7.–
jetzt **7.50** **6.–** **5.50**

Voll-Leder-Reisetaschen
Gr. 55 50 40
Alter Wert: M. 31.– 28.– 20.–
jetzt **20.–** **15.–** **12.–**

Wanderstiefel, Fahlleder
Alter Wert: M. 18.25 jetzt **9.50**

Wanderstiefel, schwarz
Alter Wert: M. 15.50 jetzt **8.50**

Es soll wieder heissen:

Kauf ohne Sorge bei Korge,

Wilhelmstraße 107
Fernspr.: Zentr. 935

Regierung, Interessenten und Zollvorlage.

Die Beratung im Reichswirtschaftsrat.

Da der Reichswirtschaftsrat bereits früher die Industriezölle eingehend erörtert hatte, ging der von ihm eingesetzte Zolltarifausschuß in erster Linie auf die mit der kleinen Zollvorlage vereinigten Agrarzölle ein. Trotzdem wurde eine Anzahl von industriellen Positionen in den Kreis der Erörterung gezogen; insbesondere bei Behandlung der Frage der Vorbelastung der landwirtschaftlichen Produktionskosten durch Industriezölle. Das ausführliche Gutachten enthält nicht nur recht interessante Angaben, sondern auch wesentliche Aenderungen in den bisherigen Vorschlägen.

Zunächst dürfte von Interesse sein, daß eine sehr wichtige Industrie freiwillig auf den Zollschutz verzichtet hat. Es handelt sich dabei um die Position 269 (Phosphor). Für Phosphor, das in der Vorkriegszeit einfuhrfrei war, wurde auf Veranlassung der Vertreter der chemischen Industrie vom Zolltarifausschuß ein Zoll von 10 Mark beschlossen, den die Regierung auch in die Vorlage eingesetzt hat. Die Phosphorindustrie hatte diesen Zoll mit dem Verlust ihrer Patente infolge des Krieges begründet, der dem Auslandswettbewerb zugute kommt. Während der Neuberatung machte ein Vertreter der chemischen Industrie u. a. davon Mitteilung, daß es gelungen sei, auf Grund neuer Verfahren neue Patente zu erlangen. Er zog deshalb seinen Antrag auf Zoll zurück, dem von dem Ausschuß stattgegeben wurde. Nicht immer findet man aber gleich einsichtsvolle Industrievertreter. So hatte der Reichswirtschaftsrat für die Position 328 (Farbholz-Extrakte) einen Zoll von 10 Mark für flüssige und 20 Mark für feste Farbholzextrakte vorgeschlagen. Die Regierung blieb mit 4 bezw. 8 Mark in ihren Entwurf hinter dem Gutachtervorschlag zurück. In den Neuberatungen verlangten die Industrievertreter Festsetzung des Zolles auf 8 bezw. 16 M. Der Ausschuß blieb aber bei 6 bezw. 12 M.

Eine ganz gegensätzliche Behandlung wie die Farbholzextrakte fand die Position 934 (Wand- und Standuhren). Die Uhrenfabrikanten hatten, mit Ausnahme von Automobil- und Fahrraduhren, überhaupt keine Zollerhöhung verlangt. Der Reichswirtschaftsrat aber setzte den Zoll auf 200 M. und die Regierung auf 400 M. fest. Der Zolltarifausschuß fordert nun von der Regierung eine Herabsetzung des Zolles von 400 M. um 50 Proz., da er den Erwägungen der Regierung auf Verdoppelung des gutachtlich vorgeschlagenen Zolles nicht zustimmen kann. Andererseits hat der Reichswirtschaftsrat von sich aus höhere Sätze vorgeschlagen. Hier kommen in Frage die Positionen 354 bis 358 (künstliche Riechstoffe, Salben, Pomaden, Parfümerien, Puder, Schminken und Zahnpulver); z. T. hat die Regierung dafür in der Zollvorlage überhaupt keine Positionen eingesetzt. Der Zolltarifausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß zur Erleichterung der Einfuhr dieser Luxusartikel eine Veranlassung nicht gegeben ist und fordert die Wiederherstellung des autonomen Zolles von 200 M. aus volkswirtschaftlichen und Ersparnisgründen. Dagegen war der Ausschuß geneigt, wesentliche Reduzierungen der Vorschläge bei den Positionen 417 bis 426 (Wollgarne) vorzunehmen. Die Sätze für Wollgarne sind von der Regierung gegenüber dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats wesentlich erhöht worden. In den Erörterungen stellten sich die Vertreter der Industrie auf den Standpunkt, daß die von der Regierung vorgesehenen Zölle überaus mäßig seien, weil unter Berücksichtigung der Umsatzsteuer die vorgesehenen Zollsätze geradezu einer Einfuhrprämie gleichkämen. Allerdings bestanden die Wollgarnverbraucher, daß gewisse Sorten von Wollgarnen nach wie vor unbedingt vom Auslande bezogen werden müßten und insbesondere der Zoll auf harte Kammgarne als reiner Finanzzoll zu betrachten sei. Der Ausschuß sah, nachdem die Regierung vertrauliche Mitteilungen handelspolitischer Art gemacht hatte, von einer Beschlußfassung darüber ab. Aehnlich erledigt wurden auch die strittigen Positionen 443, 444, 464, 472, 488 und 489, 492, 493 und 503. Es handelt sich hierbei durchweg um Textilrohstoffe bezw. Textilhalbfertigwaren. Der Ausschuß beharrte jedoch bei den Positionen 392, 393, 398 und 401 (Seiden und Seidengewebe) bei seinem ursprünglichen Vorschlag, der in der Regierungsvorlage nicht unerheblich erhöht worden war. Der Vorschlag des Reichswirtschaftsrates sah z. B. für gefärbte Rohseide 36 bezw. 250 M. vor, während die Regierung die Sätze auf 100 bezw. 300 M. erhöhte. Auch bei der Position 416 (gekämmte Wolle) hielt der Reichswirtschaftsrat an einem Zollsatz von 2 M. fest, während die Regierungsvorlage 3,50 M. forderte.

Eigentümlich berührt die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates zu der vielerörterten Position 915 (Automobilzölle). Das Gutachten sieht hier von Abänderungen ab. In den den sehr umfangreichen Erörterungen dieser Position brachte der Reichswirtschaftsrat aber von neuem zum Ausdruck, „es werde von der Automobilindustrie erwartet, daß sie den ihr gewährten Zollschutz nun auch zur Umstellung der Betriebe benutzen werde. Insbesondere habe die Industrie in ihren einzelnen Unternehmungen sobald wie möglich zu entscheiden, inwieweit sie zur Serienproduktion übergehen oder sich weiter in der Qualitätsproduktion zu betätigen wünscht."

Die Frage der Eisenzölle ist in der zweiten Beratung nicht zur Debatte gestellt worden, da die neue Vorlage eine Abänderung des geltenden Eisenzolls nicht enthält. Dadurch wurde die Arbeit des Ausschusses bedeutend erleichtert, da von der Höhe des Eisenzolls mehr oder weniger die Normierung fast aller Zollpositionen abhängt. Ob die Frage der Eisenzölle damit endgültig geklärt ist, muß immerhin bezweifelt werden, da auf der Saarbrücker Tagung der Eisen- und Stahlindustriellen bekanntlich erhöhte Eisenzölle gefordert worden sind.

Fleischergewerbe gegen Zollvorlage.

In Gotha hielt vorige Woche der Deutsche Fleischerverband, die Organisation der deutschen Fleischermeister, seinen Verbandstag ab. Der Verbandssyndikus referierte dabei über die Zollvorlage, die von dem deutschen Fleischergewerbe wegen ihrer verteuernden Wirkung abgelehnt wird.

Gleichzeitig nimmt in der „Allgemeinen Deutschen Fleischerzeitung" Dr. Raupold das Wort, um mit folgender Begründung die Agrarzölle abzulehnen:

„Jeder Zoll drückt auf die Kaufkraft des Geldes. Die Kaufkraft der Verbraucherkreise ist heute aber schon so gesunken, daß es vielen nicht mehr möglich ist, die zur Ernährung notwendige Menge an Fleisch zu kaufen. Finden die im Entwurf vorgesehenen Zollsätze ihre Verwirklichung, so wird mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Preise für Fleisch und Getreideprodukte mit 40 Proz. zu rechnen sein. Diese Steigerungen finden wegen der immer noch anhaltenden Zahlungsknappheit nur zum Teil ihren Ausgleich durch unzureichende Lohnerhöhungen, so daß die Kaufkraft der Konsumenten noch geringer wird. Die Hauptkonsumierung wird sich immer mehr auf die billigeren Fleisch- und Wurstwaren beschränken, während der Verbrauch der besseren Sorten den Kreisen vorbehalten bleibt, deren Einkommen das Existenzminimum übersteigt. Die durch den Zoll erhöhten Preise für Agrarprodukte bedingen also, daß an allen Konsumartikeln gespart, und daß das Mehr der Lebenshaltungskosten wieder ausgeglichen wird. Von diesem Rückgang im Verbrauche werden vor allem diejenigen Gewerbe betroffen, deren Kundenkreis sich aus denjenigen Schichten zusammensetzt, die am stärksten die einsetzende Teuerung zu fühlen haben."

Gegen die Zölle auf Uhren.

Auf dem deutschen Uhrmachertag in Breslau wurde eine Entschließung angenommen, die sich scharf gegen die in der Zollvorlage enthaltenen Uhrenzölle wendet, durch die die Uhrenhändler schwer geschädigt würden, während die Großuhrenindustrie diesen Schutz gar nicht benötige. Auch die allgemeine Tendenz der Zollvorlage wurde bezeichnenderweise von fast allen Rednern der Tagung als mittelstandsfeindlich abgelehnt.

Schering — Teichgräber.

Die folgenschwere Explosion in der Chemischen Fabrik vorm. E. Schering, die neben dem Verlust wertvoller Menschenleben auch erhebliche Wertzerstörungen zur Folge hatte, wird auch auf den Mangel der notwendigen Sicherheitsvorrichtungen zurückgeführt. Dem gründlich nachzugehen, wird Sache der Behörden sein. In der Geschäftslage der Schering A.-G. läge jedenfalls kein Grund, durch falsch angewandte Sparsamkeit Belegschaft und Werk zu gefährden. Die Gesellschaft verteilt auf die 11,55 Mill. Aktienkapital 9,6 Proz. Dividende, also mehr als der Anilinkonzern. Es ist möglich, daß die relativ hohe Dividende mit Absicht in Vorschlag gebracht ist, um die Kreditgeber der erheblichen langfristigen Kredite (mit 5,1 Mill. annähernd die Hälfte des Aktienkapitals) von der Sicherheit der Kredite auch durch eine günstige Dividende zu überzeugen oder um eine neue Aktienmission vorzubereiten. Ueber den Geschäftsgang wird berichtet, daß die Werke für die Aufarbeitung ihrer Aufträge zu klein gewesen und deshalb erhebliche Erweiterungen vorgenommen worden seien. In der Bilanz kommen diese Erweiterungen bei der Bewertung der Fabrikanlagen nicht sichtbar zum Ausdruck, weil die Wertzugänge durch eine Abschreibung von 1,36 Millionen zum Verschwinden gebracht sind. Immerhin mußten die aufgenommenen hohen Bau- und Erweiterungskredite auch in den Aktiven zum Ausgleich gebracht werden; und man darf annehmen, daß die Höherbewertung der Vorräte (3,99 gegen 2,35 Millionen in der Goldbilanz) und der Effekten und Beteiligungen (5,27 gegen 2,93 Mill.) nicht nur aus der Erweiterung der Umsätze und Beteiligungen stammen, sondern auch aus der Auflösung stiller Reserven. Auch für den Ausbau der Absatzorganisationen im Ausland war reichlich Geld da.

Eine viel ungünstigere Bilanz hat die Drogengroßhandlung und chemische Fabrik Th. Teichgräber A.-G. herausgebracht, die 800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Daß die stabilen Währungsverhältnisse dem leichten in den Tag hinein Wirtschaften ein Ende gemacht haben, scheint der Leitung des Unternehmens besonders unwillkommen gewesen zu sein. Jedenfalls ist der Geschäftsbericht ein einziges Lamento über die Schwierigkeiten, die das Stabilisierungsjahr 1924 der Gesellschaft gebracht hat. Da sie keine Dividende verteilen kann und der geringe Reingewinn von knapp 11 000 M. vorgetragen wird, hat sie auch Grund dazu. Allerdings scheint man die Goldumstellung insofern sehr leicht genommen zu haben, daß man das Vorkriegskapital von etwas über 1 Million auf 4 Millionen heraufgesetzt hat. Daraus ergibt sich ein Dividendenanspruch der Aktionäre, der von vornherein alle Preisstellungen belasten und die Konkurrenzfähigkeit herabdrücken muß. Man braucht die Lage der Teichgräber A.-G. noch nicht schwierig zu nennen. Immerhin sind die Warenschuldner und Bankguthaben nur verdoppelt gegenüber der Goldbilanz, während die Waren- und Bankgläubiger einschließlich der Akzeptverpflichtungen mehr als versechsfacht sind. Diese hohe Verschuldung hat auch zur Folge, daß die Warenbestände, die sicher nicht viel höher als vor einem Jahre sind, auf das Vierfache aufgewertet wurden und die Automobile, die mit 1 M. zu Buch standen, jetzt mit 83 800 M. zur Verbesserung der Bilanz beitragen müssen. Sieht man die Gewinn- und Verlustrechnung durch, so ist der ungünstige Abschluß allerdings kein Wunder. Mußte doch allein an Zinsen die riesige Summe von 400 000 M. gleich ein Zehntel des Aktienkapitals aufgewendet werden; ein Beispiel für die geradezu erdrosselnde Wirkung des Zins- und Provisionsmonopols der Banken auf die Industrie. Diese Gefährdung der Rentabilität, die weitaus gefährlicher ist als die unlautere Handelskonkurrenz, über die so beweglich geklagt wird, wird im Geschäftsbericht, da sie aus verschwisterten Unternehmerkreisen stammt, natürlich nur mit einer bedauernden Handbewegung berührt. Die Umsätze im neuen Jahr sollen sich auf aufsteigender Linie bewegen.

Die sowjetrussischen Konzessionen.

Die „Prawda" (Nr. 137 vom 19. Juni) bringt interessantes Material zum Konzessionsproblem. Das Blatt schreibt:

„Die Krise des Anlagekapitals und der anwachsende Warenhunger erfordern gebieterisch eine Verstärkung der Aktivität in unserer Konzessionspolitik."

Tatsächlich ist aber in letzter Zeit das Angebot stark zurückgegangen. Im Jahre 1921/22 wurden 338 Angebote gemacht, 1923: 607, 1924: 311 und in den ersten drei Monaten dieses Jahres — nur 30. Diesen Rückgang der Angebote führt die „Prawda" auf politische Gründe zurück. Zu gleicher Zeit erhöht sich der Prozentsatz der von der Sowjetregierung erteilten Konzessionen. In der erwähnten Periode wurden von den eingegangenen Angeboten bewilligt: 5,4 Proz., 7,3 Proz., 8,3 Proz., 10 Proz. Den geringen Prozentsatz der angenommenen Angebote erklärt der Artikelschreiber teilweise damit, daß manche Angebote „absurd" waren, teilweise damit, daß die Sowjetregierung dem ausländischen Kapital nicht allzu weit die Türe öffnen wollte.

Nach ihren Herkunftsländern verteilen sich die Konzessionsbewerber folgendermaßen: 34,6 Proz. Deutsche, 11,9 Proz. Engländer, etwa 10 Proz. Amerikaner, 8,1 Proz. Franzosen, 3 Proz. Italiener, 2,6 Proz. Holländer usw. Die Deutschen stehen an erster Stelle auch hinsichtlich der Zahl der gewährten Konzessionen: 25 Proz. aller gewährten Konzessionen entfallen auf Deutsche, 17,5 Proz. auf Engländer, 12,1 Proz. auf Amerikaner.

Insgesamt wurden 66 Konzessionen gewährt, von ihnen 8 im Bergbau, 14 in der verarbeitenden Industrie (hauptsächlich kleine Unternehmen), 6 in der Forstwirtschaft, 7 in der Landwirtschaft, 19 im Handel, 12 im Transportwesen u. a. Wie aus diesen Angaben ersichtlich, will das fremde Kapital vorläufig sich nicht allzu sehr an russische Unternehmungen engagieren. Vertragsgemäß müssen die Konzessionäre in allen ihnen übergebenen Betrieben etwa 55 Millionen Goldrubel anlegen. Bisher wurden 32 Millionen angelegt, und zwar: im Bergbau 5 Millionen, in der Forstwirtschaft 14 Millionen, in der Landwirtschaft 1,875 Millionen, im Handel 8,5 Millionen, in Industrieunternehmungen 1,7 Millionen. Hervorgehoben wird, daß etwa 70 Proz. von diesen Summen in Forst- und Handelsunternehmungen angelegt sind, und sieht darin eine Bestätigung der Tatsache, daß das Kapital sich rasch umzusetzen bestrebt ist.

Nach dem neulich zustandegekommenen Vertrag mit der Lena-Goldfieldsgesellschaft muß diese in den ihr übergebenen Unternehmungen 22 Millionen Rubel anlegen.

Die „Prawda" behauptet, die Konzessionen seien für Rußland vorteilhaft, und bringt hierzu folgende Angaben: Im Rechnungsjahre 1923/24 hatte Rußland an den Konzessionen einen Reingewinn von 14 Millionen Rubel. Neben den investierten eigenen Kapitalien gelang es den Konzessionären, einen Kredit vom Auslande im Betrage von 23 Millionen Rubel zu bekommen, und zwar zu viel günstigeren Bedingungen, als es der Regierung selbst möglich gewesen wäre. Außerdem haben die Konzessionäre mit eigenen Mitteln 4,5 Proz. des Importplanes erfüllt. Aber die Konzessionen waren auch vorteilhaft für die Ausländer. Der Artikelschreiber kommt zum Schluß, daß eine aktivere Konzessionspolitik betrieben werden müßte. „Wird das ausländische Kapital zu uns kommen? Ist unsere Berechnung nicht falsch?" fragt er, und gibt darauf eine sehr bezeichnende Antwort: „Um bei uns den Sozialismus aufzubauen, wird das Kapital selbstredend nicht kommen. Aber wegen 15 bis 20 Proz. Gewinn, wegen unserer Rohstoffe für die Industrie, wegen Erweiterung des Absatzgebietes für seine Fabrikate wird das ausländische Kapital unbedingt kommen." — Welche Resignation im kommunistischen Paradies!

Kreditnot und Sparkassen.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband gibt einige Ziffern bekannt, die in interessanter Weise die kreditvermittelnde Tätigkeit der Sparkassen beleuchten und erkennen lassen sollen, wie erheblich die Sparkassen zur Beseitigung der Kreditnot der Kleingewerbetreibenden und der Landwirtschaft beitragen.

Danach ist von den deutschen Sparkassen bis Ende Februar dieses Jahres an Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute und Landwirte der Betrag von rund 1 Milliarde Reichsmark dargeliehen worden, und zwar kommen auf den gewerblichen Mittelstand rund 700 (697,1) Millionen, auf Landwirte 300 Millionen. Ein Vergleich der Einlagenbestände der Sparkassen mit der Höhe der von ihnen gewährten Mittelstandskredite ergibt für Preußen, daß 48,8 Proz. oder rund die Hälfte der Einlagen dem Mittelstand zugeflossen sind. An Mittelstand und Landwirtschaft zusammen haben die Sparkassen rund 70 Proz. ihrer Einlagen ausgeliehen. Der Zahl der gewährten Kredite nach entfallen auf den Mittelstand 74 Proz. Die Hälfte aller Kredite liegt unter 2000 M., ein Drittel geht bis 1000 M. und drei Viertel aller Darlehen liegen unter 3000 M.

Da sich die Einlagenbestände der deutschen Sparkassen seit Jahresbeginn um 80 bis 100 Proz. vermehrt haben, ist zu erwarten, daß die Kreditvermittlung der Sparkassen entsprechend anwachsen wird. Reine Freude kann man daran aber nicht haben; denn wenn man auch die Anlage der Sparkassengelder in Pfandbriefen und Staatsanleihen (die heute fehlen) nicht zum unverbrüchlichen Gesetz erheben muß, so liegt doch in dem kurzfristigen Personalkredit der Sparkassen eine große Verlustgefahr für die Einleger. Es ist also sehr die Frage, ob die Sparkassen durch die hohen Zinsen, die ihnen für die Kredite gezahlt werden, und durch die hohe Verzinsung, die sie aus Konkurrenzgründen gewähren müssen, sich selbst auf die Dauer einen wirklichen Dienst erweisen.

Es kommt hinzu, daß die Leichtigkeit der Kreditgewährung die Kreditnehmer oft zu unrationeller Verschuldung verführt, anstatt sie zur Vorsicht in ihren Geschäften zu veranlassen. Das beweist u. a. das Einfrieren der Kredite bei den Landwirten. Auch bei den Kleingewerbetreibenden, die durch ihren unmittelbaren Verkehr mit dem letzten Konsumenten in Zahlungsverlegenheiten eigentlich nicht kommen dürften, wenn sie nicht unverantwortliche Borgwirtschaft treiben, kann auf die Dauer der Kredit festfrieren. Verluste sind dann die selbstverständliche Folge, und zwar um so notwendiger, als dem Mittelstand, anders wie den Landwirten, Hypotheken zur Fundierung ihrer Betriebsschulden unerreichbar sein werden. Die Sparkassen dürften also, bevor es zu spät ist, sich gründlich zu überlegen haben, ob sie nicht viel nachdrücklicher als bisher den Anschluß an den Realkredit suchen müssen, der die Einleger vor Verlusten einigermaßen schützt.

Besonders der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mit seiner umfassenden Organisation wäre dazu in der Lage. Die großen Dienste, die die Sparkassen der Behebung der Kreditnot dadurch leisten, daß sie die Spannung zwischen Gläubiger- und Schuldnerzinsen kleinhalten und so die wucherischen Auswirkungen des Zins- und Provisionsmonopols der privaten Kreditbanken mildern, würde durch eine gleichmäßige Senkung der Gläubiger- und Schuldnerzinsen nicht verringert. Im Gegenteil. Weil sie durch die gleichmäßige Senkung der Haben- und Debetzinsen den Anschluß an den Pfandbriefmarkt erst eigentlich zu finden vermögen, würden sie der Gesundung der Kapitalmarktverhältnisse einen größeren Dienst leisten als bisher. Würde der städtische Baumarkt auf dem Wege über die Hypothekendarlehen, die der Pfandbriefmarkt ja speist, belebt, so käme auch der Mittelstand durch erhöhte Beschäftigung auf seine Kosten. Das wäre eine nachdrücklichere und auch volkswirtschaftlich viel rationellere Art, der Kreditnot abzuhelfen, als die bisherige, die den fehlerhaften Zirkel der deutschen Kreditwirtschaft, die Kreditnot im Augenblick zu heilen, um sie auf Dauer zu verstärken, einfach mitmacht, statt ihn zu durchbrechen.

Direkter deutsch-russischer Güterverkehr. Am 15. Juli tritt laut „Konfektionär" die nunmehr von den beteiligten Staaten ratifizierte Eisenbahnkonvention zwischen Deutschland, Lettland, Estland, Litauen und dem Sowjetbunde über den direkten Güterverkehr in Kraft. Der Gütertransport wird vom Versand- bis zum Bestimmungsort ohne Umladung vor sich gehen, indem die Wagen an der russischen Grenze auf Achsen für die russische breite bzw. in entgegengesetzter Richtung für die westeuropäische schmale Spur gebracht werden, wodurch Tempo und Sicherheit der Warenbeförderung eine erhebliche Steigerung erfahren müssen. Von russischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die von den Konventionsstaaten für den direkten Eisenbahnverkehr eingeräumten Frachtvergünstigungen die Kosten des Gütertransports ungefähr auf die Höhe der Seefrachten herabsetzen.

Preußen und die Stinnes-Sanierung. Wir haben lebhafte Kritik daran geübt, daß die Preußische Staatsbank erhebliche Kredite für die Sanierung des Stinnes-Konzerns freigemacht hat. Die „Rote Fahne" glaubt nun das zu einem neuen Anlaß zu ihrer Hetze gegen Genossen Otto Braun benutzen zu können, indem sie behauptet, er sei für die Geschäftsführung der Staatsbank verantwortlich. Es scheint der „Roten Fahne" nicht bekannt zu sein, daß der deutschnationale Staatsbankpräsident Schroeder Leiter der Seehandlung ist und daß dieses Institut der Kontrolle des Preußischen Finanzministeriums untersteht. Darum sei das hier ausdrücklich festgestellt.

Die Not Oberschlesiens.

Einsetzung eines besonderen Landtagsausschusses.

Der Landtag verwies gestern den kommunistischen Antrag über die Hergabe von

Krediten an die Stinnes-Unternehmungen

an den Hauptausschuß, verabschiedete die Vorlage, die das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken aufhebt, und setzte sodann die Aussprache über die

Notlage Oberschlesiens,

insbesondere über die Wohnungsnot, fort, wobei auch die Anfrage über die Wohnungsnot in der Grenzmark mit zur Beratung steht.

Abg. **Haase-Liegnitz** (Wp.) erklärt, der Wohlfahrtsminister, der es heute nicht für nötig halte, im Hause anwesend zu sein, habe in der Abstellung der Not in Oberschlesien völlig versagt.

Abg. **Wulle** (Völk. Freih.-P.) erklärt die Unterstützung seiner Freunde gegenüber allen Maßnahmen, die zur Linderung der Notlage in Oberschlesien führen. Polen betreibe rücksichtslos seine Polonisierungspolitik in Ostoberschlesien und in der übrigen ehemaligen deutschen Ostmark. Die deutsche Regierung aber teue nichts, um diese Tatsachen der ganzen Welt bekanntzugeben. Der Redner schließt, von Zurufen links und in der Mitte andauernd unterbrochen, mit der Frage: Wie stellt sich die preußische Regierung zum Sicherheitspakt? Wollen die großen Parteien des Landtags in die Ferien gehen, ohne daß Aufklärung über diese Lebensfrage des deutschen Volkes gegeben wird? Werden doch preußische Untertanen durch diesen Sicherheitspakt preisgegeben! **Wer deutsches Land freiwillig preisgibt, begehe Landesverrat!** (Beifall bei der Freiheitspartei. — Stürmische Gegenkundgebungen links, insbesondere bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Winzer** (Soz) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Grafen Garnier, der sich mit seiner Stellung in Gegensatz gebracht habe zu der Haltung seiner Fraktion im Reichstag, insbesondere bei den Handelsvertragsverhandlungen. Den traurigen Zuständen in Oberschlesien gegenüber habe das Reich seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Aber auch die Aktivität des preußischen Wohlfahrtsministers habe zu wünschen übrig gelassen. Die Regierung sei zu sehr westlich eingestellt. Breslau habe den Hauptzustrom der Flüchtlinge aufnehmen müssen; es sei aber finanziell nur ganz unzulänglich vom Staate bedacht worden. In der Beschaffung brauchbaren Geländes für Siedlungszwecke müsse das Wohlfahrtsministerium mehr Tatkraft zeigen. Die Unterstützung des Waldenburger „Hungergebiets" reiche nicht im entferntesten aus.

Ein **Regierungsvertreter** erwidert, **Breslau habe aus dem** Ausgleichsfonds eine Zuwendung erhalten. Das werde auch für das Waldenburger Gebiet geschehen, das Staatssekretär Scheidt vor kurzem besucht habe.

Abg. **Lukassowitz** (Dnat.) fordert energische Maßnahmen zur Unterbringung der Flüchtlingslehrer und Flüchtlingsbeamten.

Die Aussprache wird durch Vornahme der restlichen

Abstimmungen zum Domänenhaushalt

unterbrochen. Der Haushalt wird nach den Vorschlägen des Hauptausschusses festgesetzt. Die Entschließungsanträge des Hauptausschusses gelangen im wesentlichen zur Annahme.

Auch bei den sich anschließenden Abstimmungen zum Forsthaushalt finden die Anträge und Entschließungen des Hauptausschusses im wesentlichen Annahme. Der Antrag auf Einführung des zweiten Lehrjahres auf den Forstschulen wird dem Beamtenausschuß überwiesen. Eine Reihe von Anträgen mit finanzieller Bedeutung geht an den Hauptausschuß. — Annahme finden auch die Anträge des Rechtsausschusses zu der Vorlage über die

Herabsetzung der staatlichen Verwaltungsgebühren.

Hierauf wird die unterbrochene Aussprache über die Verhältnisse in Oberschlesien fortgesetzt.

Abg. **Mantke** (Z.) schilderte die trostlose Lage des gewerblichen Mittelstandes, der gerade in Oberschlesien durch die politischen Verhältnisse schweren Schaden gelitten habe. Arbeit und Kredit sei für Handwerk und Handel nötig. Die Genossenschaften müßten wieder aufgebaut werden. Wenn Oberschlesien ein Bollwerk des Deutschtums bleiben solle, so müsse ihm der Staat zu Hilfe kommen. In Eingemeindungsfragen müsse das Selbstverwaltungsrecht mehr beachtet werden.

Abg. **Pischke** (D. Vp.) bezeichnet die Grenzfestlegung gegen Polen und das grausame Austreiben Deutscher aus ihrer Heimat als eines der größten Verbrechen der Neuzeit. Eine Million Deutscher sei auf die Wanderschaft getrieben worden. Besonders schlimm sei das Los der Ansiedler. Ihnen müsse durch Kredite und durch Ueberlassung staatlichen Domänenlandes geholfen werden. Im Osten müsse mehr gesiedelt werden. **Der Großgrundbesitz, der nur mit polnischen Arbeitern arbeiten könne, sei ein Unglück.** Deutsche Bauern müßten im Osten angesiedelt werden.

Abg. **Jendrosch** (Komm.) führte aus, in Oberschlesien zähle man die Arbeitslosen nach Hunderttausenden; ihre Zahl sei durch die Abbautaktik der Reichsbahnbetriebsgesellschaft noch vermehrt worden.

Abg. **Simon-Neusalz** (Soz.) bedauerte, daß die meisten Simultanschulen in Oberschlesien aufgehoben seien; dadurch werde die Unterbringung der Flüchtlingslehrer noch mehr erschwert.

Abg. **Wallsch** (Z.) schilderte die Notlage der Grenzmark und verlangte insbesondere die Hilfe des Wohlfahrtsministeriums für die dortigen Beamten.

Damit schließt nach einem heftigen Zwischenfall anläßlich der Ausführungen des Polen Baczowski die Aussprache über Oberschlesien und die Ostfragen. Die Einsetzung eines Ständigen Ausschusses von 29 Mitgliedern für die östlichen Grenzgebiete wird beschlossen; ihm werden die gestellten Anträge zur Vorberatung überwiesen. Donnerstag 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Anträge über die Grubensicherheit. Schluß ½6 Uhr.

Landkrankenkassentag.

Vom 25. bis 27. Juni fand in Kiel die Tagung des Allgemeinen Verbandes deutscher Landkrankenkassen statt. Erschienen waren etwa 700 Delegierte, zumeist Geschäftsführer der einzelnen Landkrankenkassen, eine größere Anzahl von Vorstandsmitgliedern aus Arbeitgeberkreisen und nur ein kleiner Teil von Vertretern der Versicherten, der Arbeitnehmer. Unter den Delegierten waren darum auch nur 26 Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Der Begrüßungsabend bot das leider übliche Bild: Festlich dekorierter Saal, zumeist Fahnen in Landesfarben, einige große schwarzweißrote Fahnen, keine einzige Fahne der deutschen Republik. Die Festreden dementsprechend. Alles in allem eine Demonstration für das alte Deutschland. Keinerlei Rücksicht auf die Versicherten, die doch die eigentlichen Träger der Veranstaltung sind.

Das Referat über die „Arbeitslosenversicherung" behandelte der Hauptgeschäftsführer des gelben Reichslandarbeiterbundes Fues. Er lehnte eine Arbeitslosenversicherung für die Landarbeiter ab, da seiner Meinung nach dafür eine Notwendigkeit nicht vorhanden ist und die freiwillige Fürsorge der Arbeitgeber genügt. Der entgegengesetzte Standpunkt wurde von den Vertretern des Deutschen Landarbeiterverbandes Kwasnik, Jäcker und König energisch betont.

Ueber die „Wochenhilfe" sprach Rittergutsbesitzer Dr. v. Richter, Dehlitz. Einstimmig abgelehnt wurde der Gesetzentwurf der Reichsregierung. Einig war sich die Tagung darüber, daß das normale Wochenbett keine Krankheit ist, daß vielmehr die Regierung die Kosten für die Wochenhilfe aus bevölkerungspolitischen Gründen zu übernehmen habe.

Nach einem Referat über die „Gemeinlast aus der Wochenhilfe" legte der Referent, Verbandsgeschäftsführer Schröder, Perleberg, eine Entschließung vor, in der die Gemeinlast abgelehnt wurde. Nach wertvollen Informationen, die durch den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Regierungsrat Sauerborn, gegeben wurden, erfolgte eine Zurücknahme der vom Referenten empfohlenen Entschließung.

Von besonderer Bedeutung waren noch die Referate: Die ländliche Krankenversicherung und ihre Förderung durch die Landgeistlichen. Berichterstatter: Pfarrer Lensch, Borsfleth (Holstein) und Dr. Lausen, Arenberg bei Koblenz. Namentlich der erste Berichterstatter übte schonungslose Kritik an den Verhältnissen auf dem Lande, die einer Ausbreitung der Volksseuchen: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus, dienen.

Auf die anderen ebenfalls wertvollen Referate kann hier leider aus Raummangel nicht eingegangen werden.

Der künftige Name des Verbandes lautet: Reichsverband deutscher Landkrankenkassen. Der nächste Verbandstag soll 1926 am Rhein stattfinden.

Die Krankenkassenfrage verdient eine größere Beachtung in Landarbeiterkreisen, als es bisher der Fall war. Dann wird es auch möglich sein, bei künftigen Tagungen des neuen Reichsverbandes deutscher Landkrankenkassen eine stärkere Berücksichtigung der Wünsche der Versicherten, der Landarbeiter, zu erreichen.

Oeffentliche Versammlung

Freitag, den 3. Juli, abends 7½ Uhr

in Beckers Festsälen, Britz, Chausseestr. 97

Tagesordnung: Für Frieden — gegen den Brotwucher!

Referent: Genosse Redakteur **Victor Schiff**

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 4. Juli, abends 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim, Lindenstraße 3.

SPD.-Stadtverordnete.

Vor Beginn der heutigen Stadtverordnetensitzung findet eine kurze Fraktionsbesprechung statt. Die Anwesenheit aller Genossen wird erwartet.

Bezirksparteitag für Berlin.

Der nach § 13 der Satzungen fällige Bezirkstag findet

Sonntag, den 2. August 1925

im Plenarsaal des „Preußischen Staatsrats", Leipziger Str. 3, statt. Beginn vormittags 9 Uhr.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. **Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht der Revisoren.**
2. **Neuwahl des Bezirksvorstandes, der Revisoren und der Vertretung der Frauen. Neuwahl der Preßkommission, des Bezirksbildungsausschusses, der erwachsenen Mitglieder des Vereins „Sozialistische Arbeiterjugend" und des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt.**
3. **Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag und Bestätigung der Delegierten zum Internationalen Kongreß.**
4. **Statutenberatung.**
5. **Anträge.**

Die Abteilungen werden ersucht, die Delegiertenwahlen vorzubereiten und Namen und Adressen der Delegierten dem Bezirkssekretariat einzureichen.

Anträge und Vorschläge zum Bezirksvorstand und den sonstigen Institutionen sind bis zum 20. Juli dem Sekretariat einzureichen. Später eingehende Anträge und Vorschläge können bei den Beratungen im Bezirksvorstand nicht mehr berücksichtigt und in die gedruckte Vorlage nicht mehr aufgenommen werden.

Mandatsformulare gehen den Abteilungen rechtzeitig zu.

Der Bezirksvorstand.

Achtung, Kreisleiterinnen! Heute letzter Tag zur Abholung der Dampferfahrkarten zum Freitag, den 10. Juli (nicht 16. Juli).

3. Kreis Wedding. Die Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes am Freitag, den 3. Juli, fällt aus.

4. Kreis Prenzlauer Berg. 24. bis 31. Abt. Freitag, den 3. Juli, 7½ Uhr, bei Klug, Danziger Str. 71: Sitzung der Bundesausschußmitglieder. Jede Abteilung muß vertreten sein.

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Heute 7½ Uhr findet in der Laube der Genossin Krone, Verl. Brunostraße, an der städtischen Spielwiese, eine Helferinnenbesprechung der Ferienkolonie statt. Genossinnen, welche sich als Helferinnen beteiligen wollen, werden gebeten, an der Sitzung teilzunehmen oder ihre Adresse bei den Abteilungsführern abzugeben. Voraussichtlich beginnt am Montag, den 6. Juli, die diesjährige Ferienkolonie. Anmeldungen der Kinder sind umgehend bei den Abteilungsleitern oder in der Vorwärtsspedition, Belziger Str. 27, abzugeben.

14. Kreis. Die Abteilungsleiterinnen holen die Fahrkarten zur Dampferfahrt Donnerstag abend von 6 bis 7 Uhr aus dem Bureau Neckarstr. 81.

Neukölln. Bildungsausschuß. Heute abend 7½ Uhr Sitzung im Parteibureau, Neckarstr. 2.

Heute, Donnerstag, den 2. Juli:

128./130. Abt. Pankow und Heinersdorf. Zu dem heute abend stattfindenden Vortrag des Genossen Fechenbach im Jugendheim, Pankow, Breite Str. 32, wird um rege Beteiligung gebeten.

Jungsozialisten Hamburgfahrer! Wir proben zu unserem **Spiel** für den Jugendtag heute, Donnerstag, abend pünktlich ½8 Uhr, in der Schule, Gipsstr. 23a (Zentrum). — **Neukölln.** ½8 Uhr Kopstr. 11/12 Vortrag des Genossen Dr. Paul Levi: „Die Weltlage und die Sozialdemokratie". — **Gruppe Friedrichshain.** 7½ Uhr Jugendheim, Tilsiter Str. 4: Leseabend. — **Gruppe Prenzlauer Berg.** 8 Uhr Jugendheim, Baracken, Danziger Str. 62: Mitgliederversammlung. Diskussionsabend: „Partei, Religion und Kirche."

Morgen, Freitag, den 3. Juli:

Schöneberg 77. Abt. 7½ Uhr Funktionärversammlung bei Jürgens, Barbarossastraße 5a. — **79. Abt.** 7½ Uhr im Lokal Groß, Sedanstr. 17, wichtige Funktionärversammlung. Tagesordnung: „Entpolitisierung der Schulen". „Betriebsräte und Gewerkschaften".

83. Abt. Lichterfelde. Funktionäre, die bisher noch nicht abgerechnet haben, holen dies am Freitag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Quandt, Moltkestr. 31, beim Abteilungskassierer nach.

85. Abt. Tempelhof. 8 Uhr im Lokal „Zur Linde", Friedrich-Karl- Ecke Wernerstraße: erweiterte Vorstandssitzung.

Neukölln 95. Abt. 7½ Uhr Sitzung aller Abteilungsfunktionäre im Lokal Fr. Gohlke, Hermannstr. 180. Mitgliedsbücher mitbringen. — **97. Abt.** 7 Uhr bei Rohr, Siegfriedstr. 28/29: wichtige Funktionärsitzung.

103. Abt. Oberschöneweide. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Imberg.

114. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr Vorstands- und Funktionärsitzung bei Schwarzer, Gabriel-Max-Str. 17.

123. Abt. Karlshorst. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Schwarz, Hönower Straße.

131. Abt. Niederschönhausen. Wegen der Konsumfeier findet die Funktionärsitzung am Freitag im Lokal Kubsch statt.

Jungsozialisten Gruppe Norden. 7½ Uhr im Jugendheim wichtige Mitgliederversammlung. — **Gruppe Schöneberg.** 8 Uhr pünktlich im Jugendheim (Volkstanzraum) Arbeitsgemeinschaftsabend: „Wirtschaftspolitik".

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

29. Abt. Genosse Franz Kunina, Ruteſtr. 24, ist verstorben. Die Bestattung ist bereits erfolgt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Segen des Sommers soll uns auch im Winter laben. Schon regen sich die fleißigen Hände der Hausfrauen und bergen die Ueberfülle des ersten reifen Obstes, wie Stachelbeeren, Erdbeeren, Kirschen, in gute reine Gefäße, um sie aufzubewahren. Trotz peinlichster Sorgfalt und Sauberkeit, die gerade diese Arbeiten erfordern, würde es aber wohl oft vorkommen, daß das Eingemachte verdirbt, wenn den erfahrenen Hausfrauen nicht ein altes erprobtes Mittel in Dr. Oetkers Einmache-Hilfe zur Seite stünde. Es ist, nebenbei bemerkt, das billigste und einfachste Verfahren, das alle Früchte vor dem Verderben durch Schimmel oder Gärung sicher schützt. Es kann wie immer auch dieses Mal wieder bestens empfohlen werden.

Wetter für Berlin und Umgegend: Wolkig, ohne erhebliche Niederschläge, ziemlich warm. — **Für Deutschland:** Im Ost- und Süddeutschland trübe, etwas Regen, auch im Westen zunehmende Bewölkung.

Arbeitersport.

Die Schwerathleten beim Reichsarbeitersporttag.

Bei früheren Veranstaltungen der Arbeitersportler sind die Schwerathleten mehr oder weniger in den Hintergrund gedrängt worden. Diese Sportgruppe hat es sich jedoch ebenso wie die Leichtathleten zur Aufgabe gemacht, unter Vermeidung alles Erkünstelten eine freie, sportgerechte Entwicklung der Körperkräfte und Körperformen zu erzielen. An den sportlichen Darbietungen des R. A. S. T. sind die Schwerathletiker durch Heber, Ringer und Jiu-Jitsuer beteiligt. Im Heben stellt der 4. Kreis eine Schwergewichtsriege, die zurzeit die besten Heber Berlins sind. Im Ringen hat man von einem Mannschaftskampf abgesehen. Hier wird man in Einladungskämpfen für die Sache werben. Die Jiu-Jitsu-Demonstrationen werden von der „Ersten Neuköllner Jiu-Jitsu-Vereinigung" gestellt. Hierbei wird man als Neuheit die Selbstverteidigung auch von Frauen und Kindern zu sehen bekommen. Am Mittwoch, den 24. Juni findet bei Kupsch, Grünberger Str. 41 eine Techniker-Sitzung statt.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Mittwoch, den 1. Juli.

1. Rennen. 1. Penelope (Oertel), 2. Münzmeister (Bismarck), 3. Paris (Augustin). Toto: 41:10. Platz: 13, 13, 26:10. Ferner liefen: Sapientia, Paukenschläger, Schirmherr, Alarich, Sankt Thomas, Nauland, Rasvidr, Hajna.

2. Rennen. 1. Tebria (v. Eckartsberg), 2. Henry (Herm. König), 3. Heerführer (v. Keller). Toto: 16:10. Pl.: 13, 18:10. Ferner lief: Kiß me quick.

3. Rennen (1. Abtlg.). 1. Kurfürst (Ullrich), 2. Siamese (Schwarz), 3. Friedchen (Walter Heuer). Toto: 68:10. Pl.: 22, 49, 13:10. Ferner liefen: Vertrau mal, Erdferkel, Abmieter, Scampolo, Dolde, Sportwelt.

3. Rennen (2. Abtlg.). 1. Schwertlilie (Schüßler), 2. Heidenleier (Bismarck), 3. Rachegott (Kloß). Platz: 147:10. Toto: 40, 27, 61:10. Ferner liefen: Eulalia, Humor, Peter Moor, Sankt Georg, Bandar (gf.), Feodora, Feuertaufe.

4. Rennen. 1. Pappelkopf (v. Eckartsberg), 2. Mimia (v. Keller), 3. Wippize (Hr. Staudinger). Pl.: 20:10. Toto: 12, 12:10. Ferner liefen: Diamant, Oktavio.

5. Rennen. 1. Fippa (E. Eichhorn), 2. Uma (Edler), 3. Sandaren (Nutz). Toto: 38:10. Pl.: 19, 23, 59:10. Ferner liefen: Glücksstunde, Waldgeist, Fürstin Casa, Adalbert v. Wiesner, Fridolin II, Sturm, Malaswintha, Kornblume, Scuola Lombarda, Leonore.

6. Rennen. 1. Fichte (Kränzlein), 2. Nogulna (Hauser), 3. Primavera (E. Eichhorn). Toto: 81:10. Pl.: 18, 16, 14:10. Ferner liefen: Zhane, Zauberflöte, Mellarosa, Hiltrud, Eichkatze.

7. Rennen. 1. Narr (Kokulles), 2. Onkel Otto (H. Schulz), 3. Landdrost (Oertel). Toto: 25:10. Pl.: 18, 23:10. Ferner liefen: Radherzog, Tuan Fang.

Jugendveranstaltungen.

Lose der Jugendherbergslotterie sind noch im Jugendsekretariat, SW., Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., erhältlich.

Abteilungsmitgliederversammlungen: heute 7½ Uhr:

Norden: Schule Putbuser Str. 3. — **Schönhauser Vorstadt** II: Schule Oderberger Str. 10. — **Südwest:** Jugendheim Lindenstr. 3. Zutritt haben nur Mitglieder und Jugendbeiräte der Partei. — **Lichtenberg:** Südschule Wilhelmstraße. — **Johannisthal:** Rathaus am Königsplatz. — **Friedenau:** Jugendheim Offenbacher Str. 5a. Vortrag: „SAJ. und sexuelle Frage."

Werbebezirk Pankow. Im Jugendheim Breite Str. 32 (Eingang hinter dem Finanzamt). Felix Fechenbach spricht. Jugendgenossen, erscheint recht zahlreich. Gäste willkommen!

Achtung, Hamburgfahrer! Zum Spiel der Berliner auf dem Hamburger Jugendtag wird heute, Donnerstag, abend, pünktlich ½8 Uhr, in der Schule Gipsstraße 23a (Zentrum), geprobt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand! Die Brandenburgfahrer benutzen den Sonderzug am Sonnabend, den 4. Juli, 6.50 Uhr, ab Potsdamer Bahnhof. Antreten pünktlich 6.15 Uhr vor dem Bahnhof. Für Sonntag, den 5. Juli, wird voraussichtlich der beschleunigte Personenzug 7.15 Uhr benutzt werden. Antreten 45 Minuten vor Abfahrt des Zuges. Für die Kameradschaft Mitte sind die Teilnehmerkarten zum Preise von 3,60 M. Donnerstag abend und Freitag abend von 8 Uhr ab bei Gramisch, Brunnenstr. 4, erhältlich. — **Kameradschaft Wilmersdorf.** Antreten der Spielleute (Trommler und Pfeifer) Donnerstag abend 7½ Uhr bei Kroihs zum gemeinsamen Ueben. Niemand darf fehlen. — **Kameradschaft Wedding.** Donnerstag abend 7 Uhr Treffen der Jugendkameraden in der Turnhalle Lütticher Str 4. — **Kameradschaft Charlottenburg.** Brandenburgfahrer treffen sich am Sonnabend, den 4. Juli, nachm. 5½ Uhr, zur Abfahrt im Vereinslokal Wilhelmshof, Spreestraße. Nachzügler um 6.15 Uhr Potsdamer Bahnhof. Sonntagsfahrer 6.45 Uhr früh Potsdamer Bahnhof. — **Achtung, Spielleute!** Sämtliche aktiven Spielleute haben am Donnerstag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Pankow, Breite Straße zur Generalprobe für Brandenburg anzutreten. — **Kameradschaft Kreuzberg.** Donnerstag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, „Schneekoppe", Roßstr. 23: Sitzung der Zug-, Block- und Gruppenführer, auch von den Jugendgruppen des Südwestens. — Freitag, den 3. Juli, abends ½8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer: Versammlung. Vortrag: „Der kommende großdeutsche Tag". Ref.: Kamerad Nowack.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Bezirk Zentrum. Mitgliederversammlung am Montag, den 6. Juli, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Str. 11/12. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher. Donnerstag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelufer 25: Mitgliederversammlung.

Der Reichsverband der Rheinländer zu Berlin und Verein der Rheinländer zu Weißensee veranstalten am Sonnabend und Sonntag, den 4. und 5. Juli, in Neumanns Konzertgarten, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 229/30, eine Rheinische Jahrtausendfeier. Die Festrede hält Reichstagsabgeordneter Lemmer. Die Feier beginnt am Sonnabend, 7 Uhr abends, am Sonntag, 4 Uhr nachmittags. Eintritt inkl. Programm und Liedertext 1 M. für beide Tage. Bei schlechtem Wetter findet die Veranstaltung 8 Tage später statt.

Englisch-amerikanische Vortragsreihe. Im Englischen Seminar der Universität spricht am Freitag, 3. Juli, 6[30] Uhr nachmittags Mrs. Pearl von Mehelthin über: „What you Europeans must know about America"

Ihr Eingemachtes

wird vor
Schimmel und Gärung sicher geschützt,
wenn Sie dabei

Dr. Oetker's
Einmache-Hülfe

verwenden. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie ebenso wie die beliebten Oetker-Backrezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Sommer.

Weiße Rosen, rote Rosen: wunderschöner Kranz.
Weiße Mädchen, braune Mädchen: leichtbeschwingter Tanz.

Ulmengrün und Himmelsblau, der Sonne reinstes Gold,
Und der Sänger, Meister Fink, ist der Finkin hold.

Nun die Nacht, die Sternelein machen die Augen auf,
Und der Freund, der alte Mond, sitzt vor'm Himmelshaus.

Onkel Mond, erzähle was. Die Sternlein hören zu.
Früh um dreie sagt der Mond: für heute war's genug!

Hört ihr die Trompeten schallen? Osther kommt der Klang.
Neugeboren steht die Sonne schon am Waldesrand.

Leben! Leben! welche Lust: trotz Mühsal, Streit und Not.
Prost! ein Gläschen Quellenwein zum trockenen Roggenbrot.

Max Dortu.

Es muß etwas passieren...

Von Bruno Schönlank.

Es muß etwas passieren in der Welt, täglich, stündlich, immerzu. Zusammenstöße, Versammlungen, Brände, Diebstähle, Mordfälle, Eisenbahnunglücke, damit wir kleinen Reporter etwas zu tun haben. Erdbeben, Vulkanausbrüche, sie geben dickere Zeilen und Ueberschriften, doch auch das Kleinvieh macht Mist. Wenn nur die ewigen Reichstags- und Stadtverordnetensitzungen aufhören würden, es bleibt kaum Platz für den lokalen Teil. Es ist ein eigenartiges Weltgeschehen, wie es der Lokalreporter sieht. Die Zeitungsfrauen dürfen kosmischer, politischer denken, sie können sich an einem Vulkanausbruch ihr Süppchen kochen, Pfennig zu Pfennig mehr für feilgehaltene Sensation, gibt vielleicht heute abend ein Viertelpfund Fleisch.

Man muß sich rechtzeitig einfinden, wenn man nicht wie eine Ziege an ein bestimmtes Grasplätzchen angepflockt ist. Wir sind mehr Spürhunde, die warten, daß sie Witterung bekommen. Gibt es nichts an dem einen Tag, vielleicht dem nächsten oder übernächsten, denn es muß ja auch einmal etwas für einen passieren. Davon leben wir und wer zuerst kommt, der . . .

Schnapp, schnapp! Allez reporte! Ein Bauunglück, ganz draußen im Weichbild. Zwei Arbeiter waren in einer Baugrube verschüttet worden. Nachforschen! Es ist schon Sonnabend nachmittag, wie es das Glück trifft, dieses Mal bekommt der Verschüttete den Bericht. Ich fahre hinaus. Niemand mehr wird auf dem Bau sein. Wie sich alles verändert. Eine neue Stadt hat sich da draußen gebildet. Fabrikschlote schießen in die Höhe. Da auf einmal ein Stückchen Kleinstadtgepräge. Dann wieder die breite Straße, rechts und links von Fabriken, Neubauten und Bauplätzen flankiert. Die Welt geht ihren Gang weiter. Die Linden duften. Und die Straße zieht sich schier unendlich lang hin, bis ich das Ziel erreiche. Da ist das Gebäude. Der Portier läßt mich nicht hinein, er weiß von nichts. Der vom Vormittagsdienst ist fort. Ich habe keine bereitsam machenden Zigaretten bei mir. Ein Reporter sollte immer etwas zur sanften Bestechung bei sich haben. Ich gehe um den Bau herum und sehe nichts als Zäune und Mauern. Ich frage jeden und jede, die mir begegnen, sie wissen nicht mehr als ich. Eisenbahnarbeiter, die heute den ganzen Tag auf demselben Hofe gearbeitet, erfahren es erst durch mich. „Ja, es geht komisch zu," meint der eine, „nur eine Haustür weiter von mir hatte sich jemand erhängt, und ich las es erst am nächsten Tag in der Zeitung."

In einem Laden erfahre ich mehr. Einer war ganz verschüttet, der andere sah nur noch mit dem Kopf heraus. Zwei Feuerwehren auf einmal kamen an. Schwere innere Verletzungen. Auch die Namen erfahre ich. Ich empfinde Genugtuung, daß ich etwas Eigenes bringen kann. Und vor mir steigen Bilder auf. Ich sehe die Verunglückten im Krankenhaus und höre sie stöhnen. Die Familie sehe ich jammern und doch Kaffee trinken. Ich fluche auf den Baumeister. Wohl wieder einmal Mordakkord in einer Baugrube. Und dann geht es mir plötzlich durch den Kopf. Es ist keine große Sache, an zwanzig, dreißig Zeilen. Du lieber Himmel, es muß doch etwas passieren. Zwei bis dahin namenlose Arbeiter werden genannt, sie können ihr Unglück in der Zeitung lesen und ihre Namen und Wohnungen dazu.

Die Straßenbahn will und will nicht kommen. Alle halben Stunden einmal. Ich liege im Gras, schreibe den Bericht und blinzle hin und wieder in die Sonne. Und es kommt mir alles so gotteslästerlich lächerlich und gemein vor. Ich kann wieder einen, und wenn ich bescheiden bin, zwei Tage leben, weil sich einer den Brustkorb eingedrückt hat. Und morgen oder übermorgen schnappe ich wieder nach einem Knochen.

Die Straßenbahn kommt endlich. Eine Linde senkt ihre Zweige tief herab. Ich breche mir ein paar Blüten und stecke sie ins Knopfloch. Im Wagen finde ich noch einen Sitzplatz. Mir gegenüber sitzt eine ältere Frau, an meiner Seite am Fensterplatz ein siebenjähriger Junge mit einem Ball, ihm gegenüber sein wohl vier Jahre altes Brüderchen. Die hellen Rufe des Jüngeren jagen sich vor Entzücken und Wißbegierde. Bald schmiegt er sich an die Frau, bald sehen seine Augen wieder durch die Fensterscheiben in die Welt und entdecken immer mehr. Dann sieht er sich wieder im Wagen um. Seine Blicke bleiben an den Lindenblüten einen Moment haften und schon klatscht er jubelnd in die Hände: „Blümchen, Blümchen!" Das Leuchten seiner braunen Augen verdunkelt sich in tiefem Nachdenken für eine kleine Weile, auf einmal löst es sich langsam von seinen Lippen: „Blümchen, Blümchen, Gold und Silber!" Und dann noch und noch einmal in heller Begeisterung: „Blümchen, Blümchen, Gold und Silber!" Der Dichter in mir ist entzückt, neidlos entzückt und gesteht sich, daß er selbst Schöneres nie gedichtet. Und der Reporter möchte die Kreuz und Quer gehen und fahren und von frischem Kindermund den Frühling doch auch von alten Lippen müde, doch herbstschöne Worte heimtragen.

Es muß etwas passieren in der Welt, es passiert auch so unendlich viel, aber das ist wohl nur etwas für Dichter und Narren.

Amerikas Sommerhauptstadt. Während der diesjährigen Sommermonate erhalten die Vereinigten Staaten eine neue Hauptstadt, indem der Sitz der Regierung von Washington nach Swampscott in der Nähe von Boston verlegt wird. Hier nimmt nämlich Präsident Coolidge seinen Sommeraufenthalt in einem 1905 erbauten Holzhaus, das der „Weiße Hof" heißt. Zur Bewachung dieses „Weißen Hofes", in dem der Präsident wie sonst alle Regierungshandlungen vornimmt, ist eine Abteilung Marinesoldaten abkommandiert, da die Fernhaltung unerwünschter Elemente bei dem mitten im Wald gelegenen Haus ziemlich schwierig ist. Die Gesandtschaften der fremden Länder verlegen auch vielfach ihre Sommerresidenz in die Nähe der neuen „Hauptstadt".

Die Blutrache zu Weinsberg.

Von Franz Lauffkötter.

Am ersten Ostertage des Jahres 1525 erstürmten die Bauern, Florian Geyers schwarze Schar an der Spitze, die feste Stadt und das Schloß Weinsberg. Vergeblich war der Widerstand der Besatzung, vergebens war der Versuch des Befehlshabers Helfrich von Helfenstein, seine Ritter und die Bürger der Stadt zu bewegen, gegen die hereinströmenden Bauern noch einmal standzuhalten. Unter dem lauten Geschrei der Weiber und Kinder ergriffen alle die Flucht, während die ergrimmten Sieger nachdrangen. Die Bauern riefen den Bürgern zu: „Geht in eure Häuser mit Weib und Kind, so soll euch nichts zuleide geschehen. Aber die Grafen und Ritter müssen sterben!" Viele von den Herren waren bereits im Kampfe gefallen, die Uebriggebliebenen flüchteten in die Schloßkirche und auf den dahinter liegenden Turm. Die Bauern sprengten die verschlossene Kirchentür und erstachen alle die Bewaffneten, die sich im Schiff der Kirche und in der Gruft versteckt hatten. Nach einigem Suchen entdeckten sie den Eingang zum Turm, sie wollten hineindringen, aber die Wendeltreppe wurde bald durch Leichen verstopft. Nun erkannten die im Turm Eingeschlossenen, daß für sie keine Rettung mehr war. Dietrich von Weiler, der Schloßvogt, trat auf den Kranz des Turmes und bat um Gnade. Er rief auf den Kirchhof herab, sie wollten sich allesamt gefangen geben und 30 000 Gulden Lösegeld zahlen, wenn man ihnen freien Abzug gewähre. Hohnlachend antworteten die untenstehenden Bauern: „Und wenn ihr uns eine Tonne Goldes geben wolltet, der Graf und alle Ritter müssen sterben. Wir fordern Rache für das Blut unserer ermordeten Brüder." Gleichzeitig schossen sie von unten herauf zum Turm empor. Plötzlich fiel Dietrich von Weiler durch einen Halsschuß verwundet zu Boden. In demselben Augenblick drangen die Bauern, die inzwischen die Wendeltreppe freigemacht hatten, auf den Kranz des Turmes, warfen den noch Röchelnden auf den Kirchhof hinab und begannen, einen Ritter nach dem anderen hinabzuwerfen. Die Hinabgeworfenen wurden von den Untenstehenden mit den Spießen aufgefangen. Zufälligerweise ritt der Hauptmann Jörg Metzler vorbei, der den Befehl gab, das Morden einzustellen und die Ritter gefangen zu nehmen.

Das geschah auch. Die Ritter und Reisige wurden mit Stricken gebunden und dem Hauptmann Jäcklein Rohrbach zur Bewachung überliefert. Unter ihnen befand sich auch Helfrich von Helfenstein, der sich stumpfsinnig in sein Schicksal ergeben hatte. Nunmehr wurden die Häuser nach Gefangenen und Wertsachen durchsucht, wobei sich aber, nach dem Bericht der Chronik, die Sieger sehr maßvoll benahmen. Als sie im Schulhause in einer Truhe Geld fanden und erfuhren, daß es den armen Kindern gehöre, ließen sie es unberührt. Von unbekannter Hand wurde das alte Schloß angezündet und ging in Flammen auf. Während sich der Bauernhaufen mit Essen und Trinken die Zeit vertrieb und den errungenen Sieg mit fröhlichen Liedern feierte, saßen die Obersten beisammen und hielten Kriegsrat, was nun geschehen solle. Es herrschte die Meinung vor, man müsse alle Klöster, Bistümer und geistlichen Stifte beseitigen, ihre zu Unrecht erworbenen Reichtümer einziehen und unter das Landvolk verteilen. Demgegenüber vertrat Florian Geyer einen schärferen Standpunkt: es sei nicht genug, die Pfaffennester auszuräubern und ihre Insassen an ehrliche Arbeit zu gewöhnen, darüber hinaus müsse auch das weltliche Grundherrentum beseitigt werden, das den gemeinen Mann ebenso ausräubere wie dies die hohe Geistlichkeit tue. Das deutsche Volk müsse von Pfaffen und Adligen befreit werden, damit die alte Gemeinfreiheit wieder erstehe. Jede Halbheit sei vom Uebel und werde sich bitter rächen. Der frühere hohenlohesche Kanzler Wendel Hipler, der sich der Bauernsache zugeneigt hatte und als Ratgeber der Bauernführer großen Einfluß ausübte, war anderer Meinung. Er hielt es für richtiger, den niederen Adel zu den Bauern dadurch herüberzuziehen, daß man seine schlechte wirtschaftliche Lage durch Zuwendungen aus den zu beschlagnahmenden geistlichen Besitztümern bessere, um das Interesse der Ritterschaft an das der Bauernschaft zu knüpfen. Ehe noch ein bindender Beschluß gefaßt worden war, wurde die Beratung durch einen blutigen Vorgang gesprengt, der der Sache eine neue Wendung gab.

In dem von Jäcklein Rohrbach geführten Teil des Bauernheeres, dem die Gefangenen übergeben worden waren, gärte es in der Tiefe der Herzen und Gemüter. Rachegedanken gewannen die Oberhand und erstickten die Gefühle der Menschlichkeit. Mit Ingrimm erinnerten sich die Bauern an das, was sie Jahrzehnte hindurch hatten erdulden müssen, sie gedachten der Qualen, die sie von dem Uebermut ihrer Herren hatten ertragen müssen. Man hatte sie, ihre Frauen und Kinder wegen geringer Vergehen in den Block gespannt und in das Burgverließ geworfen. man hatte sie mit Ruten gestrichen und mit Zangen gekniffen, man hatte sie schlimmer behandelt als die Tiere. (Wer die mittelalterlichen Marterwerkzeuge in den Schlössern und Klöstern gesehen hat, der weiß Bescheid.) Ihre Bitten und Klagen, ihre Seufzer und Flüche verhallten in die leere Luft. Aus der Erinnerung an den Uebermut und die Grausamkeit der Herren entsprang der Wille, Vergeltung zu üben und dem Adel ein „sonderbar Entsetzen und eine unheimliche Furcht einzujagen", wie die Chronik erzählt. Nach stillschweigender Uebereinkunft, im allgemeinen Einverständnis mit seinen Bauern, ließ Jäcklein Rohrbach am Nachmittag die gefangenen Ritter aus ihrem Gewahrsam herausführen auf eine Wiese vor dem Untertor. Ohne sich mit den anderen Hauptleuten ins Einvernehmen zu setzen, bereitete er die Blutrache vor.

Mehr als ein Dutzend Männer von altem Adel, mit ihrem Obersten Helfrich von Helfenstein, mußten in den Ring treten, um ihr Urteil zu hören. Es lautete auf Tod, und zwar sollte die entehrendste Strafe angewandt werden, die man damals kannte. Die Verurteilten sollten durch die Spieße gejagt werden, „dem Adel zu Schand und Spott, als ob sie ehrlose Leute seien". Die Gräfin von Helfenstein mit dem zweijährigen Knäblein auf dem Arm warf sich vor Jäcklein und den anderen auf die Knie und bat mit von Tränen erstickter Stimme, man möge doch ihr den Mann und dem Knäblein den Vater lassen, sie wolle ein hohes Lösegeld zahlen. Vergebens flehte die stolze Kaisertochter, die Herzen der Bauern blieben ungerührt, zu tief hatten sich Haß und Rache eingefressen. „Und gäbest du uns zwei Tonnen Goldes," riefen die Bauern wie aus einem Munde, „der Henker und Verräter muß den schimpflichen Tod erleiden." Schnell wurde eine Gasse gebildet aus vorgestreckten Spießen, ein Trommelwirbel erscholl und das Urteil sollte vollstreckt werden. Helfrich von Helfenstein beichtete bei einem Feldkaplan, sein früherer Pfeifer Melchior Nonnenmacher, schritt ihm voraus und blies die Zinke, er wurde hineingestoßen in die Gasse, schon beim dritten Schritt stürzte er unter den Spießen der Bauern tot zu Boden. In gleicher Weise fanden auch die anderen Verurteilten ihren Tod, unter den höhnischen Zurufen der erbitterten Bauern. Noch die entseelten Körper der Ritter wurden mißhandelt, die schwarze Hofmännin stach mit einem Messer in den Leichnam des Helfensteiners und trat mit Füßen auf ihn. Der Gräfin von Helfenstein nahm man ihren Schmuck ab, setzte sie mit ihrem Knaben auf einen Mistwagen und fuhr sie nach Heilbronn. Damit war der Akt des blutigen Terrorismus zu Ende.

Nach kurzer Zeit schon erfuhr das gesamte Bauernheer von dieser Tat. Die Hauptleute und Räte waren völlig überrascht, doch ist uns nicht überliefert worden, welche Stellung sie dazu einnahmen und welchen Beschluß sie faßten. Nur das eine steht fest: Florian Geyer mit seiner schwarzen Schar trennte sich vom Heere der Bauern, sei es, daß er empört war über Jäckleins eigenmächtiges Vorgehen, sei es, daß er mit seiner Meinung im obersten Rate nicht durchgedrungen war. Auf jeden Fall war das Ausscheiden Geyers ein ungemein schwerer Verlust für das Bauernheer. Er war unzweifelhaft der bedeutendste militärische Kopf im Bauernheere, er war auch der treueste, redlichste Führer des Landvolks, dessen Sache er selbstlos diente, er war die edelste, lichteste Gestalt im ganzen Bauernkriege, deren Spur noch heute durch die Jahrhunderte hindurchleuchtet. Allerdings zog er sich nicht völlig zurück, sondern führte den Krieg auf eigene Faust weiter. Schon bald ereilte ihn sein Schicksal, denn bereits am 9. Juni 1525 wurde er, nach dem Bericht eines Zeitgenossen, von einem Knecht des Ritters von Grumbach, mit dessen Schwester er verlobt war, heimtückisch erstochen. So endete dieser edle Held und Freiheitskämpfer sein Leben, das er dem deutschen Landvolke geweiht hatte, das er zum Opfer gebracht hatte für die Sache des Bauernstandes, der den Namen seines Helden längst vergessen hat.

Als die Kunde von der Blutrache zu Weinsberg die deutschen Gaue durchlief, bemühten sich die Herren und ihre Sippschaft, eine bauernfeindliche Stimmung zu erzeugen und die Gemüter im höchsten Grade aufzuregen. Der erste, der gegen „die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern" losdonnerte, war Luther. Ohne ruhig und sachlich zu untersuchen, ob nicht auch die Gegenseite mit schuld trug an dem Vorgange, ohne das Verhalten der Herren bei ähnlichen Gelegenheiten zum Vergleiche heranzuziehen, ohne zu berücksichtigen, daß der Helfensteiner und seine Leute die Bauern doch sehr schwer gereizt hatten, fällte dieser heißblütige jähzornige Mann vorschnell sein Urteil und verdammte die Bauern in ihrer Gesamtheit, trotzdem es sich bei der Weinsberger Tat doch nur um einen geringen Bruchteil des Bauernheeres handelte. Aber so war es und ist es noch heute: die blutige Rache der Herren ist eine gerechte Vergeltung, die Rache der Unterdrückten ist ein scheußlicher Akt des Terrorismus. Schlimm war es für die Bauern, daß Luthers Wort in den Städten und auf Ritterburgen zündete, so daß selbst jene Schichten, die der Bauernbewegung früher wohlwollend oder wenigstens nicht ablehnend gegenüberstanden, sich nunmehr von ihr abwandten und bauernfeindlich wurden. Unter dem Eindruck der Weinsberger Bluttat schlossen sich immer mehr Städte und Ritter, geistliche und weltliche Grundherren dem Bunde gegen die Bauern an, dem täglich neue Hilfstruppen zuströmten. Zwar verzagten die Bauern nicht, wenn auch weitsichtige Führer trüber in die Zukunft blickten, dennoch aber ging es mit der Bewegung schnell abwärts, es scheint, als ob der Bauernkrieg mit dem glänzenden Siege bei Weinsberg den Höhepunkt überschritten habe.

Dinge, die man nicht bemerkt.

Die Müden.

Höllenkonzert im Busch.

Die Großstädter klagen jetzt so viel über den ewigen Lärm, den moderne Technik und Verkehr mit sich bringen, und mancher sehnt sich nach dem fernen Urwald, wo er eine paradiesische Stille erwartet. Aber wer einmal eine Nacht in dieser noch unberührten Natur verbringen müßte, der würde sich wohl nach dem Lärm der Großstadt zurücksehnen, der ein Ohrenschmaus ist im Vergleich zu dem Höllenkonzert in Afrika. Ein Reisender entwirft in einem Londoner Blatt eine anschauliche Schilderung von den merkwürdigen Lauten, die sich im afrikanischen „Busch" nach Eintritt der Dunkelheit erheben: „Manche von ihnen, wie das heisere Bellen der Paviane, das dröhnende Gebrüll des Löwen und das schneidende „Weh—weh—weh" der Schakale sind unverkennbar. Aber viele dieser haarsträubenden Schreie und gellenden Laute, die die Nacht des Urwaldes durchschneiden, können nur von dem erfahrenen Jäger bestimmt werden. Ein Lager, das man mitten im Busch aufschlägt, bedeutet eine schlaflose Nacht, in der man ein wahres Höllenkonzert durchleben muß. Mit Einbruch der Dunkelheit erhebt sich ein dumpfes Gekrächze und Geseufze, ein unheimliches Geschnatter und Geplärr, von wilden Schreien und dem Gellen dämonischen Gelächters unterbrochen. Die meisten Neuankömmlinge in Afrika bekommen ihren ersten wirklichen Schrecken von den Baumlamuren, den sog. „Buschbabys". Diese Affen mit ihren gespenstischen Masken klettern auf einen Zweig über dem Zelt und lassen plötzlich ein scheußliches Geheul hören, das das Blut erstarren macht und allmählich in ein wimmerndes Geächz verklingt. Diese Rufe der Lamuren hört man viele Kilometer weit, aber sie sind nichts gegen das hysterische Gelächter der Hyäne, die sich auf ihr Opfer gestürzt. Eine schrille Folge hohler Laute, die bis zu einem wahnsinnigen Gekreisch aufsteigen. So gewohnt die Eingeborenen auch an die Geräusche des Urwaldes sind, so halten sie doch jeden, der den Schrei der Hyäne nachahmt, für besessen vom Teufel. Für den Jäger ist die Kenntnis der einzelnen Tierstimmen der beste Wegweiser. Das leichte Gedröhn, das wie entfernter Donner klingt, kommt von einer Elefantenherde, die außer Gesichtsweite, aber verhältnismäßig nahe, weidet. Wenn Nebel über dem Busch liegt, hört man oft ein Gequieke und Gekicher, ein unterdrücktes Schreien und Kichern, wie wenn eine ganze Schar von Schulmädchen versammelt wäre. Das sind die Stimmen einer Zebraherde. Ein Urwaldlaut, der besonders in sumpfigen Gegenden ertönt, flößt Mensch und Tier besonderen Schrecken ein. Es ist ein summendes Zischen und Sausen. Pferde und Maulesel scheuen davor; die großen Wildherden rasen in atemloser Flucht davon, und die Menschen verbergen sich tief unter Laubzweigen und zittern kläglich. Es ist der Laut der Tsetsefliege, der furchtbaren Bringerin der Schlafkrankheit, bevor sie sticht."

Unser Saison-Ausverkauf

ein außergewöhnlicher Erfolg —
entsprechend unseren außergewöhnlichen Leistungen

Modell Complets, Kostüme Mäntel, Kleider bis zu
50%
ermäßigt!

Damen-Konfektion

Voile-Blusen 95 Pf.
Blusen aus Crêpe de Chine 9.75
Bastseiden-Kleider 19.50
Donegal-Mäntel 5.90
Covert-coat-Mäntel 9.75
Rips-Mäntel 19.75

Im Hut-Salon Modell-Hüte bis zu
50%
herabgesetzt!

ca. 15.000 Meter Seiden-Band

Blusen-Band Mtr. 15 Pf.
Blusen-Band Mtr. 35 Pf.
Moiree-Band Mtr. 75 Pf.
Liberty-Band Mtr. 1.95
Wäsche-Band Stck. von 10 Mtr. 85 Pf.
Rips-Band ca. 11 cm Mtr. 95 Pf.
Rips-Band ca. 15 cm Mtr. 1.45

ca. 38.000 Paar Damen-Handschuhe

Durchbrochen 18 Pf.
Einzelpaare gute Qualität 38 Pf.
Leinen-Imitation 55 Pf.
mit mod. Manschett. 95 Pf.
Seide, Perl-Filet, schwarz 95 Pf.
mit mod. Manschett. 1.25
Kinder-Handschuhe 28 Pf.
Herren-Nappa-Slipper 4.90

ca. 38.000 Stück Bade-Wäsche

Frottier-Handtücher 95 Pf.
Kinder-Bade-Laken 3.25
Bade-Laken 6.90
Bade-Capes 11.90
Bade-Mäntel 18.50
Gummi-Bade-Kappen 55 Pf.
Damen-Schwimmtrikots 1.65
Herren-Schwimmtrikots 1.50

ca. 60.000 Stück Taschentücher

Kinder-Tücher 10 Pf.
Damen-Tücher 15 Pf.
Damen-Tücher, bestickt 18 Pf.
Damen-Tücher, Batist 25 Pf.
Damen-Ziertücher 38 Pf.
Herren-Tücher 25 Pf.
Herren-Tücher 33 Pf.
Herren-Leinen-Tücher 70 Pf.

Reste u. Abschnitte

Wasch-Stoffe
Serie I Meter 60 Pf. — Serie II Meter 90 Pf. — Serie III Meter 1.50

Kleider-Stoffe
Serie I Meter 85 Pf. — Serie II Meter 1.80 — Serie III Meter 2.60

Seiden-Stoffe
Serie I Meter 1.40 — Serie II Meter 2.40 — Serie III Meter 3.80

Ein großer Posten
Küchen-Wäsche
m. kleinen Fabrikations-Fehlern zu staunend billigen Preisen!

Ein Posten Fabrikreste
Handtücher usw.
ohne Rücksicht auf den früheren Wert . . . . Mtr. 28 Pf.

ca. 4.000 Paar Schuhwaren

Damen-Schnür-Schuhe weiß Leinen, Handarbeit, L. XV.-Absatz, alle Größen 3.95
Damen-Boxcalf-Schuhe u. -Stiefel, unsortiert, Goodyear-Welt . 5.95
Damen-Einspangen-Schuhe braun Boxcalf, weiß ged., Goodyear-Welt 11.50
Weiße Nubuck-Schnür-Schuhe Damen 16.50, Herren 18.50
Kinder-Spangen-Schuhe braun Chevreau, Größe 26-35 . . . . . . 5.95

ca. 100.000 Meter Spitzen und Stickereien

Klöppel-Spitz. imit. M. 13 Pf.
Klöppel-Spitze imit. Coup. von 4,5 u. 5 Mtr. 90 Pf.
Valenciennes-Spitzen, Coup. von 11 Meter 95 Pf.
Wasch-Tüll ca. 90 br. Mtr. 68 Pf.
Stickerei-Träger 3 Mtr. 52 Pf.
Wäsche-Stickr. 4,60 M. 75 Pf.
Hemden-Passen Stck. 62 Pf.

ca. 5.000 Stück Herren-Wäsche

Weiße Oberhemden 4.90
Farbige Oberhemden 3.90
Panama-Sport-Hemden 6.90
Nacht-Hemden 4.90
Schlaf-Anzüge 8.90
Weiche Kragen 55 Pf.
Klappchen-Kragen 85 Pf.
Steh-Umlegekragen 95 Pf.

ca. 2.000 Stück Korsette

Hüftgürtel 1.90
Strumpfhalter-Gürtel, Broché 2.35
Hüfthalter 1.65
Hüfthalter 1.95
Hüfthalter 2.90
Hüfthalter 3.65
Hüfthalter geschl. Rück. 4.90
Hüfthalter geschl. Rück. 5.75

ca. 11.000 Stück Halbstores u. Garnituren

Etamine-Stores 1.95
Etamine-Stores 4.50
Etamine-Stores 8.95
Tüll-Stores 2.95
Etamine-Garnituren 3.95
Etamine-Garnituren 5.95
Madras-Garnituren 5.75
Madras-Garnituren 19.75

Große Mengen Kinder u. Backfischkonfektion bis zu
50%
ermäßigt!

Kinder-Konfektion

Mädchen-Wasch-Kleider 2.90
Dirndl-Kleider 2.90
Backfisch-Kleider 5.90
Backfisch-Mäntel 6.90
Wasch-Anzüge 4.90
Kadett-Anzüge 5.90

Großer Posten einzelner Halbstores, Garnituren und Gardinen-Bestände
33 1/3 %
und mehr herabgesetzt!

Mengenabgabe vorbehalten — Soweit der Vorrat reicht

KAUFHAUS DES WESTENS
KaDeWe
DAS HAUS DER QUALITÄTSWAREN!

Unserem Freunde u. Genossen **Hans Frost** zu seinem 39. Geburtstage **ein dreifaches Hoch!** Die Hauptfunktionäre u. Oblente der „**Volksfürsorge**", Gewerksch.-Genossenschaftl. Versicherungs-AG. Berlin SO, Engelufer 28.

Danksagung.
Für die überaus herzliche Teilnahme bei der Trauerfeier meiner lieben Frau, unserer herzensguten Mutter
Marie Bursian
sprechen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen
1034b **Otto Bursian und Kinder Frieda, Erich, Walter.**
Die Beisetzung findet am Sonnabend, den 4. Juli 1925, nachmittags 3½ Uhr, in Lichtenberg, Rathausstraße, statt.

Neu eingetroffen!
15000 Liter Weine
Verkauf vom Faß!
Kostproben gratis!
Garant. Zucker vergoren süß

Ia Apfelwein, süß ca. 14%	Ltr. M.	0.79
Ia Heidelbeerw. süß ca. 14%	„ „	0.79
Ia Fruchtw. „ Portweingeschm.	„ „	0.89
Ia Johannisbeerw. süß ca 14%	„ „	0.95
Ia Stachelbeerw. „ „ 15%	„ „	1.05
Ia Kirschwein „ „ 15%	„ „	1.05
Ia Tarragona echt „ „ 16%	„ „	1.58
Ia Malaga „ „ 16%	„ „	1.77
Ia Douro Portwein „ „ 21%	„ „	2.46
Ia Spezial-Likör (Magendokt.)	„ „	3.40
Ia Bobro-Aquavit ca. 35%	„ „	2.95
Ia Weinbr.-Verschnitt 38%	„ „	3.20
Echt. feinst. Weinbr. ca. 38%	„ „	4.20

Alles inklus. Steuer
Eduard Süßkind, Likör-Fabrik,
Hauptgeschäft Brunnenstraße 43. Niederlage Koppenstraße 87.

Wir haben unser Bureau nach der
Fasanenstraße 77
Ecke Kurfürstendamm
verlegt.
Fernspr.-Anschluß: Bismarck 8064.
Notar Wolfgang Heine u. Dr. Alfred Karge
Rechtsanwälte
bei den Landgerichten I, II, III, Berlin.

Henko

Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda

Die seifensparende Wirkung dieses beliebten Waschmittels ist bekannt. Henko lockert Schmutz und Flecke und fördert dadurch die Wirkung des Waschmittels oder der Seife außerordentlich. Nehmen Sie Henko als Zusatz zur Lauge: Sie sparen dadurch und waschen angenehm und leicht. — Ohne Chlor —

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Achtung! Verwaltungsmitglieder!
Am Freitag, den 3. Juli, findet keine Verwaltungssitzung statt.
Die Ortsverwaltung.

A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Neukölln. Anmeldung. Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer ½-Jahres- und ¼-Jahres-Lehrgänge — Fernspr.: Neukölln 1063

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Pfalzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit -

Liefere sofort Kinderwagen.

Kinderwagen spottbillig.

Auf Teilzahlung Kinderklappwagen. Ball, Große Frankfurter Straße 47.

Koffer, Rucksäcke, billiger Einzelverkauf. Fabrikation Kruse, Schmidstr. 33.

Neu eingetroffen große Posten Teppiche, Tisch- und Chaiselonguedecken auf bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, Nähe Rosenthaler Platz.

Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder zu billigsten Preisen gibt ab Markus, Wallnertheaterstraße 28. Fehlgeld wird vergütet.

Reißzeuge (Richter-Präzision), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 30/31.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderoben, tadellos erhalten, große Auswahl, billige Preise. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 1.

Monatsgarderobe, Lothringerstraße 56, eine Treppe, Rosenthalerplatz. Von Millionären, Aerzten, Anwälten kurze Zeit getragene Kavaliergarderobe, fabelhaft billige Preise. Anzüge, Taillenmäntel, Paletots, Frack, Smoking, Gehrockanzüge, Hosen. Kein Kaufzwang. Weitester Weg lohnend. Bitte genau Hausnummer 56 beachten.

Monatsgarderobe kaufen Sie billig in Lowicks Leihhaus, Prinzenstraße 105; Anzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Taillenmäntel, Cutaways, Sportjoppen, Schwarze, Röcke aller Art. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe.

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Gesellschaftsanzüge, korpulente Figuren, staunend billig. Nak, früher Mulackstraße, jetzt nur Gormannstraße 35/36 und Mariannenstraße 26.

Monatsgarderobe kauft man spottbillig in Weingartens Leihhaus, Prinzenstraße 83. Anzüge, Paletots, Taillenmäntel, Frackanzüge, Smokinganzüge, Cutawayanzüge. Spezialität: Bauchanzüge.

Damenmäntel, Saisonausverkauf vom 1. bis 10. Juli zu herabgesetzten Preisen. Reisemäntel 4.—, Donegalmäntel 5.—, Tuchmäntel 7.—, 11.—, Covercoatmäntel, Alpakamäntel 10.—, Ripsmäntel 14.—, 19.—, Burberrymäntel 23.—, 27.—, Sommerkleider 4.—. Schmockel, Ginastraße 13, Börsebahnhof. 6905

Geschäftsverkäufe

59 Restaurants, Cafés, Tanzsäle, von 1800.— bis 45 000.—, sowie 500 Teilhaberschäfte von 1000.— aufwärts. Nachweis kostenlos. Pfeffer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Königstadt 3031 anrufen, wenn Sie Ihr Geschäft, Restaurant, Konditorei, Café, Fabriklager, Bureauräume verkaufen wollen. Vertreterbesuch kostenlos unverbindlich. Nachweisbar schneller Erfolg. Pfeffer Co., Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Moebel-Moebel, Oranienstraße 58 (Moritzplatz), Fabrikgebäude. Aeußerst niedrige Preise für einfache und elegante Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Bücherschränke, Schreibtische, Büfetts, Anrichten, runde Tische, Standuhren, Ankleideschränke, alle Größen, Sofas, Ruhebetten. Eventuell Zahlungserleichterung.

Ankleideschränke 110.—, englische Bettstellen 48.—, Plüschsofas, Einzelmöbel. Zahlungserleichterung. Stein, nur Anklamerstraße 20.

Möbel, Kredit und bar, billig und gut. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, Nähe Rosenthaler Platz.

Gebrauchte und neue Möbel, allerbilligst, Zahlungs-Erleichterung. Möbelzentrale, Lüdowstr. 95. Geöffnet bis 6.

Eichene Ankleideschränke, Eichenbettstellen, Spiegelwaschkommoden, Nachttische, Apotheken, Eichenbüfetts 190, Kredenzen 85, Ausziehtische, Lederstühle 12, Standuhren 85, Flurgarderoben 48, Klubtische 36, Teewagen 58 Goldmark. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 36.

Gindhorst Möbeltischlerei, Brunnenstraße 162, verkauft direkt an Private Möbel. Großlager in Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Küchen, Einzelmöbeln. Qualitätsarbeit allerbilligst. Besuch unbedingt lohnend.

Möbelkredit und bar an jedermann. Kleine Anzahlung. Görisch, Stralauerplatz 1, Schlesischer Bahnhof.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Glat, Brunnenstraße 55.

Fahrräder

Lindenstraße 65! Herrenräder, Damenräder, Rennmaschinen zu Einführungspreisen. Kleine Anzahlung, bequemste Teilzahlung. Schachmann, Lindenstr. 65.

Fahrräder, fabrikneu, 55.— aufwärts. Teilzahlung, bei halber Anzahlung sofort mitzunehmen. Damenräder, Jugendräder, Rennmaschinen, große Auswahl! Fahrradhaus, Brandenburgstraße vier. Hochbahnstation Prinzenstraße.

Bücker-Fahrräder. Verkaufsstelle: Knoch, Oranienstraße 111. Günstigste Bedingungen.

Fahrrad. Damenräder, Herrenräder, Rennmaschinen, auch gebrauchte Freilaufräder. Teilzahlung ohne Preisaufschlag. Kraus, Große Frankfurter Straße 92. 5098

Schreibmaschinen

Schreibmaschinen-Verkauf, -Vermietung, monatlich 20 Mark an. Eigentumsübergang ohne Nachzahlung. Beifermann, Fehrbelliner Straße 87.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Lindenstraße 19

Verschiedenes

Blitzfrühstück Preußen? Siehe Inserat nächsten Sonntag: Kleine Anzeigen!

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Polierer und Beizer, Möbel und Piano, sucht bessere und ständige Beschäftigung. Kroll, Memelerstraße 71.

Erfahrener Mechaniker
der Büro-Maschinenbranche
Spezialist in Rechenmaschinen aller Systeme und Schreibmaschinen
sofort gesucht.
Bei entsprechender Leistung angenehme und Dauerstellung zugesichert.
Offerten sind zu richten an
Hermann Weber & Co.,
Saarbrücken 1, Hohenzollernstr. 70.

Uhrmacher und Eicher
perfekt im Bau elektrischer Meßinstrumente, suchen
Gans & Goldschmidt
Elektrizitäts-Ges. m. b. H.,
Müllerstr. 10

Größere Vorort-Zeitung
(täglich garant. Auflage 8000)
sucht per 15. August tüchtigen
Vertreter für Inserate
gegen Provision und evtl. Gehalt.
Nur schriftliche Angebote an die
Berliner Nordost-Zeitung Weißensee

Stellungslose
Angestellte und Arbeiter können sich als Werber
Nebenverdienst
verschaffen bei einem gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unternehmen.
Meldende werden eingearbeitet.
Ausreichendes Werbematerial steht zur Verfügung. — Weitere Auskunft erteilt Engelufer 28 ptr.

Wir suchen zu baldigem Eintritt
gewandten 70/19
Telephonstenotypist(in)
Bewerber müssen imstande sein, Berichte zu verfassen, die Korrespondenz der Redaktion zu erledigen sowie später auch den Nachtdienst zu versehen.
Verlag des „Volksfreunds"
Recklinghausen i. W.